SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demokratie der Alten? Partizipation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands

Übelhack, Helene

Erstveröffentlichung / Primary Publication
Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Übelhack, H. (2019). *Demokratie der Alten? Partizipation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands.* (IPW Selected Student Paper, 69). Aachen: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61239-6

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/3.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

IPW Selected Student Papers
Abschlussarbeit

IPW Selected Student Paper 69, Februar 2019

Helene Übelhack

Demokratie der Alten?

Partizipation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands

IPW Institut für Politische Wissenschaft | RWTH AACHEN UNIVERSITY

Helene Übelhack
Demokratie der Alten? Partizipation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands

IPW Selected Student Paper 69, Februar 2018

Institut für Politische Wissenschaft
RWTH Aachen University
Mies-van-der-Rohe-Str. 10 | 52074 Aachen

IPW Selected Student Papers
ISSN 1862-8117

Titelbild: IPW, Jan Hendrik Borggreven

Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz.

In der Reihe IPW Selected Student Papers veröffentlicht das Institut für Politische Wissenschaft herausragende Arbeiten von Studierenden des Bachelorstudiengangs Gesellschaftswissenschaften, des Masterstudiengangs Politikwissenschaft sowie der politikwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge.

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis: 4
1. Einleitung 5
2. Begriffsklärung 7
2.1 Generation 7
2.2 Jugend 8
2.3 Partizipation 9
3. Problembeschreibung 10
4. Unterrepräsentation junger Generationen in den Parteien? 13
4.1 Mitgliederentwicklung der Parteien seit 1997 13
4.2 Der Repräsentationsquotient 16
5. Wie es zu Engagement in politischen Parteien kommt 21
5.1 Determinanten politischer Partizipation 21
5.2 Formen politischer Partizipation 24
5.3 Parteiengagement als Form politischer Partizipation 30
5.4 Junge Parteimitglieder 33
6. Bildung als besonderer Einflussfaktor für parteipolitisches Engagement? 37
6.1 Formale Bildung und Wahlbeteiligung 38
6.2 Parlamentarier als Bildungselite 42
6.3 Bildungsstand und Parteiengagement 43
7. Ist parteipolitisches Engagement nicht mehr zeitgemäß? 49
7.1 Parteiidentifikation/Parteibindung im Wandel 51
7.2 Organisationsstrukturen der Parteien 54
7.3 Jugendorganisationen 60
7.4 Digitalisierung 64

8. Folgen von verfestigten Partizipationsstrukturen und Bildungseffekten für die politische Teilhabe junger Generationen 66
8.1 Die *Participation Pyramid* nach Milbrath 67
8.2 Folgen der verschiedenen Einflussfaktoren 72
9. Möglichkeiten (generationen-)gerechter Demokratie 75
9.1 Politische Bildung als Gesellschaftsauftrag 76
9.2 Flexibles Parteiengagement 79
9.3 Chancen unkonventioneller und direktdemokratischer Partizipation 81
10. Schlussbetrachtungen 83
11. Literatur- und Quellenverzeichnis 86
Quellen 86
Literatur 87
Onlinequellen 93

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis:

Tabelle 1: Entwicklung der Parteimitgliedschaften seit 1997 14
Tabelle 2: Entwicklung der Repräsentationsquotienten seit 1997 18
Tabelle 3: Politische Partizipationstypen nach Ressourcen 30
Tabelle 4: Formale Bildungsgrade der Parteimitglieder im Vergleich 45
Tabelle 5: Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Jugendorganisationen..... 61
Tabelle 6: Wahlentscheidung nach Alter bei der Bundestagswahl 2017 73

Abbildung 1: Entwicklung junger Mitgliederanteile bis 30 seit 1997 16
Abbildung 2: Bereitschaft/Umsetzung politischer Partizipation..... 27
Abbildung 3: Wahlbeteiligung nach Bildungsgrad - international..... 40
Abbildung 4: Participation Pyramid nach Milbrath 67

1. Einleitung

Seit Jahren diagnostizieren unterschiedlichste Jugendstudien und die Medien der jungen Generation mangelndes Interesse an Politik,[1] fehlendes Vertrauen in politische Institutionen, Parteien und Politiker[2] oder gar Politikverdrossenheit[3]. Zudem beklagen die Parteien zunehmenden Mitgliederschwund und Nachwuchsprobleme.[4] Der demografische Wandel tut sein Übriges und so geht mit der prophezeiten Gerontokratie die Befürchtung einer Diktatur der Alten[5] einher. Die Raffgier-Herrschaft der Alten müsse gestoppt werden.[6] Die Liste der Hiobsbotschaften für unsere Demokratie scheint schier unendlich fortführbar. Aber wie viel Wahrheit steckt in all den Schreckensnachrichten? Droht tatsächlich eine ‚Demokratie der Alten'? Diese Arbeit wird sich mit der politischen Partizipation junger Generationen beschäftigen und herausarbeiten, inwiefern die Verlautbarungen über die jungen Generationen und den Zustand unserer Demokratie zutreffen. Insbesondere das junge Engagement in den politischen Parteien Deutschlands soll im Fokus stehen, da die Parteien als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft einerseits durch ihre Mitglieder in der Gesellschaft verankert sind und darüber hinaus ihren Mitgliedern den Weg in Parlamente und wichtige Ämter, wie Ministerposten, zu Macht und Entscheidungskompetenz ebnen.

---

[1] Vgl. Dankbar, Christine: Jugendliche wenden sich von der Politik ab, in: Frankfurter Rundschau, online im Internet <http://www.fr.de/politik/meinung/leitartikel/demokratie-und-gesellschaft-jugendliche-wenden-sich-von-der-politik-ab-a-1257473>, 09.04.2017, [eingesehen am 22.07.2018].

[2] Vgl. Zweites Deutsches Fernsehen: Europäische Jugend hat nur wenig Vertrauen in Politik und Institutionen. Europäischer Abschlussbericht der Jugendstudie von ZDF, BR und SWR, online im Internet <https://www.zdf.de/gesellschaft/generation-what/generation-what-abschlussbericht-100.html>, 05.04.2017, [eingesehen am 22.07.2018].

[3] Vgl. Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015, online im Internet <https://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/multimediale-inhalte/_jcr_content/par/expandablelist_643445253/expandablesection.stream/1456210165334/d0f5d09f09c6142df03cc804f0fb389c2d39e167115aa86c57276d240cca4f5f/flyer-zur-shell-jugendstudie-2015-auf-deutsch.pdf>, Oktober 2015, [eingesehen am 22.07.2018].

[4] Vgl. Fiebig, Ulla: Nachwuchsprobleme der Parteien, in: ARD Hauptstadtstudio: blog, online im Internet <https://blog.ard-hauptstadtstudio.de/nachwuchsprobleme-der-parteien/>, 28.05.2017, [eingesehen am 22.07.2018].

[5] Vgl. Baldinger, Inge: Droht die Diktatur der Alten?, in: Salzburger Nachrichten, online im Internet <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/droht-die-diktatur-der-alten-36676489>, 21.07.2018, [eingesehen am 22.07.2018].

[6] Vgl. Staubhaar, Thomas: Raffgier-Herrschaft der Alten muss gestoppt werden, in: Welt, online im Internet: <https://www.welt.de/wirtschaft/article134454250/Raffgier-Herrschaft-der-Alten-muss-gestoppt-werden.html>, 18.11.2014, [eingesehen am 22.07.2018].

Um die Frage nach der politischen Partizipation junger Generationen zu beantworten, bedarf es zunächst der Klärung wichtiger Begriffe, da diese essentiell für das Verständnis der Argumentationsweise sind. In Kapitel 2 wird erläutert, welches Verständnis von Partizipation in dieser Arbeit angesetzt wird. Zudem werden die Termini Jugend und Generation klar definiert, da zahlreiche Auseinandersetzungen mit diesen Begriffen eine definitorische Unschärfe aufweisen[7] und so in ihrer Aussagekraft häufig nur vage bleiben.

Im dritten Kapitel wird die These der Unterrepräsentation junger Generationen in den Parteien Deutschlands untersucht. Hier werden die Anteile bestimmter Altersgruppen in der Bevölkerung in das Verhältnis zu den entsprechenden Anteilen in den Parteien gesetzt. Über den so ermittelten Repräsentationsquotienten ist dann ein Vergleich der einzelnen Parteien sowie die Darstellung der Entwicklung über die vergangenen Jahrzehnte möglich. An die Ergebnisse dieser statistischen Untersuchung schließt sich die Frage nach den Gründen für diese Entwicklungen. Aus diesen Gründen lassen sich zwei weitere Thesen ableiten. Zum einen wird postuliert, dass insbesondere der (politischen) Bildung eine besondere Rolle zukommt, wenn man der Frage nachgeht, unter welchen Umständen sich junge Menschen in Parteien engagieren oder dies unterlassen. Darüber hinaus wird in der dritten These angenommen, dass die Strukturen der parteipolitischen Partizipation immer weniger mit der heutigen Lebenswirklichkeit junger Generationen vereinbar sind. Beide Thesen werden im Anschluss gemeinsam diskutiert, da sich hier zahlreiche Zusammenhänge ergeben und sich einzelne Aspekte gegenseitig bedingen. Überdies werden mögliche Reformvorschläge gemacht und deren Umsetzbarkeit sowie die Bedeutung für die Parteien im Allgemeinen hinterfragt.

[7] Vgl. Weisbrod, Bernd: Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte; in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Generationengerechtigkeit, Jhg. 55, Nr. 8, Bonn 2005, S. 3-9, hier: S. 3ff.

2. Begriffsklärung

Um Missverständnissen in der Ausarbeitung der unterschiedlichen Thesen vorzubeugen, ist zunächst die eindeutige Klärung folgender Termini erforderlich.

2.1 Generation

„Damit fruchtbare Theorien entstehen ist es […] notwendig, dass der Generationenbegriff scharf, zumindest schärfer als bisher, definiert wird“[8] schreibt Tremmel in seiner Theorie der Generationengerechtigkeit. Er unterscheidet zwischen verschiedenen Arten von Generationen. Etymologisch geht der Begriff der Generation auf das lateinische Wort *generatio* zurück, was Zeugung oder Zeugungsfähigkeit bedeutet.[9] Von dieser Wortherkunft lässt sich der familiale Generationenbegriff ableiten, der die verwandtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Familie beschreibt.

Eine weitere Art ist die gesellschaftliche Generation. Diese wird auch als soziologische oder historische Generation bezeichnet, da sie benachbarten Geburtenjahrgängen aufgrund ihrer ähnlichen historischen Verortung eine kollektive Identität zuschreibt.[10] Anders als bei der familialen Generation, lassen sich gesellschaftliche Generationen jedoch nicht trennscharf voneinander abgrenzen. Zudem birgt der Begriff der gesellschaftlichen Generation zahlreiche Schwierigkeiten. Da sich beispielsweise Einstellungen und Werte im Laufe der Lebenszeiten verändern, müssten sich diese bei allen einer bestimmten Generation angehörenden Individuen theoretisch ähnlich entwickeln, wenn die kollektive Identität einer solchen Generation über einen längeren Zeitraum bestehen soll. Zudem ist die bloße historisch ähnliche Verwurzelung längst nicht ausreichend, um tatsächlich von kollektiver Identität zu sprechen. Vielmehr entwickeln sich aus zahlreichen ähnlichen Einflüssen, wie beispielsweise herausragenden politischen Ereignissen oder bestimmten Entwicklungen in Musik und Film, während gleicher Lebensphasen ähnliche Identitäten. Diese

[8] Tremmel, Jörg: Eine Theorie der Generationengerechtigkeit, Münster 2012, S. 36.
[9] Vgl. Duden: Generation, die, online im Internet <https://www.duden.de/rechtschreibung/Generation>, o. J., [eingesehen am 22.07.2018].
[10] Vgl. Rose, Michael: Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie. Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation, Wiesbaden 2018, S.16.

führen jedoch lediglich zu bestimmten Gruppierungen, aber nicht zu einer eindeutig abgrenzbaren gesellschaftlichen Generation.[11]

Eine dritte Art von Generation ist die Chronologische. Die chronologische, oder auch demografische Generation bezieht sich auf die zeitliche oder altersmäßige Einteilung der Gesellschaft in Generationen. Da der Fokus dieser Arbeit auf der Einflussnahme verschiedener Altersgruppen durch politische Partizipation liegt, wird dieser chronologische Generationenbegriff im Folgenden verwandt. Man unterschiedet zwischen chronologisch-temporalen Generationen, welche verschiedene Altersgruppen meinen und somit beispielsweise die lebende Bevölkerung in junge, mittlere und ältere Generationen einteilen und chronologisch-intertemporale Generationen, welche die Gesamtheit der heute lebenden Menschheit umfasst und diese als Generation von künftig lebenden Generationen abgrenzen.[12] Die Einteilung in chronologisch-temporale Altersgruppen geschieht dabei in der Fachliteratur relativ willkürlich und unterscheidet sich teilweise. Für die jungen Generationen wird in dieser Arbeit die Altersgrenze bei 30 Jahren angelegt, die mittleren Generationen umfassen all jene zwischen 30 und 60 Jahren und die älteren Generationen beginnen bei 60 Jahren. Um der Vielseitigkeit innerhalb der einzelnen chronologisch-temporalen Generationen Rechnung zu tragen, die schon in der Begrifflichkeit der gesellschaftlichen Generationen erörterte Schwierigkeit der Verallgemeinerung mit einzubeziehen und den Individuen der einzelnen Altersgruppen keine kollektive Identität zu unterstellen, wird im Folgenden immer die Pluralform verwandt, sodass beispielsweise von den jungen Generationen innerhalb verschiedener Parteien die Rede ist. Ihnen ist lediglich ihr Alter gemein, nicht jedoch ihr kultureller, bildungspolitischer, sozialer oder finanzieller Hintergrund.

2.2 Jugend

Zahlreiche Jugendstudien, wie bespielweise die Shell Jugendstudie, der DJI Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstitutes e.V. oder die Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchen die Einstellungen junger Menschen,

[11] Vgl. Tremmel (2012), S. 41ff.
[12] Vgl. ebd., S. 45f.

beispielsweise gegenüber Parteien, Politikern, Demokratie und Engagement. Allerdings neigen Jugendforscher dazu, „die gefundenen Orientierungen an unrealistischen Idealbildern zu messen, aus Querschnittsuntersuchungen […] Trendaussagen abzuleiten sowie ungeprüft zu unterstellen, dass die politischen Orientierungen der Erwachsenen anders aussehen.“[13] Ähnlich wie bei dem gesellschaftlichen Generationenbegriff, bestehen hier also Probleme der Verallgemeinerung und der klaren Eingrenzung. Am eindeutigsten ist daher die Definition über klare Altersgrenzen, wie sie im Jugendschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschlang zu finden ist. Demnach „sind Jugendliche Personen, die 14 aber noch nicht 18 Jahre alt sind“ (§1, Abs. 1, JuSchG). Problematisch ist, dass unterschiedliche Jugendstudien die Altersgrenzen, binnen derer sie „Jugendliche“ verorten, scheinbar willkürlich festlegen. So wurden für die Shell Jugendstudie 2015 beispielsweise junge Menschen im Alter von 12 bis 25 befragt,[14] die Jugendstudie 2015 der Friedrich-Ebert-Stiftung wertet Einstellungen von jungen Menschen im Alter von 14 bis 29 aus und beim DIJ Jugendsurvey umfasst die Untersuchungspopulation seit der dritten Untersuchungswelle im Jahr 2001 die Altersgruppen der 12- bis 29-jährigen.[15] Eine eindeutige Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist daher nur mit Einschränkungen möglich. Diese Arbeit folgt der Definition des Jugendschutzgesetzes, wonach Jugendliche diejenigen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sind und spricht immer dann von jungen Erwachsenen, wenn diese zwar über 18 aber unter 30 Jahre alt sind.

2.3 Partizipation

Partizipation lässt sich aus dem Lateinischen von *pars* ‚Teil‘ und *capere* ‚nehmen, greifen‘ ableiten und mit Teilnahme übersetzen. Politische Partizipation meint somit die Teilnahme am politischen Geschehen, genauer: „auf kollektive Ziele hin orientiertes soziales Verhalten, das in einem komplexen Zusammenspiel zwischen institutionellen Strukturen, konkreten politischen Ereignissen,

[13] Niedermayer, Oskar: Jugend und Parteien, in: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden 2006, S. 269-290, hier: S. 269.
[14] Vgl. Albert/Hurrelmann/Quenzel (2015).
[15] Vgl. Deutsches Jugendinstitut e. V.: Jugendsurvey 3. Welle, online im Internet <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/jugendsurvey-3-welle/mehr-informationen.html>, o.J., [eingesehen am 22.07.2018].

Gruppeneinbindungen und individuellen Merkmalen zustande kommt."[16] Im Kontext des Politischen als gesellschaftliche Entscheidungsfindung, ist insbesondere der Aspekt der Einflussnahme von zentraler Bedeutung, da die bloße Teilnahme keine Auskunft über die Wirkmächtigkeit politischen Handelns gibt. Daher wird politische Beteiligung hier „als organisierter und individueller Akt der Einflussnahme auf Entscheidungen auf allen politischen Ebenen verstanden."[17] Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass die Abgrenzung nicht vollkommen trennscharf möglich ist, da sich je nach Form der politischen Partizipation das Ausmaß der Einflussnahme unterscheidet. Die bloße Informationsaufnahme über politische Themen wird jedoch eindeutig nicht als politische Partizipation gewertet, wohingegen beispielsweise die öffentliche Diskussion über soziale Medien einen Grenzfall darstellt, da so durchaus Einfluss auf politische Partizipation anderer genommen werden kann.

3. Problembeschreibung

Unter dem Schlagwort *demografischer Wandel* werden seit Jahren zahlreiche Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung diskutiert. Besonders der Bevölkerungsrückgang sowie der erhöhte Altersdurchschnitt durch sinkende Geburtenzahlen und höhere Lebenserwartungen, führen zu einer Neuordnung der Gesellschaft, woraus sich die Notwendigkeit der Umstrukturierung von Politik und Sozialstaat ergeben.[18] Die Geburtenrate liegt in Deutschland bei 1,5 Kindern pro Frau und ist damit im europäischen Vergleich relativ niedrig. Damit die Größe einer Bevölkerung konstant bleibt, müsste die Geburtenrate jedoch bei 2,1 Kindern pro Frau liegen, da dann rein rechnerisch je ein Mann und eine Frau genau zwei Nachkommen zeugen, der Überschuss von 0,1 kann etwaige Todesfälle ausgleichen. Die seit Jahren niedrige Kinderzahl führt jedoch dazu,

[16] Kaase, Max 1996: Partizipation, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Neuausgabe 1995. Bonn, S. 521-527, hier: S. 525.
[17] Kersting, Norbert: Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung?, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016, S. 253-270, hier: S. 255.
[18] Vgl. Westle, Bettina: Generationengerechte politische Teilhabe, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, online im Internet <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/03593.pdf>, Marburg 2005, S. 1ff., [eingesehen am 22.07.2018].

dass die Bevölkerung schrumpft.[19] Die Bundesregierung schrieb 2015 in ihrer Weiterentwicklung der Demografiestrategie:

> „Der demografische Wandel ist Chance und Herausforderung zugleich: Nie zuvor haben Menschen so lange gesund gelebt und nie zuvor wurden in Deutschland so wenige Kinder geboren wie heute. Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich, und es gibt immer weniger junge Menschen."[20]

Die Formulierung klingt zunächst wenig dramatisch. Einen anderen Eindruck vermitteln jedoch die Medien, in denen der demografische Wandel bereits seit Jahren eines der vorherrschenden Themen ist. Mit zunehmender Zahl alter Menschen steigt der Bedarf an Pflegepersonal, so dass nahezu täglich Berichte über Fachkräftemangel zu lesen sind.[21] Neben den zu erwartenden Mehrausgaben rechnet das Finanzministerium mit deutlich geringeren Steuereinnahmen aus Umsatz- und Einkommenssteuer.[22] Zudem müssen immer weniger junge Menschen die Renten von immer mehr alten Menschen finanzieren, was den Sozialstaat auf eine historische Belastungsprobe stellt.[23]

Außer den volkswirtschaftlichen Herausforderungen ergeben sich aus den demografischen Entwicklungen auch Schwierigkeiten für das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Den Parteien kommt hier eine zentrale Rolle zu. „Sie wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit" (§21, Abs. 1, GGS). Parteien fungieren so als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, da zum einen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Parteiprogramme Eingang finden und darüber hinaus die Parteien über ihre Mitglieder in der

---

[19] Vgl. Kühn, Franka: Die demografische Entwicklung in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Demografischer Wandel, online im Internet <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196911/fertilitaet-mortalitaet-migration#footnode1-1>, 29.08.2017, [eingesehen am 26.07.2018].

[20] Bundesministerium des Innern: Jedes Alter zählt. „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen", Berlin 2017, S. 5.

[21] Vgl. Lehmann, Stefan: Den demografischen Wandel verschlafen, in: Sächsische Zeitung, online im Internet <https://www.sz-online.de/nachrichten/den-demografischen-wandel-verschlafen-3981149.html>, 24.07.2018, [eingesehen am 26.07.2018].

[22] Vgl. Greive, Martin/Hildebrand, Jan: Folgen der Demografie. Der große Steuerschwund, on: Handelsblatt, online im Internet <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/folgen-der-demografie-der-grosse-steuerschwund/14727370.html>, 23.10.2016, [eingesehen am 26.07.2018].

[23] Vgl. Greive,Martin/Waschinsiki, Gregor: Demografie-Studie. Alternde Bevölkerung lässt Staatsschulden und Sozialbeiträge explodieren, in: Handelsblatt, online im Internet <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/demografie-studie-alternde-bevoelkerung-laesst-staatsschulden-und-sozialbeitraege-explodieren/22624944.html>, 31.05.2018, [eingesehen am 26.07.2018].

Gesellschaft verwurzelt sind und aus deren Mitte politische Ämter besetzt und politische Macht verteilt wird. „In der modernen Massendemokratie kann der Bürger den politischen Entscheidungsprozess auf sich allein gestellt kaum beeinflussen. Politische Beteiligung vollzieht sich in erster Linie über die Mitarbeit in Parteien.“[24] Zwar gibt es zahlreiche Möglichkeiten politischer Partizipation, wie beispielsweise die Teilnahme an Wahlen, Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen, aber Parteien „dienen als wichtigstes Instrument zur Bündelung und Vermittlung der politischen Ziele von Einzelpersonen und Gruppen.“[25] Daher ist von besonderem Interesse, zu erörtern, wie sich der demografische Wandel auf die Partizipation in Parteien auswirkt und welche Folgen sich insbesondere für die jungen Genrationen daraus ergeben um Handlungsoptionen zu erschließen, die möglichen Bedrohungen für das demokratische System entgegenwirken können.

Mit der Überalterung der Gesellschaft geht auch die Überalterung der Parteien einher, was die Gefahr einseitiger Politik birgt. Wenn angenommen wird, dass sich Bürgerinnen und Bürger in Parteien engagieren, um ihren Eigeninteressen auf die politische Bühne zu verhelfen, kann die große Überzahl älterer Parteimitglieder dazu führen, dass die Interessen junger Bürgerinnen und Bürger kaum mehr gehört werden. Ein solcher Effekt könnte verstärkt werden, wenn das Beklagen des Nachwuchsmangels durch die Parteien sich als valide erwiese. Dies hätte zur Folge, dass die im Verhältnis zur älter werdenden Bevölkerung schrumpfenden jungen Generationen in den Parteien immer weniger vertreten wären und ihre Interessen somit bei der politischen Entscheidungsfindung weniger ins Gewicht fielen. Im Folgenden soll daher untersucht werden, inwiefern die jungen Generationen in den Parteien repräsentiert werden und wie sich der demografische Wandel auf die Parteien und ihre altersmäßige Zusammensetzung auswirkt.

[24] Pötzsch, Horst: Parteien, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Deutsche Demokratie, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39317/parteien?p=all>, 15.12.2009, [eingesehen am 27.07.2018].

[25] Bundeszentrale für politische Bildung: Politische Partizipation: in: Dies.: Infografiken. 24 x Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40484/politische-partizipation>, 02.11.2009, [eingesehen am 27.07.2018].

4. Unterrepräsentation junger Generationen in den Parteien?

Ausgehend von der Problembeschreibung ergibt sich für diese Arbeit die folgende These:

These 1: Die jungen Generationen sind in den politischen Parteien Deutschlands unterrepräsentiert.

Die Formulierung dieser These ist nicht unproblematisch, da Repräsentanz beziehungsweise Unterrepräsentanz im politischen Kontext mehrere Bedeutungsebenen hat. Als Repräsentantinnen oder Repräsentanten werden in der Regel Amtsinhaber oder Parlamentarier bezeichnet. Für diese Arbeit wird Repräsentanz jedoch nicht als Begrifflichkeit exponierter Positionen verwendet, sondern als die der Vertretung im Sinne einer beispielhaften Wiedergabe der gesellschaftlichen Gefüge/Zusammensetzung. Wenn also die Rede von der Repräsentation junger Generationen ist, meint dies die bloße zahlenmäßige Darstellung der Menschen im Alter von bis zu 30 Jahren im Vergleich zur gesellschaftlichen Zusammensetzung.

Für die Analyse der Repräsentation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands werden jeweils die Werte aus den Jahren 1997, 2007, 2016 und 2017 miteinander verglichen. Zum einen umfassen die Daten so einen Zeitraum von zwei Dekaden, womit ausreichend zuverlässige Aussagen im zeitlichen Vergleich getroffen werden können. Zum anderen sind insbesondere aktuelle Entwicklungen von Interesse, da sich mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Ende 2016, einer generellen Zunahme populistischer Strömungen und der Bundestagswahl 2017 Veränderungen der politischen Kultur abzeichnen[26], weshalb sowohl die Daten aus dem Jahr 2016 als auch aus dem Jahr 2017 zur Analyse herangezogen werden.

4.1 Mitgliederentwicklung der Parteien seit 1997

Betrachtet man zunächst die Gesamtzahlen der Mitglieder aller derzeit (Stand September 2018) im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, so fällt auf,

[26] Vgl. Dorner, Christoph: Deutsche Parteien profitieren vom Trump-Effekt, in: Süddeutsche Zeitung, online im Internet <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-welle-der-enttaeuschung-welle-der-eintritte-1.3252622>, 16.11.2016, [eingesehen am 27.07.2018].

dass sich sowohl die Größe, als auch die zahlenmäßige Entwicklung seit 1997 stark unterscheiden.

Tabelle 1: Entwicklung der Parteimitgliedschaften seit 1997

	CDU	SPD	CSU	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD
1997	631.700	776.183	178.457	69.621	48.981	98.624	-
2007	536.668	539.861	166.392	64.078	44.320	71.711	-
2016	431.920	432.706	142.412	53.896	61.596	58.910	25.015
2017	425.910	443.152	140.983	63.050	65.065	62.300	27.621
In % 2016 - 2017	- 1,4%	+ 2,4%	- 1,0%	+17,0%	+ 5,6%	+ 5,8 %	+ 10,4%
In % 1997 - 2017	- 32,6%	- 42,9%	- 21,0%	- 9,4%	+ 32,8%	- 36,8%	-

Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018, S. 6.

Obwohl bis auf die Unionsparteien alle Parteien von 2016 bis 2017 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten, haben lediglich die GRÜNEN auch im Vergleich zum Jahr 1997 Mitglieder hinzugewinnen können (siehe Tabelle 1). Die SPD hingegen hat in den vergangenen 20 Jahren fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, CDU und die LINKE mussten jeweils ungefähr ein Drittel ihrer Mitglieder einbüßen, die CSU verlor mehr als jedes fünfte Mitglied und die Mitgliederzahlen der Freien Demokraten schrumpften um fast zehn Prozent. Für die AfD liegen aufgrund der recht kurz zurückliegenden Gründung im Jahr 2013 keine aussagekräftigen Daten für die Entwicklung der Parteimitgliedschaften vor. Allerdings ist auch bei der AfD eine Zunahme im Bundestagswahljahr 2017 zu verzeichnen. Diese fällt mit 10,4% im Vergleich recht hoch aus, lediglich die FDP weist mit einer Steigerung von 17% eine noch stärkere relative Zunahme der Mitglieder auf. Da die Zunahmen jedoch unterschiedlich stark ausfallen und bei den Unionsparteien sogar ausbleiben, können keine allgemeinen Schlüsse aus diesen Entwicklungen gezogen werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich

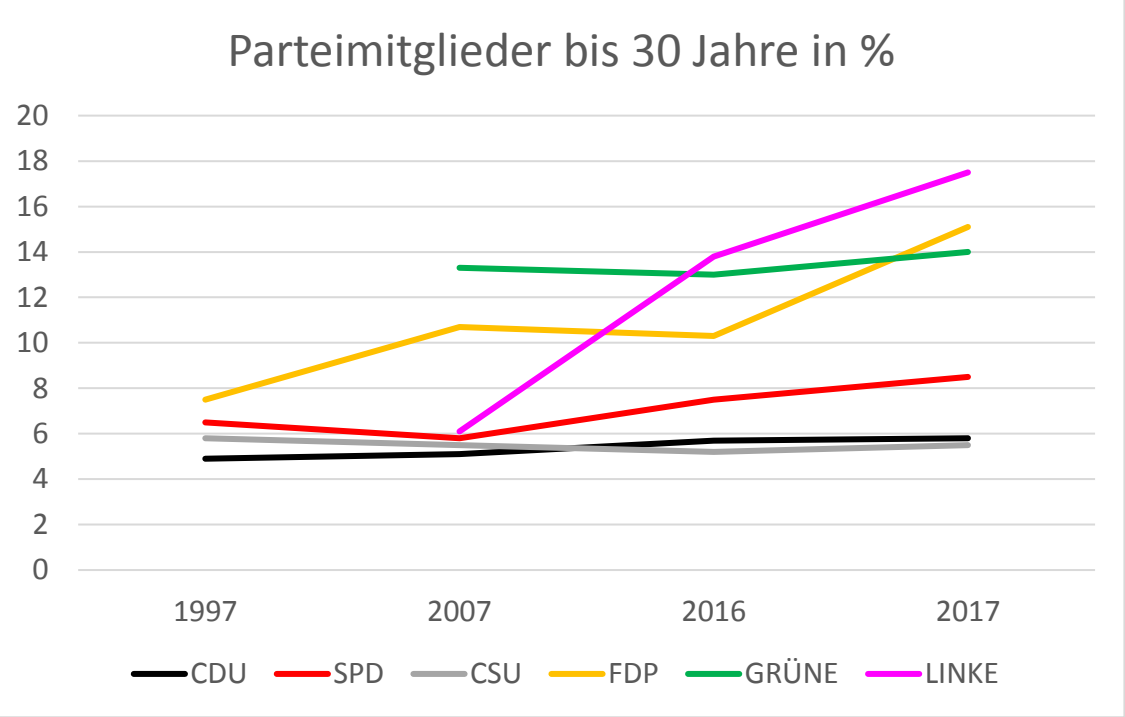
die prozentuale Entwicklung aufgrund der zum Teil sehr verschiedenen Größen in absoluten Zahlen anders darstellt. Die SPD hat zwar lediglich einen prozentualen Zuwachs von 2,4% vorzuweisen, allerdings entspricht dies insgesamt einer Zunahme um 10.446 Mitglieder, wohingegen die 17% Steigerung der FDP 9.154 zusätzlichen Mitgliedern entspricht und damit in absoluten Zahlen sogar etwas geringer ausfällt als bei den Sozialdemokraten. Die Mitgliederzunahme, die sich seit 2017 bei den meisten der hier betrachteten Parteien abzeichnet und sich unter Einberechnung der Abnahmen bei den Unionsparteien insgesamt auf eine Zunahme um 21.626 Mitglieder beläuft, entspricht lediglich einem Plus von 1,8%. Diese Entwicklung ist daher nicht überzubewerten und darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass es sich auch um eine einmalige Abweichung von einem sich in Zukunft fortführenden Abwärtstrend (die GRÜNEN und die AfD ausgenommen) handeln kann. Aus diesem Grund müssen zunächst die Entwicklungen der kommenden Jahre ins Auge gefasst werden, um tatsächlich beurteilen zu können, ob es sich um eine Trendwende handelt.

Da für die AfD keine Statistiken über die altersmäßige Zusammensetzung ihrer Mitglieder vorliegen, werden im Folgenden nur die Altersstrukturen von CDU, SPD, CSU, FDP, GRÜNEN und LINKEN untersucht. Vergleicht man die prozentuale Entwicklung der jungen Parteimitglieder im Alter bis zu 30 Jahre während der letzten zwei Dekaden, so sind starke Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien erkennbar.

Die CSU ist die einzige Partei, bei der im Vergleich zu 1997 der prozentuale Anteil der jungen Mitglieder gesunken ist und derzeit nur noch bei 5,5% steht (siehe Abbildung 1). CDU und SPD hatten in den frühen 2000er Jahren zunächst prozentual weniger Mitglieder bis 30 als noch 1997, konnten jedoch jeweils nach 2007 ein Plus an jungen Mitgliedern verzeichnen. Die FDP weist zum Stichtag (31.12.2017) der aktuellen Zahlen den zweitgrößten Anteil junger Mitglieder auf und konnte diesen von 7,5% im Jahr 1997 auf 15,1% im Jahr 2017 innerhalb von 20 Jahren mehr als verdoppeln. Bei den Freien Demokraten ist besonders die starke Zunahme von fast 5% innerhalb eines Jahres von 2016 bis 2017 hervorzuheben. Bei den GRÜNEN hat der Anteil der jungen Generationen unter

den Mitgliedern in diesem kurzen Zeitraum um einen Prozentpunkt zugenommen und liegt derzeit bei 14%.

Abbildung 1: Entwicklung junger Mitgliederanteile bis 30 seit 1997



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018, S. 25ff.

Die mit Abstand stärkste Entwicklung liegt bei den LINKEN vor, die ihren Anteil an Mitgliedern bis 30 von zunächst 6,1% im Jahr 2007 binnen einer Dekade auf 17,5% fast verdreifachen konnten. Diese Entwicklungen zeigen, dass kein allgemeines Urteil über die Anteile junger Menschen in politischen Parteien gefällt werden kann, da insbesondere die kleinen Parteien im Vergleich zu den Volksparteien deutlich positive Entwicklungen aufweisen. Es handelt sich hier jedoch lediglich um prozentuale Anteile der jungen Generationen in den Parteien.

4.2 Der Repräsentationsquotient

Um die jeweiligen Anteile der jungen Generationen in den Parteien im Hinblick auf ihre Repräsentanz zu bewerten, werden in methodischer Anlehnung an Niedermayers Proportionalitätsquotient, „bei dem der Anteil der Jugendlichen an den Parteimitgliedern zum Anteil derselben Altersgruppe an der

parteibeitrittsberechtigten Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt wird,“[27] im Folgenden die jeweiligen *Repräsentationsquotienten* zur Analyse herangezogen. So können auch die je nach Partei unterschiedlichen Altersgrenzen zum Parteieintritt berücksichtigt werden. Während CDU[28], CSU[29], FDP[30] und AfD[31] für den Parteibeitritt jeweils ein Mindestalter von 16 Jahren voraussetzen, ist der Eintritt in die SPD[32] und die LINKE[33] bereits im Alter von 14 Jahren möglich. Die GRÜNEN[34] haben keinerlei Altersbeschränkungen für den Parteibeitritt, da die Zahl der Mitglieder unter 14 Jahren jedoch marginal ist, werden auch bei den GRÜNEN die Zahlen der Mitglieder bis 30 Jahre mit der Bevölkerungsgruppe von 14 bis 30 in Beziehung gesetzt, um den entsprechenden Repräsentationsquotienten zu errechnen. Ein Repräsentationsquotient (RQ) von 1 bedeutet, dass eine Altersgruppe in exakt dem Verhältnis der beitrittsberechtigten Gesellschaft auch in der entsprechenden Partei repräsentiert ist. Liegt der RQ bei unter 1, so ist eine Altersgruppe unterpräsentiert und bei einem RQ von über 1 sind im Verhältnis mehr Menschen einer Generationengruppe in der Partei repräsentiert, als in der beitrittsberechtigten Gesellschaft. In Anlehnung an den Titel der Arbeit „Demokratie der Alten?“ werden im Folgenden die Repräsentationsquotienten der jungen Generationen und der alten Generationen in den einzelnen Parteien analysiert.

Schon auf den ersten Blick fällt auf, dass der Repräsentationsquotient für die Altersgruppe der über 60jährigen bei allen Parteien wesentlich höher ist, als der für die jungen Generationen (siehe Tabelle 2). Lediglich bei den GRÜNEN lag der RQ 2007 für die älteren Parteimitglieder unter dem der jungen Mitglieder, allerdings ist er auch hier bis 2017 stark angestiegen und liegt mit 0.78 zwar noch

[27] Niedermayer (2006), S. 279f.
[28] Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands: Statutenbroschüre der CDU Deutschlands, Stand 01.06.2016, §4, Abs. 1.
[29] Vgl. Christlich-Soziale Union: Satzung der Christlich-Sozialen Union, Stand 15.12.2016, §3, Abs.1.
[30] Vgl. Freie Demokratische Partei: Bundessatzung, Stand 12.05.2018, §2, Abs.1.
[31] Vgl. Alternative für Deutschland: Bundessatzung, Stand 01.07.2018, §2, Abs. 1.
[32] Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Organisationsstatut, Stand 09.12.2017, §2.
[33] Vgl. Die LINKE: Bundessatzung, Stand 11.05.2014, §2, Abs. 1.
[34] Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grüne Regeln, Stand 13.11.2016, §3, Abs. 1.

unter dem Wert der Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung, ist jedoch inzwischen höher, als der Wert von 0.66 für die Mitglieder bis 30.

Tabelle 2: Entwicklung der Repräsentationsquotienten seit 1997

	Altersgruppe	1997*	2007*	2016	2017
CDU	≤30	0.24	0.26	0.28	0.28
	31-60	1.08	0.92	0.87	0.87
	>60	1.43	1.62	1.68	1.67
SPD	≤30	0.31	0.27	0.34	0.40
	31-60	1.21	0.96	0.80	0.79
	>60	1.12	1.62	1.81	1.77
CSU	≤30	0.25	0.26	0.26	0.27
	31-60	1.20	1.01	0.97	0.96
	>60	1.28	1.56	1.54	1.54
FDP	≤30	0.36	0.55	0.51	0.75
	31-60	1.23	1.07	1.03	1.03
	>60	1.08	1.18	1.28	1.12
GRÜNE	≤30	-	0.62	0.59	0.66
	31-60	-	1.52	1.32	1.29
	>60	-	0.39	0.78	0.78
LINKE	≤30	-	0.29	0.63	0.82
	31-60	-	0.76	0.77	0.77
	>60	-	1.95	1.64	1.48

* Für die Jahre 1997 und 2007 liegen die Daten für alle Parteien (außer CSU) nur in den Altersgrenzen 14/16 bis 29, 30-59 und ≥60 vor. Dies wurde bei der Berechnung und den jeweiligen Referenzwerten der Bevölkerung berücksichtigt.

Quellen: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018, S. 26ff.

Eigene Berechnungen für 2017 auf Basis der Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre, online im Internet < https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;sid=A837FCFD2E094DC4D7485798C7198622.GO_1_2?operation=previous&levelindex=2&levelid=1538047648551&step=2>, September 2018, [eingesehen am 24.09.2018].

Ein weitaus deutlicheres Bild zeigt sich bei der CDU. Von 1997 bis 2017 ist der RQ für die jungen Mitglieder zwar von 0.24 auf 0.28 gestiegen, allerdings liegt hier noch immer eine starke zahlenmäßige Unterrepräsentanz vor, da im relativen Vergleich nur knapp ein Drittel der beitrittsberechtigten Bevölkerungsgruppe bis 30 in der CDU repräsentiert ist. Weitaus stärker ist der Wert für die CDU-Mitglieder über 60 angestiegen, sodass dieser für das Jahr 2017 bei 1.67 liegt und somit die älteren Generationen zahlenmäßig weitaus stärker in der Partei vertreten sind, als ihr Anteil an der Gesellschaft. Noch auffälliger ist der Anstieg des RQ für die Ü60 Mitglieder der SPD in den vergangenen 20 Jahren. Lag dieser 1997 noch bei 1.12, was lediglich einer leichten Überrepräsentanz entspricht, so spricht der Wert von 1.77 im Jahr 2016 für eine deutliche Überalterung der Sozialdemokraten. Im Vergleich dazu konnten die jungen Generationen in der gleichen Zeitspanne ihre Repräsentation nur relativ leicht von 0.31 auf 0.40 verbessern. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der CSU, deren Repräsentationsquotient für die Mitglieder bis 30 zwar von 0.25 auf 0.27 angestiegen ist, aber auch hier ist die verhältnismäßige Zunahme der älteren Generationen weitaus stärker. Die FDP weist ebenfalls eine Zunahme der Mitglieder ab 60 auf, allerdings ist diese mit einem Anstieg von 1.08 im Jahr 1997 auf 1.12 im Jahr 2017 nur schwach ausgeprägt. Die Quote der jungen Mitglieder liegt 2017 bei 0.75 und ist damit zwar die zweitstärkste relative Vertretung dieser Altersgruppe im Vergleich, allerdings liegt auch hier eine Unterrepräsentanz vor. Den stärksten Anstieg sowie den höchsten RQ für die jungen Generationen kann die LINKE vorweisen. Lag der RQ 2007 hier noch bei 0.29, so entspricht der Wert von 0.82 im Jahr 2017 immerhin mehr als vier Fünfteln der relativ verglichenen Altersgruppe in der Bevölkerung. Mit einem Wert von 1.48 offenbart der Repräsentationsquotient jedoch auch bei der LINKEN eine eindeutige Überrepräsentation der Mitglieder über 60.

Die Zahlen zeigen deutlich, dass die jüngeren Generationen trotz der relativen Zunahmen in allen Parteien während der beiden letzten Dekaden noch immer unterrepräsentiert sind. Die errechneten Repräsentationsquotienten belegen also die erste These dieser Arbeit. Zudem sind die Zunahmen mit Ausnahme bei der FDP und der LINKEN nur sehr schwach ausgeprägt im Vergleich zu den Werten der Mitglieder über 60. Hier zeigt sich, dass die Überalterung der Parteien

im Vergleich zur Altersstruktur der Gesellschaft deutlich schneller voranschreitet, da schon jetzt bei allen Parteien außer bei den GRÜNEN eine Überrepräsentation der alten Generationen vorliegt, die teilweise sogar mehr als anderthalbmal dem Verhältnis in der Bevölkerung entspricht. Auffällig ist jedoch, dass bei allen hier betrachteten Parteien, außer der RQ für die Altersgruppe über 60 von 2016 bis 2017 gleichbleibt oder gesunken ist, bei gleichzeitiger Verbesserung der Repräsentation der jungen Parteimitglieder. Inwieweit von einer Angleichung oder gar Trendwende gesprochen werden kann, bleibt jedoch abzuwarten, da dies erst die Entwicklungen der kommenden Jahre zeigen können.

Bereits aus der Abbildung 1 wird ersichtlich, dass entgegen des proklamierten Nachwuchsmangels und der behaupteten Politikverdrossenheit junger Generationen deren Anteile an Parteimitgliedschaften seit 1997 zumindest leicht angestiegen sind. Jedoch ist lediglich bei den relativen Zahlen der Parteimitglieder unter 30 ein Zuwachs zu erkennen. Betrachtet man die absoluten Zahlen, so zeigt sich ein völlig anderes Bild. 1997 waren 6,5% der SPD-Mitglieder nicht älter als 30 Jahre. Das entspricht 50.452 jungen Parteimitgliedern von damals insgesamt 776.183 Mitgliedern zum 31.12.1997. Der gewachsene Anteil von 8,5% entspricht im Jahr 2017 jedoch nur noch 37.668 Mitgliedern, welche der der jungen Generationen zugerechnet werden, da die Mitgliederzahlen insgesamt stark zurückgegangen sind. Obwohl die jungen Menschen in den Parteien zunehmend besser repräsentiert sind, nimmt ihre Zahl insgesamt ab. Die bessere Quote resultiert also nicht aus mehr aktiven jungen Parteimitgliedern, sondern lediglich aus zahlenmäßig wesentlich mehr Austritten und einigen Todesfällen der älteren Parteimitglieder. Diese Entwicklung wirft die Frage nach den Gründen für immer weniger parteipolitisches Engagement, insbesondere von jungen Menschen, auf.

5. Wie es zu Engagement in politischen Parteien kommt

5.1 Determinanten politischer Partizipation

Um zu klären, warum sich so wenige junge Menschen in politischen Parteien engagieren, wird zunächst erläutert, wie es überhaupt zu politischem Engagement kommt. Politisches Engagement hat zahlreiche Ausprägungen und liegt in vielen unterschiedlichen Formen vor, weshalb hier im weitesten Sinne zunächst von politischer Involvierung gesprochen wird, um sämtliche Formen einzuschließen, auch diese, welche der oben formulierten Definition politischer Partizipation nicht mehr gerecht werden. Politischer Partizipation geht ein Mindestmaß an politischer Involvierung voraus[35], da diese neben den eigentlichen partizipativen Akten auch politisches Interesse[36], den Stellenwert, den ein Individuum der Politik im Allgemeinen zuschreibt sowie die subjektiv empfunden politische Kompetenz einschließt. Es wird angenommen, dass politische Involvierung von verschiedenen bestimmenden Faktoren beeinflusst wird.

> „In Bezug auf die individuellen Partizipationsdeterminanten steht im Rahmen der bisherigen Forschung die Ressourcenausstattung des Individuums, insbesondere seine sozialstrukturelle Verortung, aber auch die durch Sozialisationsprozesse erworbenen partizipationsrelevanten Ressourcen im Vordergrund."[37]

Als Basisressourcen werden im Folgenden Alter, Geschlecht und Bildung betrachtet, da diese zum einen gut messbar sind und darüber hinaus die zu ausgeprägter politischer Involviertheit führenden Faktoren, wie politisches Interesse, (subjektiv empfundene) politische Kompetenz oder aber die persönliche Bedeutung, welche politischen Themen beigemessen wird, beeinflussen.

---

[35] Vgl. Gille, Martina: Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik – Politisches Interesse und weitere Aspekte politischer Involvierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen., in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 33-49, hier: S. 48.

[36] Vgl. Gille, Martina/de Rijke, Johann/Décieux, Jean Pilippe et al.: Politische Orientierungen und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 163-194, hier: S. 164.

[37] Niedermayer, Oskar: Innerparteiliche Partizipation, Wiesbaden 1989, S. 63.

„In der empirischen Politikforschung wurde immer wieder belegt, daß [sic.!] ein ausgeprägtes Politikinteresse einhergeht mit politischer Partizipation.“[38] In Ihrer Analyse der Ergebnisse aus der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (ALLBUS) von 1991 bis 1998 sowie des DJI-Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts e. V. aus den Jahren 1992 und 1997 konnten Gille, Krüger und de Rijke die Wirkung der soziodemografischen Faktoren Alter, Geschlecht und Bildung belegen. So zeigten die jüngeren Altersgruppen eine deutlich geringere politische Interessiertheit, als die älteren Altersgruppen, was auf längere Sozialisationsprozesse zurückzuführen ist, im Laufe derer sich Jugendliche und junge Erwachsene erst noch Wissen aneignen, erste Erfahrungen in öffentlichen Räumen sammeln und schließlich beginnen in unterschiedlichen Kontexten Verantwortung zu übernehmen. Neben dem Alter wirkt sich auch der formale Bildungsgrad auf die Entwicklung politischen Interesses aus. Je höher der Bildungsabschluss, desto größer ist der Anteil der politisch Interessierten. So liegt beispielsweise eine Differenz von 20% zwischen den Angaben zum Politikinteresse der niedrigsten Bildungsgruppe und der Gruppe mit dem formal höchsten Bildungsgrad vor. Zudem bekunden junge Frauen deutlich weniger Interesse an Politik als junge Männer, wobei der Bildungsaspekt den Gender-Gap noch verstärkt. Die Differenz des Politikinteresses zwischen jungen Frauen und jungen Männern nimmt mit zunehmendem Bildungsgrad sogar noch zu.[39]

„Politische Interessiertheit hängt eng mit der subjektiven Bedeutung zusammen, die der Lebensbereich Politik erfährt.“[40] Neben Kunst, Kultur und Religion gehört Politik zu den am wenigsten bedeutsamsten Lebensbereichen für junge Menschen. Dieser niedrige Stellenwert, insbesondere im Vergleich zu Familie, Freunden und beruflicher Zukunft, hat sich zwischen den frühen 1990er Jahren und 2009 nahezu nicht verändert.[41] Politik spielt bei Jugendlichen nur eine

[38] Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann: Politische Orientierungen, in: Gille, Martina/Krüger, Winfired (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 205-266, hier: S. 210.
[39] Vgl. ebd., S. 211ff.
[40] Ebd., S. 216
[41] Vgl. Gaiser, Wolfgang/Krüger, Wolfgang/de Rijke, Johann et al.: Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016, S. 13-38, hier: S. 15.

nachrangige Rolle.[42] Problematisch an diesen Befunden ist, dass lediglich Jugendliche und junge Erwachsene miteinander verglichen wurden, aber keinerlei Aussagen über die Bewertung des Lebensbereichs Politik durch mittlere und ältere Generationen gemacht werden. So zeigt sich hier lediglich der Zusammenhang zwischen der subjektiven Bedeutung, die junge Menschen der Politik beimessen und ihrem Politikinteresse, nicht aber mögliche Unterschiede in den Ausprägungen dieses Zusammenhangs zwischen jungen und älteren Generationen.

Auffallend ist, dass auch bei der Bedeutungsbeimessung von Politik als Lebensbereich ein Geschlechterunterschied vorliegt. Während Mädchen und junge Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen fast alle Lebensbereiche höher bewerten, liegen nur in den Bereichen Politik und Engagement umgekehrte Ergebnisse vor. Die Ressource Geschlecht wirkt sich also sowohl auf das Politikinteresse als auch auf den subjektiven Stellenwert von Politik aus.[43] Noch deutlicher zeigt sich dieser Geschlechtereffekt bei der Frage nach der subjektiven politischen Kompetenz.[44] Subjektive politische Kompetenz beschreibt die Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, politische Vorgänge zu verstehen[45] und politisch zu handeln. Schüler und junge Männer geben wesentlich häufiger an, dass sie sich für politisch kompetent halten als die weiblichen Befragten. Neben dem Gender-Gap zeigt sich bei der subjektiv empfundenen politischen Kompetenz ebenfalls der starke Einfluss des formalen Bildungsgrades. Die Befragten mit höherem Bildungsabschluss schätzen sich im Verhältnis zu jungen Menschen mit Hauptschul- oder mittlerem Abschluss häufiger als politisch kompetent ein.[46]

Es zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen politischem Interesse, dem persönlichen Stellenwert von Politik und der subjektiven politischen Kompetenz. Alle drei Aspekte der politischen Involvierung werden durch die Determinanten

[42] Vgl. Reinders, Heinz: Politische Sozialisation Jugendlicher. Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 85-102, hier: S.90.
[43] Vgl. Gille et al. (2016), S. 34.
[44] Vgl. ebd., S. 41.
[45] Vgl. Gille et al. (2000), S. 210.
[46] Vgl. Gille et al. (2016), S. 41.

Alter, Geschlecht und Bildung bestimmt, welche ähnliche Auswirkungen haben. So zeigt die männliche Gruppe der jungen Generationen im Durchschnitt eine höhere politische Involviertheit als die weibliche Gruppe, ebenso wie die älteren Kohorten im Vergleich mit den jüngeren Gruppen und die Befragten mit höherem formalen Bildungsstand im Verglich mit weniger gebildeten Befragten. Dabei sind die Einflüsse nicht scharf voneinander zu trennen und bedingen sich zum Teil gegenseitig. Außerdem kann politische Involvierung nicht mit politischem Engagement oder gar dem Engagement in politischen Parteien gleichgesetzt werden. Aus diesem Grund wird im Folgenden zunächst das Spektrum politischer Partizipation sowie die Bereitschaft zu dieser in Abhängigkeit von den oben ausgearbeiteten Determinanten untersucht.

5.2 Formen politischer Partizipation

Während politische Partizipation in früheren Arbeiten noch eindimensional konzipiert wurde, nahmen Barnes und Kaase 1979 in ihrer Studie zur „Political Action“ an, dass Protestformen eine zweite Dimension bilden. Wie bei der ersten ursprünglichen Dimension politischer Partizipation, können auch die Protestformen entlang eines „Schwierigkeitsgrades“, beziehungsweise nach dem erforderlichen Aufwand geordnet werden.[47] Barnes/Kaase unterschieden zwischen konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen, die sich insbesondere durch die Aspekte Legalität, Institutionalisierung und Legitimationsstatus in der Bevölkerung unterscheiden.[48] Angesichts der vielfältigen Möglichkeiten politischen Engagements, werden in der Partizipationsforschung heute drei unterschiedliche Typen politischen Handelns voneinander abgegrenzt, die alle auf die Überlegungen von Barnes/Kaase zurückgehen. Zu den konventionellen Formen der politischen Beteiligung zählen beispielsweise die Teilnahme an Wahlen oder die Mitgliedschaft in Parteien.[49] Bei der unkonventionellen politischen Partizipation unterscheidet man

[47] Vgl. Westle, Bettina: Samuel H. Barnes/ Max Kaase u.a., Political Action – Mass Participation in Five western Democracies, Beverly Hills/London 1979, in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 35-39, hier: S. 36.
[48] Vgl. Barnes, Samuel H./Kaase, Max: Political Action – Mass Participation in Five western Democracies, Beverly Hills/London 1979, S. 27ff.
[49] Vgl. Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/Krüger, Winfried et al.: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Jugend und Demokratie“, online im Internet <http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Jugend_und_Demokratie.pdf>,Berlin 2011, [eingesehen am 27.08.2018], S.17.

mittlerweile noch zwischen legalen und illegalen Formen. Beiden ist gemein, dass diese kaum institutionalisiert und nicht verfasst sind.[50] Unkonventionell-legale Partizipationsformen sind beispielsweise die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, die Beteiligung an Unterschriftensammlungen oder die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen. Die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen und Hausbesetzungen oder aber gewalttätige Protestaktionen, bei denen Personen oder Sachen zu Schaden kommen können, zählen zu unkonventionell-illegalen Formen politischer Partizipation.[51]

Die Mitarbeit in Parteien ist also nur eine Facette politischen Engagements, durch welche mündige Bürgerinnen und Bürger ihre politische Teilhabe zum Ausdruck bringen können. Die im Grundgesetz postulierte herausragende Rolle der politischen Parteien, verleiht diesen jedoch nicht nur ihren Sonderstatus unter den Formen politischer Partizipation, sondern führt auch zu einem Mehr an Verantwortung, da Parteien als normative Stützpfeiler des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland erst dazu beitragen, dass unter anderem Bürgerinitiativen oder rechtlich legitimierte Demonstrationen Teil unserer lebendigen Demokratie werden können. Entsprechend ihrer Funktion nach dem Grundgesetz, besteht erst durch politische Parteien eine Bindung zwischen Staat und Zivilgesellschaft und nur über jene Bindung erlangen andere aus der Zivilgesellschaft hervorgebrachten Partizipationsformen ihre Wirkmächtigkeit. Parteien sind überdies nicht nur Bindeglied, sondern zugleich Adressat zivilgesellschaftlichen politischen Handelns. Daher ist es notwendig, die Bereitschaft zu sowie die Bewertung der unterschiedlichen Partizipationsformen durch die jungen Generationen in den Blick zu nehmen. Eine Vernachlässigung konventioneller Partizipationsmöglichkeiten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugunsten unkonventioneller Formen, könnte langfristig zumindest zu einer Verschiebung des politischen Systems in Deutschland führen. Wenn

[50] Vgl. Partetzke, Marc/Klee, Andreas: Partizipieren können, wollen und dürfen! Politikwissenschaftliche Aspekte der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Beispiel Wahlrecht, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 27-44, hier: S 29f.

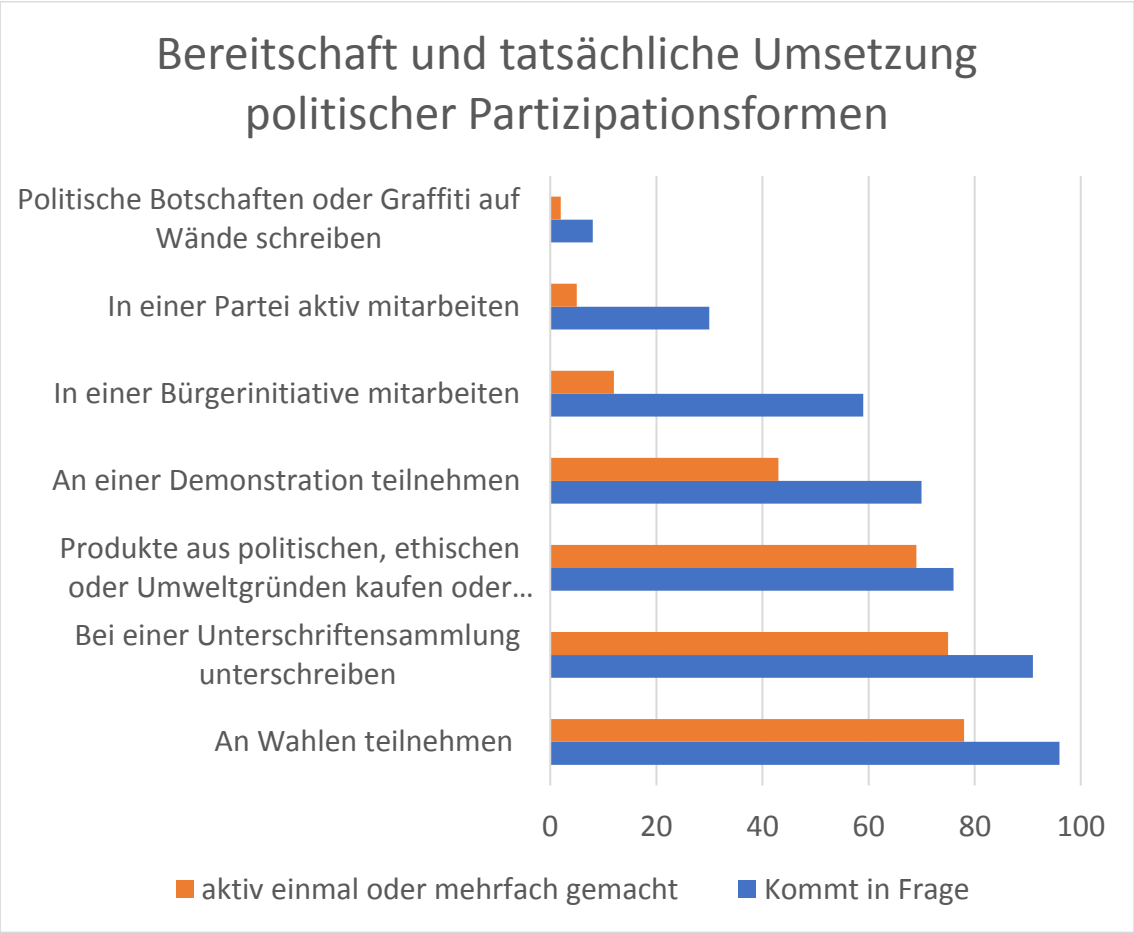
[51] Vgl. Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Partizipation und politisches Engagement; in: Gille, Martina/Krüger, Winfired (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 267-325, hier: S. 278f.

Parteien an Bedeutung und Wirkmächtigkeit innerhalb der kommenden Generationen verlieren, ist fraglich, inwiefern dann auch unkonventionellem politischem Handeln noch Ausdruck und Legitimation verliehen werden kann.

Innerhalb der FES-Jugendstudie 2015 wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach ihrer Bereitschaft zu verschiedenen Partizipationsformen gefragt. Außerdem sollten sie angeben, ob sie eine der politischen Aktivitäten bereits tatsächlich umgesetzt haben. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass es große Unterschiede sowohl in der Bereitschaft als auch in der Umsetzung zwischen den einzelnen Partizipationsformen gibt. Die höchste Zustimmung mit 96% hat die Teilnahme an Wahlen (siehe Abbildung 2). Dass jedoch nur 78% angeben, bereits an einer Wahl teilgenommen zu haben, liegt wohl daran, dass ein Teil der Befragten noch nicht das Mindestalter zur Teilnahme an Wahlen erreicht hat und zudem junge Menschen im Vergleich seltener zur Wahl gehen, als ältere Kohorten.[52] 91% der Befragten wären bereit, an einer Unterschriftensammlung teilzunehmen. Mittlere Zustimmungswerte erreichen die Teilnahme an Demonstrationen sowie die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und der sogenannte *Buykott*, wobei bestimmte Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft oder nicht gekauft werden. Das zeigt, dass unkonventionelle Partizipationsmöglichkeiten auf eine breite Zustimmung bei jungen Menschen zwischen 16 und 29 treffen. Dennoch zeigt sich bei allen Formen eine Differenz zwischen Bereitschaft und tatsächlicher Umsetzung des Engagements. Obwohl knapp zwei Drittel bereit wären, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, haben hier erst 12% der Befragten, Erfahrungen sammeln können. Noch größer zeigt sich der relative Unterschied, wenn man die Mitarbeit in Parteien betrachtet. Nur 30% der Befragten ziehen ein solches Engagement überhaupt in Betracht und nur 5% geben an, bereits in einer Partei mitgearbeitet zu haben. Dieser Wert ist wesentlich höher als der tatsächliche Anteil junger Menschen in der Gesamtbevölkerung, der einer Partei angehört.

[52] Vgl. Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen, Berlin 2018, S. 11.

Abbildung 2: Bereitschaft/Umsetzung politischer Partizipation



Quelle: Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugend und politische Partizipation heute, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S.50-71, hier: S. 53f.

In der FES Jugendstudie wurde jedoch nicht explizit nach Mitgliedschaften in Jugend- und Studentenorganisationen von Partien gefragt, so dass hier auch einige Befragte ihr dortiges Engagement als Parteiarbeit aufgefasst haben können. Zudem wurde lediglich nach der Mitarbeit in einer Partei gefragt und nicht nach der Mitgliedschaft. Die geringste Zustimmung erhält mit nur 8% Bereitschaft das Sprühen von politischen Botschaften in Form von Graffitis auf Wänden.

Zu ähnlichen Ergebnissen kam schon der AID:A – DJI-Survey 2009. Auch hier steht die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen an erster Stelle (94% Bereitschaft/87% bereits gemacht), Unterschriftensammlungen folgen dicht

dahinter als von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anerkannte Form politischer Partizipation. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien liegt in der AID:A Studie von 2009 sogar nur bei 22% und bereits aktiv mitgearbeitet haben lediglich 4% der Befragten.[53] Fasst man die Bereitschaft sowie das tatsächliche Engagement der einzelnen Partizipationsformen in die oben vorgestellten Kategorien konventionelle, unkonventionell-legale und unkonventionell-illegale politische Partizipation zusammen, „so zeigt sich: Bei der unkonventionell-illegalen Beteiligung ist die mehrheitliche Ablehnung solcher Formen eindeutig."[54] Die Bereitschaft sich über konventionelle oder unkonventionelle-legale Formen politisch zu beteiligen ist jedoch durchaus vorhanden, was gegen den vielfach formulierten Vorwurf der Politikverdrossenheit junger Generationen spricht.

Die relativ geringe Bereitschaft der jungen Generationen, sich in politischen Parteien zu engagieren, macht zunächst einen sehr negativen Eindruck. Wenn nur ein kleiner Teil bereit ist, sich in einer Partei zu engagieren, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass die meisten jungen Menschen ausschließen, aktiv in einer Partei mitzuarbeiten. Obwohl das Interesse an Politik laut Shell Jugendstudie bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren von 30% im Jahr 2002 auf 41% im Jahr 2015 gestiegen ist[55] und Hurrelmann darin auch eine allgemein steigende Bereitschaft sieht, sich politisch zu engagieren, profitieren die etablierten Parteien kaum von dieser Entwicklung.[56] Vergleicht man die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in Parteien der jungen Generationen jedoch mit Angaben von Erwachsenen, die 30 Jahre, oder älter sind, so zeigt sich, dass „auch bei der erwachsenen Bevölkerung […] diese Form der politischen Partizipation nicht stärker ausgeprägt"[57] ist. Es gibt also nicht nur bei den jungen Bevölkerungsgruppen unserer Gesellschaft kaum Bereitschaft zu Parteiengagement, vielmehr scheint es sich um eine allgemeine Distanz zur Partizipationsform der Parteiarbeit zu handeln, welche den starken Mitgliederschwund seit den 1980er Jahren erklären könnte. In Kapitel 7 wird

[53] Vgl. Gaiser, Wolfgang/Krüger, Wolfgang/de Rijke, Johann et al. (2016), S. 19f.
[54] Gaiser et al. (2000), S. 279.
[55] Vgl. Albert et al. (2015) S. 5.
[56] Jannasch, Sebastian: Jung, politisch – aber wenig Lust auf Parteien, in: Süddeutsche Zeitung, online im Internet <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593>, 25.11.2016, [eingesehen am 27.07.2018].
[57] Gille, Martina/de Rijke, Johann/Décieux, Jean Pilippe et al. (2016), S. 175.

daher genauer darauf eingegangen werden, warum die Parteiarbeit im Vergleich zu anderen Partizipationsformen nur wenig Anklang in der Bevölkerung findet.

Schon 1972 erklärten Verba/Nie im Rahmen des *sozioökonomischen Standardmodells*, dass die Partizipationsbereitschaft der Menschen auch von deren Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen abhängt.[58] Setzt man diese Ressourcen in Bezug zu den unterschiedlichen Kategorien politischer Partizipation, so werden die Befunde des Einflusses von Geschlecht, Alter und Bildungsstand auf politische Teilhabe eines Menschen sowohl durch die Ergebnisse konventioneller, als auch unkonventioneller Partizipationstypen bestätigt. Die FES Jugendstudie fasste für die Abfrage unter konventionelle Partizipationsformen die aktive Arbeit in Parteien, Gewerkschaften und Jugendparlamenten, sowie die Unterstützung von Wahlkampagnen, Projekten von Jugendverbänden und die Übernahme politischer Ämter zusammen. Die Teilnahme an Wahlen wurde absichtlich nicht mit in die Kategorie eingeschlossen, da die Bereitschaft hierzu sehr hoch ist und stark von allen anderen Werten abweicht, was den Gesamtwert zu einseitig verzerrt hätte. Als Möglichkeiten unkonventioneller Partizipation wurden nur legale Formen zusammengefasst.[59]

Sowohl bei den konventionellen, als auch bei unkonventionellen Partizipationsformen geben mehr männliche als weibliche Befragte an, bereits aktiv gewesen zu sein (siehe Tabelle 3). Jungen und junge Männer interessieren sich also nicht nur häufiger für Politik als ihre weiblichen Altersgenossen, sie sind im Vergleich zu diesen auch aktiver. Teilt man die Befragten in vier Altersgruppen, so zeigt sich hier, dass mit zunehmendem Alter mehr der Befragten politisch partizipiert haben, sowohl konventionell, als auch unkonventionell. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Untersuchung von Bildung als Determinante für politisches Engagement.

[58] Vgl. Verba, Sidney/Nie, Norman H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality. Chicago/London 1972, S. 125f.
[59] Vgl. Gasier, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugend und politische Partizipation heute, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 50-71, hier: S. 53ff.

Tabelle 3: Politische Partizipationstypen nach Ressourcen

Ressourcen		Konventionelle Partizipationsformen (ohne Wahlen)	Unkonventionelle Partizipationsformen
Geschlecht	männlich	13%	44%
	weiblich	9%	36%
Alter	14 – 17	6%	21%
	18 – 21	10%	42%
	22 – 25	11%	44%
	26 – 29	15%	48%
Bildung	Hauptschulabschluss	8%	21%
	Mittlere Reife	10%	36%
	Abitur	12%	47%

Die Prozentwerte geben jeweils die Anteile derjenigen wider, die in mindestens einer der Partizipationsformen aktiv waren.

Quelle: Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugend und politische Partizipation heute, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 50-71, hier: S. 60.

> „Bildung, durch den höchsten Bildungsabschluss gemessen, wirkt am stärksten beim unkonventionellen Engagement, relativ geringer beim konventionellen. […] Festgehaltenwerden kann, dass formale Bildung, die für alle verpflichtend ist, eine hervorgehobene Bedeutung für politisches Engagement hat.“[60]

Da diese Arbeit den Fokus auf politische Partizipation in politischen Parteien legt, gilt es, den konkreten Einfluss von Bildung auf eben jene Partizipationsform herauszuarbeiten. Diese Fragestellung wird in Kapitel 6 genauer untersucht.

5.3 Parteiengagement als Form politischer Partizipation

Es konnte gezeigt werden, dass Parteiengagement als Form politischer Partizipation nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt in Betracht gezogen wird und noch weitaus weniger Befragte überhaupt einmal in einer Partei mitgearbeitet haben oder derzeit eine Mitgliedschaft innehaben. Dennoch

[60] Gasier et al. (2015), S. 61.

gehören derzeit (Stand 31.12.2017) über 1,2 Millionen Menschen in Deutschland einer Partei an. Davon sind insgesamt nur knapp 100.000 Mitglieder höchstens 30 Jahre alt.[61] Gemessen am Anteil dieser beitrittsberechtigten Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung, der Ende 2017 rund 20% entsprach, kann also deutlich von einer zahlenmäßigen Unterrepräsentanz der jungen Generationen in den Parteien gesprochen werden.

Um zu klären, warum sich der größte Teil der Gesellschaft, insbesondere der jungen Generationen nicht in Parteien engagiert, soll zunächst erarbeitet werden, warum sich Menschen überhaupt in Parteien engagieren. Der Politiksoziologe Markus Klein konzipiert die Partizipation in politischen Parteien als zweistufigen Prozess. Dabei „werden sowohl die Entscheidung über die Mitgliedschaft in einer Partei als auch die Entscheidung über Ausmaß und Formen innerparteilicher Partizipation“[62] in den Blick genommen. Hier wird ein wichtiger Aspekt deutlich, der häufig in den Hintergrund gerät: Politische Partizipation in Parteien kann von sehr unterschiedlichem Ausmaß sein, denn bei Weitem nicht alle Parteimitglieder partizipieren wirklich aktiv. Bei der Betrachtung von Parteiengagement muss also immer zwischen aktiven und inaktiven Mitgliedern unterschieden werden. Die Mitgliederzahlen einer Partei sagen also noch nichts über die tatsächliche Aktivität dieser Mitglieder aus. Das Maß an Aktivität hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der individuellen Lebenssituation und den zur Verfügung stehenden Ressourcen wirken sich verschiedene Anreize sowohl auf den Akt des Beitritts als auch auf die aktive Mitarbeit in einer Partei aus.

Patrick Seyd und Paul Whitley entwickelten 1992 ein Anreizmodell, mit dessen Hilfe Kosten und Nutzen einer Parteimitgliedschaft abgewogen und die Entscheidung für den Parteibeitritt erklärt werden kann. Das sogenannte General-Incentives-Modell unterscheidet zwischen selektiven und kollektiven Anreizen, die sich jeweils auf die Motivation zum Parteieintritt und das Ausmaß der Mitarbeit auswirken. Als selektive Anreize gelten alle persönlichen Vorteile, die man durch die Parteimitgliedschaft erlangt, wie zum Beispiel berufliche

[61] Eigene Berechnungen auf Grundlage der Informationen der Bundesgeschäftsstellen der im Bundestag vertretenen Parteien.
[62] Klein, Markus: Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jhg. 47, Nr. 1, März 2006, S. 35-61, hier: S. 36.

Chancen als selektiver, ergebnisbezogener Anreiz oder aber die Freude an politischer Arbeit als selektiver prozessbezogener Anreiz. Darüber hinaus kann die Durchsetzung bestimmter parteipolitischer Ziele als kollektiver Anreiz wirken. Hinzu kommen altruistische, soziale und ideologische Anreize, die unter anderem aus der Verwirklichung idealistischer Ziele, gesellschaftlicher Anerkennung und Beeinflussung des sozialen Umfeldes herrühren.[63] Diesen positiven Anreizen stehen jedoch auch Kosten, beziehungsweise negative Anreize gegenüber. Neben der Zahlung eines Mitgliedbeitrages können beispielsweise Zeitaufwand und Arbeitsleid, wie Anfeindungen, Neid oder Missgunst, anfallen.[64]

Wenn nun

> „ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder der deutschen Parteien zwar formal Parteimitglieder sind, aber über ihre Existenz als ‚Karteileichen' hinaus kein weiterführendes Engagement an den Tag legen […] müssen [Anreize] dergestalt sein, dass die bloße Mitgliedschaft in der Partei dem Individuum Nutzen stiften kann."[65]

Als einzigen negativen Anreiz schlagen dann die Mitgliedsbeiträge zu Buche und genau diese tragen zur Organisationskraft einer Partei bei, sodass politische Ziele effektiver durchgesetzt werden können, was wiederum als positiver Anreiz für den Parteibeitritt angesehen werden kann. Die Mitgliedsbeiträge variieren je nach Partei und individuellem Einkommen. So beträgt zum Beispiel bei der SPD der monatliche Beitrag für Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 5,00€. Dieser wird nach Höhe des Monatsnettoeinkommens gestaffelt und kann auch 250€ und mehr betragen. Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, Pensionen und Renteneinkünfte, worunter in der Regel auch Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten fallen, müssen monatlich einen Betrag von 2,50€ aufwenden.[66] Da dieser Betrag verhältnismäßig gering ist, ist fraglich, ob dann noch angenommen wird, dass durch die bloße Zahlung dieses Beitrages die Organisationskraft der Partei in

[63] Vgl. Seyd, Patrick/Whitley Paul: Labour's Grass Roots. The Politics of Party Members, Oxford 1992, S. 59ff.
[64] Vgl. Hoffmann, Hanna: Warum werden Bürger Mitglied einer Partei?, in: Spier, Tim/Klein, Markus/von Alemann, Ulrich et al.: Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 79-96, hier: S. 90.
[65] Klein (2006), S. 38.
[66] Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Mitglied werden, online im Internet <https://www.spd.de/unterstuetzen/mitglied-werden/>, o.J., [eingesehen am 01.09.2018].

dem Maße positiv beeinflusst wird, dass dies als positiver Anreiz ausreicht, um als junger Mensch lediglich ein inaktives Mitglied der Partei zu sein. Da es diesbezüglich bislang keine empirischen Untersuchungen gibt, muss es bei der Vermutung bleiben, dass die Möglichkeit der Zahlungsmitgliedschaft häufiger von älteren Menschen wahrgenommen wird, was die zahlenmäßige Überrepräsentanz dieser Altersgruppen im Vergleich zu den jungen Generationen begünstigt, da für junge Menschen die Form der rein finanziell unterstützenden Mitgliedschaft nach dem General-Incentives-Modell keinen ausreichenden Nutzen stiftet.

5.4 Junge Parteimitglieder

Aus den Erkenntnissen des General-Incentives-Modells lässt sich ableiten, dass es unterschiedliche Formen der Parteimitgliedschaft gibt. Es ist anzunehmen, dass die Art und Weise des Engagements in einer Partei sich je nach Altersgruppe unterscheidet. Dies kann schon allein durch die unterschiedlichen Lebensabschnitte, in denen sich die Parteimitglieder befinden, begründet werden. Eine Studentin wird andere Möglichkeiten und Vorlieben haben, sich in einer Partei zu engagieren, als ein 50jähriger Familienvater oder eine alleinstehende Seniorin im Alter von 80 Jahren. Von besonderem Interesse ist im Hinblick auf den Titel dieser Arbeit die Aufarbeitung der Unterschiede unter den jungen Parteimitgliedern. Da schon deutlich gemacht wurde, dass die Begriffe Jugend und junge Generationen nicht homogene Gruppen umfassen, sondern sich vielmehr durch Pluralität und eine sehr heterogene Zusammensetzung auszeichnen, ist davon auszugehen, dass es nicht nur verschiedene Formen politischer Partizipation junger Menschen gibt, sondern Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise, wie sich junge Parteimitglieder engagieren.

Michael Bruter und Sarah Harrison untersuchten 2009 das Involvement junger Parteimitglieder in sechs europäischen Demokratien.

> „The study uses a comparative survey of 2.919 young party members aged 18 to 25 and shows that they fit into three categories: moral-, social-, and professional-minded. Young party members significantly differ in terms of their perceptions, preferences, behavior, and desired future involvement.“[67]

Ohne den Wert des Anreizmodells nach Seyd/Whitley in Frage zu stellen, wird hervorgehoben, dass junge Parteimitglieder sich von ihren älteren Parteikollegen schon dadurch unterscheiden, dass sie sich in dem Alter befinden, in dem ein Mensch seine langfristige moralische, soziale und berufliche Orientierung erst noch definiert. Aus diesem Grund ist das General-Incentives-Modell nur bedingt auf junge Mitglieder anwendbar, da sowohl der Stellenwert verschiedener Anreize als auch die Klassen selektiver und kollektive Anreize im Vergleich zu erwachsenen Parteimitgliedern stark verschoben sein können.[68] Das heißt, verschieden Anreize werden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anders eingeschätzt als von mittleren und älteren Generationen und ihnen wird unterschiedlich viel Bedeutung beigemessen. Die erste Kategorie zur Klassifikation junger Parteimitglieder – die *Moral-Minded-Members* - welche Bruter und Harrison definieren, korrespondiert insbesondere mit den idealistischen und altruistischen Anreizen. Sie umfasst junge Menschen, die einer Partei beitreten, um ihre moralischen Überzeugungen, die sich während des Heranwachsens erst neu ergeben, auszudrücken. Der Fokus der *Moral-Minded-Members* liegt darauf, sich für eine bestimmte Politik einzusetzen und auf gesellschaftliche Veränderung hinzuarbeiten. Junge Menschen tendieren eher zu Idealismus als Ältere, weshalb die *Moral-Minded-Members* häufig dazu beitragen, dass Jugendorganisationen radikaler sind als ihre Mutterparteien.[69] Die zweite Gruppe beschreibt Mitglieder, die einer Partei weniger ihrer inhaltlichen Ausrichtung wegen angehören, sondern vielmehr besonderen Wert darauf legen, in eine Gruppe integriert zu sein. Hier stehen Unterhaltung und soziale Kontakte im Vordergrund. Insbesondere die Möglichkeit, an zahlreichen lokalen Veranstaltungen teilzunehmen, wirken als Anreiz, einer Partei beizutreten. Die Bindung an die Partei als solche oder gar die dahinterstehenden

[67] Bruter, Michael/Harrison, Sarah: Tomorrow’s Leaders? Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies, in: Comparative Political Studies, Jhg. 42, Nr. 10, Oktober 2009, S. 1259-1291, hier: S. 1259.
[68] Vgl. Bruter et al. (2009), S. 1263.
[69] Vgl. ebd., S. 1263f.

Ideologien sind relativ locker, weshalb *Social-Minded-Members* häufig wieder aus der Partei austreten, wenn sich beispielsweise entsprechende Freundeskreise nach dem Studium auflösen, da jeder seines Weges geht.[70] Die dritte Kategorie umfasst die sogenannten *Professional-Minded-Members*. Deren Motivation, sich in einer Partei zu engagieren, rührt vor allem aus selektiven Anreizen. Die Aussicht, über Parteikontakte in Zukunft einen guten Job oder gar ein Mandat in einem Parlament zu bekommen, steht hier im Vordergrund.[71] Dass die Hoffnungen, schon über Parteiengagement in jungen Jahren später ein politisches Mandat zu erlangen, nicht unbegründet sind und so einen sehr starken Anreiz für die entsprechende Gruppe junger Menschen darstellt, zeigt die Studie über politische Parteien in Belgien (Flandern) von Hooghe, Stolle und Stouthhysen aus dem Jahr 2004, welche zu dem Ergebnis kommt: „41 percent of all councillors started their political cereer in a youth organization.“[72] Zwar bedeutet dies, dass 59% der Abgeordneten nicht über die sogenannte Ochsentour zu einem politischen Mandat gekommen sind, allerdings sind alle anderen Wege relativ unbestimmt und das Ergebnis offenbart, dass das Engagement in den entsprechenden Jugendorganisationen zumindest eine gute Möglichkeit ist, um seine politische Karriere schon als junger Mensch zu beginnen. *Professional-Minded-Members* machen derzeit noch die die kleinste Gruppe aus, aber die generelle, sich in der Politik abzeichnende Professionalisierung lässt ihre Anzahl im Verhältnis zu den anderen beiden Kategorien wachsen. Zudem sie sind die Engagiertesten, wenn es etwa um Wahlkampfunterstützung geht. Sie verhalten sich bereits wie junge Führungskräfte und versuchen, möglichst nah am Durchschnittswähler der Partei zu stehen, um so ihre Karriere innerhalb der Partei voranzutreiben.[73] Das heißt, junge Parteimitglieder sind in der Regel darum bemüht, nicht negativ aufzufallen und das allgemeine Gesamtbild einer Partei zu verkörpern. Sie eifern der Parteispitze nach und imitieren daher schon in frühen Jahren Verhaltensweisen des politischen Führungspersonals.

[70] Vgl. Bruter et al. (2009), S. 1264f.
[71] Vgl. ebd., S. 1265.
[72] Hooghe, Marc/Stolle, Dietlind/Stouthuysen, Patrick: Head Start in Politics. The Recruitment Function of Youth Organizations of Political Parties in Belgioum (Flanders), in: Party Politics, Jhg. 10, Nr. 2, 2004, S. 193-212, hier: S. 193.
[73] Vgl. Bruter et al. (2009), S. 1284f.

In der Differenz zwischen den drei Typen junger Parteimitglieder, wird eine weitere Problematik der Wirkmächtigkeit junger Generationen innerhalb der Parteien offenbar. Die bereits gezeigte zahlenmäßige Unterrepräsentanz junger Mitglieder in den Parteien wird dadurch verstärkt, dass die Mitglieder völlig unterschiedliche Motivationen haben, zum Teil gegensätzliche Ziele verfolgen und in sehr verschiedenem Maße auf verschiedene Arten innerhalb einer Partei partizipieren. Während sich die *Professional-Minded-Members* zwar aktiv am Wahlkampf beteiligen, aber um ihre Aufstiegschancen nicht zu mindern, möglichst auf Parteilinie bleiben müssen, kämpfen *Moral-Minded-Members* für Ideale und sind häufig radikal, weshalb sie insbesondere vom Establishment der Partei eher als störend empfunden werden und kaum in einflussreiche Ämter gelangen, dies aber auch gar nicht anstreben.[74] Statt sich gemeinsam als Vertreter der jungen Generationen innerhalb der Partei stark zu machen, wirken sie auf unterschiedliche Ziele hin und arbeiten bisweilen sogar gegeneinander. Andererseits sprechen diese Unterschiede dafür, dass es nicht nur verschiedene Arten gibt, sich innerhalb einer Partei zu engagieren, sondern dass Parteien völlig unterschiedlich motivierten und moralisch ausgerichteten jungen Menschen Möglichkeiten bieten, ihren politischen Überzeugungen Ausdruck zu verleihen. Dies müsste den sich durch Individualität und Pluralität auszeichnenden jungen Generationen theoretisch entgegenkommen. Dennoch engagiert sich nur ein sehr geringer Teil dieser Altersgruppe parteipolitisch, was die Frage nach den Gründen für ausbleibendes Parteiengagement aufwirft.

In der FES-Jugendstudie 2015 wurden insbesondere fehlende Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen (genannt von 72% der Befragten), fehlende Information über Parteivertreter (genannt von 69% der Befragten) und fehlende Nähe der Politiker (genannt von 57% der Befragten) beklagt und als Gründe für ausbleibendes Parteiengagement genannt.[75] Hinzu kommt Kritik an bestehenden Parteistrukturen der etablierten Parteien. Auf die Frage, was Parteien tun könnten, um attraktiver für junge Menschen zu werden,

[74] Vgl. Bruter et al. (2009), S. 1284f.

[75] Krell, Christian/Dresse, Marcel: Partei-Identifikation und politisches Engagement: Die Werte der Sozialen Demokratie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 160-176, hier: S. 172.

war die häufigste Nennung die Idee von Mitarbeit ohne Mitgliedschaft (genannt von 47% der Befragten). Außerdem wurden die Aspekte Sichtbarkeit junger Leute, mehr Mitgliedereinfluss sowie eine klare Programmatik als Möglichkeiten genannt, um die Attraktivität von Parteien für junge Menschen zu steigern. [76] Das Konzept der Mitgliederpartei sowie die generellen Strukturen der Parteien scheinen also nur (noch) kaum mit den Bedürfnissen junger Parteimitglieder vereinbar.[77]

Eingangs dieses Kapitels wurde nach den Gründen für ausbleibendes parteipolitisches Engagement gefragt.

> „Three answers come to mind: because they can't; because they don't want to; or because nobody asked. In other words, people may be inactive because they lack resources, because they lack psychological engagement with politics, or because they are outside of the recruitment networks that bring people into politics."[78]

Im Folgenden gilt es, die Gründe genauer zu untersuchen und mögliche Ansatzpunkte auszumachen, um dem sinkenden Parteiengagement und der Unterrepräsentanz der jungen Generationen entgegenwirken zu können.

6. Bildung als besonderer Einflussfaktor für parteipolitisches Engagement?

Schon aus dem sozioökonomischen Standardmodell nach Verba und Nie ergibt sich, dass der formale Bildungsgrad eines Menschen als eine wichtige Ressource gilt, die dessen politisches Partizipationsverhalten beeinflusst. Zudem fiel Bildung als eine der Determinanten für politisches Engagement in Kapitel 5.1 besonders auf. Aus diesem Grund wird nun zunächst die These des starken Bildungseinflusses untersucht, bevor in Kapitel 7 der Einfluss der strukturellen Festigkeit von Parteiengagement erörtert wird. Im Anschluss daran werden die Thesen 2 und 3 in einem gemeinsamen Kapitel diskutiert, da diese

[76] Vgl. Krell et al.(2016), S. 173.
[77] Vgl. Zuber, Julian: #partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien. Entwicklungsmöglichkeiten und alternative Formen der Mitbestimmung, Berlin 2017, S. 6.
[78] Verba, Sidney/Schlozman, Kay L./Brady, Henry E.: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/Massachusetts/London 1995, S. 269.

zum einen inhaltlich stark zusammenhängen und sich zum anderen in verschiedenen Aspekten sowohl positiv als auch negativ beeinflussen.

These 3: Der formale Bildungsgrad beeinflusst Parteiengagement in besonderem Maße.

Um den Zusammenhang zwischen formaler Bildung und politischer Partizipation in Parteien im Besonderen zu erarbeiten, wird zunächst der allgemeine Zusammenhang zwischen politischer Bildung und politischer Beteiligung über die konventionelle Partizipationsform der Wahlteilnahme untersucht, da es sich hier um einen voraussetzungsarmen Akt konventioneller politischer Partizipation handelt. Etwaige Effekte des Bildungsstandes können dann bereits Anknüpfungspunkte bieten, um den Zusammenhang von formaler Bildung und der wesentlich voraussetzungsreicheren Form politischer Partizipation, nämlich dem Engagement in Parteien, zu erörtern.

6.1 Formale Bildung und Wahlbeteiligung

„Die Teilnahme an Wahlen wird häufig als originäre und niedrigschwellige Möglichkeit politischer Partizipation betrachtet,“[79] da der Wahlakt „ungemein praktikabel […] ist und den Bürgerinnen und Bürgern nur wenige Minuten abverlangt.“[80]

> „Sinkende Wahlbeteiligungen, der Mitglieder- und Vertrauensschwund der Parteien, ihr Macht- und Reputationsverlust, der Ruf der Bürger nach direktdemokratischen Verfahren und demokratischen Innovationen, […] fehlende Verantwortlichkeit gewählter Repräsentanten und zurückgehende Parteimitgliedschaften lassen zunehmend Zweifel daran aufkommen, dass Wahlen ihre demokratische Legitimationsfunktion noch hinreichend erfüllen.“[81]

Durch den Wahlakt übertragen Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Willen auf politische Vertreter und legitimieren diese, in ihrem Namen politisch zu handeln. Der Gleichheit als zentrales Versprechen der Demokratie, soll durch

[79] Faas, Thorsten/Siri, Jasmin: Soziale Ungleichheit und das Wahlbeteiligungsgefälle, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 243-258, hier: S. 244.
[80] Richter, Hedwig: Warum wählen wir? Zur Etablierung und Attraktivität von Massenwahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Wählen gehen, Jhg. 67, Nr. 38-39, Bonn 2017, S. 10-17, hier: S. 17.
[81] Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang: Garantieren Wahlen demokratische Legitimität?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Wählen gehen, Jhg. 67, Nr. 38-39, Bonn 2017, S. 18-24, hier: S. 18.

das Prinzip *One man, one vote* Rechnung getragen werden. Die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung offenbart jedoch deutliche Beteiligungsunterschiede, je nach Alter, Bildungsstand und sozialer Milieuzugehörigkeit.[82] Diese Entwicklung offenbart die zunehmende soziale Selektivität politischer Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland. Sollte die „sozial ungleiche […] Wahlbeteiligung auf eine repräsentative Verzerrung schließen lassen, so wäre die Demokratie der Zukunft tatsächlich in Gefahr, das elementare Versprechen politischer Gleichheit in Zukunft nicht mehr einlösen zu können."[83]

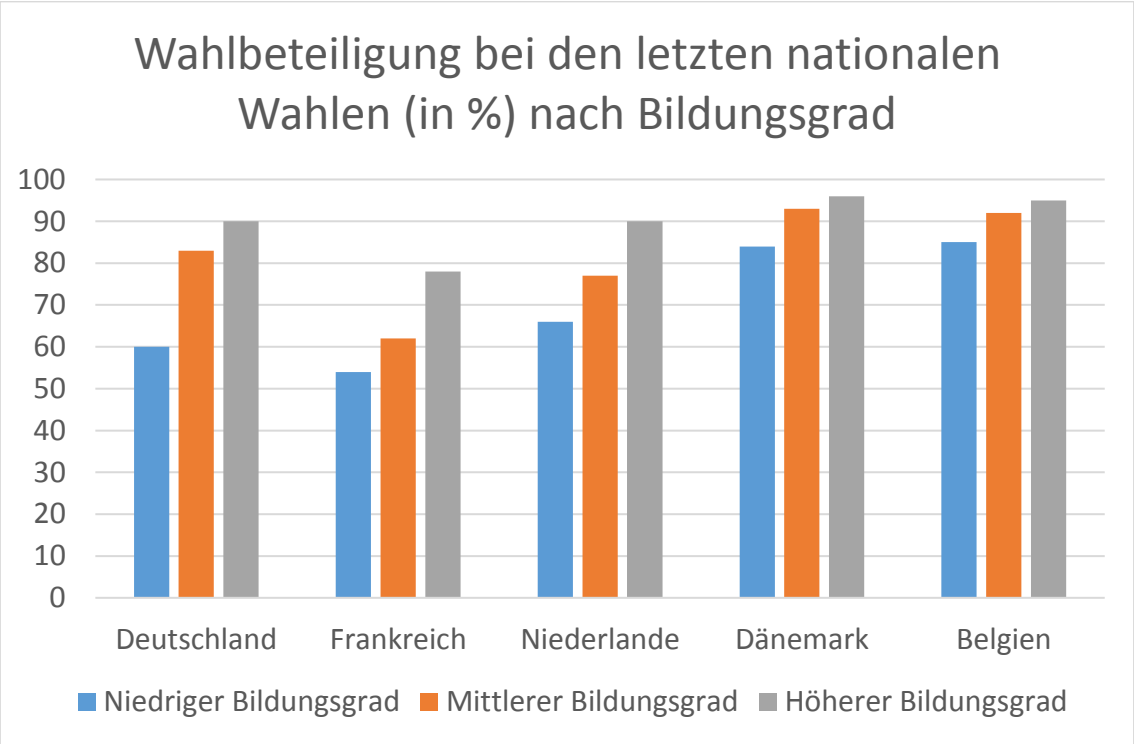
Wolfgang Merkel und Alexander Petring analysieren den kumulierten Datensatz der ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) von 1980 bis 2008 und stellen heraus, dass die „Wahlbeteiligung im Zeitraum von 1984 bis 1992 durchgängig höher als zwischen 2002 und 2008"[84] war. Zudem zeigt sich, in beiden beobachteten Zeiträumen, dass die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Bildungsgrad zunimmt. Auffällig ist jedoch die wachsende Differenz der Wahlbeteiligung zwischen niedrigen Bildungsabschlüssen im Vergleich zu höheren Bildungsabschlüssen über die Jahre. Während die Wahlteilnahme von Bürgerinnen und Bürgern mit Hochschulreife lediglich von 96% im ersten Beobachtungszeitraum auf 92% im zweiten Beobachtungszeitraum gesunken ist, nahm die Wahlbeteiligung derjenigen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss wesentlich stärker ab und sank von 92% auf 84%, bzw. von 83% auf 66%.[85]

Vergleicht man die Wahlbeteiligung nach Bildungsgrad verschiedener europäischer Länder, so zeigt sich, dass es sich nicht um ein rein deutsches Phänomen handelt. Jedoch ist in Deutschland die Differenz zwischen der Wahlbeteiligung besser gebildeter und weniger gebildeter Bürgerinnen und Bürger mit inzwischen knapp 30% besonders hoch (siehe Abbildung 3).

---

[82] Vgl. Schäfer, Armin: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Bundestagswahl 2013, Jhg. 63, Nr. 48-48, Bonn 2013, S. 40-46, hier: S. 43.
[83] Abendschön, Simone/Roßteutscher, Sigrid: Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit?, in: Roßteutscher, Sigrid/Faas, Thorsten/Rosar, Ulrich (Hrsg.): Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland, Wiesbaden 2016, S. 67-92, hier: S 83.
[84] Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander: Politische Partizipation und demokratische Inklusion, in: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 93-120, hier: S. 101.
[85] Vgl. ebd., S. 101f.

Abbildung 3: Wahlbeteiligung nach Bildungsgrad - international



Quelle: Bovens, Mark/Wille, Anchrit: Diploma Democracy. The Rise of Political Meritocracy, Oxford 2017, S. 71.

Sogar in Belgien unterscheidet sich die Wahlteilnahme nach Bildungsgrad, obwohl wegen der dort herrschenden Wahlpflicht alle Bürgerinnen und Bürger explizit zur Wahlteilnahme aufgefordert sind. In allen beobachteten Ländern zeigt sich also eine Bildungskluft in der Wahlbeteiligung, welche das Gleichheitsprinzip infrage stellt. So ist also „nicht nur die Wahlbeteiligung zurückgegangen, sondern auch die soziale Selektivität der verbliebenen Wahlbeteiligung hat zuungunsten der unteren Einkommens- und Bildungsschichten zugenommen."[86]

Bei der Betrachtung dieser Entwicklung unter Hinzunahme des Altersaspektes zeigt sich eine Verschärfung der Abhängigkeit von Bildung und Wahlwahrscheinlichkeit, insbesondere bei den jungen Generationen. Die kumulierten Daten der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* für die Zeit von 1980 bis 2010 sprechen eine eindeutige Sprache. Aus diesen lässt sich für die 1980er Jahre bei den älteren Generationen

[86] Merkel et al. (2012); S. 104.

noch keine Bildungseffekte ablesen, wohingegen sich bei den jüngeren Erwachsenen bereits eine Differenz zwischen der Wahlwahrscheinlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem und hohem Bildungsgrad zeigte. Die Ergebnisse für die 1990er Jahre zeigen auch für die Älteren einen Unterschied in der Wahlwahrscheinlichkeit, je nach formalem Bildungsgrad, wobei dieser weniger stark ausgeprägt ist als bei den jungen Wahlberechtigten, deren Wahlwahrscheinlichkeit abhängig von ihrem Bildungsstand wesentlich weiter auseinander geht als noch in den 1980er Jahren. Bis in die 2000er Jahre setzt sich dieser Trend für alle Alterskohorten weiter fort, bei den jüngeren Generationen jedoch wesentlich stärker als bei den Älteren.[87]

Da vor allem Jungwählerinnen und Jungwähler immer weniger erreicht werden, wodurch deren Teilhabe am repräsentationsdemokratischen Legitimationsprozess von Parteienherrschaft infrage zu stellen ist,[88] kann konstatiert werden, dass insbesondere junge Menschen bildungsferner Milieus bei elektoraler Entscheidungsfindung immer öfter außen vor bleiben. Junge Generationen und besonders bildungsferne Milieus sehen häufig keine Notwendigkeit, an Wahlen teilzunehmen, da sie ihr Votum als folgenlos vermuten.[89] Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen. So werden die unterschiedlichen Parteipräferenzen nach Alter und Bildungsstand nicht mehr im Wahlergebnis abgebildet, wenn einige soziale Gruppen ihren politischen Interessen kaum noch Ausdruck verleihen, da sie den Wahlen fernbleiben. „Who votes, and who doesn't, has important consequences for who gets elected and for the content of public policies."[90] Es ist anzunehmen, dass, je nach Wählerklientel unterschiedliche Entscheidungen getroffen werden und sich die Bildungskluft auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt. Im Folgenden wird daher untersucht, inwiefern sich Bildungsunterschiede auch in der Besetzung der Parlamente niederschlagen.

---

[87] Vgl. Abendschön et al. (2016), S. 79f.

[88] Vgl. Wiesendahl, Elmar: Restlaufzeiten der Parteiendemokratie, in: Niedermayer, Oskar/Höhne, Benjamin/Jun, Uwe (Hrsg.): Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013, S. 9-42, hier: S. 35.

[89] Vgl. Thurn, Susanne: Demokratie erlernen – Partizipation erfahren – Soldarität erleben, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 349-374, hier: S. 349.

[90] Lijphart, Arend: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: American Political Science Review, Volume 91, Nr. 1, 1997, S. 1-14, hier: S. 4.

6.2 Parlamentarier als Bildungselite

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schränkt sowohl die Wahlberechtigung zur Bundestagswahl als auch Wählbarkeit ausschließlich altermäßig ein. „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt." (GGS Art. 38, (1)) Dennoch deutet die Sozialstruktur der Bundestagsabgeordneten darauf hin, dass auch hier Bildungseffekte den Einzug in das Parlament bestimmen oder zumindest stark beeinflussen. Das Bildungsniveau der Abgeordneten steigt seit den 1970er Jahren kontinuierlich an. Insbesondere die hohe Promotionsquote, die bei dem 2017 gewählten 19. Bundestag bei knapp 20% liegt,[91] „lässt Zweifel aufkommen an der […] These des sozial beinahe uneingeschränkt offenen legislativen Rekrutierungssystems in Deutschland."[92] Obwohl lediglich Volljährigkeit als Bedingung für den Einzug in den Bundestag gegeben ist und weder eine bestimmte Ausbildung noch ein bestimmter Bildungsabschluss vorausgesetzt werden, sind starke Unterschiede zwischen der sozialen Zusammensetzung der Bundestagsabgeordneten und der Bevölkerung zu erkennen. So haben knapp zwei Drittel der Parlamentarier einen Hochschulabschluss und etliche befinden sich parallel zu ihrer Abgeordnetentätigkeit im Studium, allerdings verfügt nur rund ein Drittel der Bevölkerung überhaupt über die Hochschulreife (siehe Tabelle 4).

Der Trend zur starken Akademisierung zeigt sich auch bei den jüngeren Abgeordneten. Hier liegt der Anteil der Akademiker seit den frühen 1990er Jahren konsequent bei über 85%.[93] Diese Ergebnisse zeigen einen eindeutigen Bildungseffekt, der noch weitaus deutlicher ausgeprägt ist als bei der Wahlteilnahme. Auch der sehr starke Einfluss von Bildung bei den jüngeren Abgeordneten bestätigt die Einschätzungen, die sich bereits aus der Analyse der Wahlbeteiligung nach Bildungsgrad ergeben haben. Der Bildungseffekt schlägt bei jungen Generationen noch stärker zu Buche als bei den älteren Kohorten. Die

[91] Vgl. Deutscher Bundestag: Abgeordnete, online im Internet <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien>, o. J., [eingesehen am 10.09.2018]. (eigene Berechnungen)
[92] Höhne, Benjamin/Knitz, Melanie: Soziale Herkunftslinien von Abgeordneten im Wandel, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 259-286, hier: S. 278.
[93] Vgl. ebd., S. 270f.

wenig gebildeten Teile der jungen Generationen werden in der Besetzung des Bundestages nicht repräsentiert. Mit der zunehmenden Verengung der Personalrekrutierung für politische Ämter auf bestimmte Teilbereiche der Gesellschaft ergeben sich Repräsentationsdefizite, die dem Anspruch der repräsentativen Demokratie nicht mehr gerecht werden.[94] Diese Befunde reichen allerdings nicht aus, um tatsächlich auch von einer inhaltlichen Verzerrung der Parteiendemokratie zu sprechen. Die bloßen Repräsentationsdefizite zwischen der Bevölkerung und Parlamentariern sind lediglich ein erstes Anzeichen für mögliche weitreichende Folgen in Form sozialer Exklusivität im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Da zwischen den politischen Amtsinhabern und der außerparteilichen Bevölkerung all die übrigen Parteimitglieder als Bindeglied fungieren sollen, ist deren Sozialstruktur für die Repräsentation verschiedener Interessen von zentraler Bedeutung. Daher gilt es zu untersuchen, inwiefern sich auch bei den Parteimitgliedern eine Bildungskluft zeigt.

6.3 Bildungsstand und Parteiengagement

Wie in Kapitel 7.1 noch ausführlicher dargestellt werden wird, hat der gesellschaftliche Wandel zur Auflösung der klassischen *Cleavages* - den traditionellen gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital beziehungsweise zwischen starker und schwacher Kirchenbindung[95] - geführt. Mark Bovens und Anchrit Wille sprechen in ihrem Buch ‚Diploma Democracy. The Rise of Political Meritocracy' jedoch von ‚Education as a *Cleavage*'. Demnach könne die Spaltung der Gesellschaft durch unterschiedliche Bildungsgrade als neue gesellschaftliche Konfliktlinie zur Entstehung politischer Meritokratien führen und starke Auswirkungen auf die Arbeitsweisen europäischer Demokratien haben.[96] Als Meritokratie wird eine auf dem Leistungsprinzip aufbauende Gesellschaftsordnung bezeichnet. Der Erfolg soll

[94] Vgl. Krell, Christian/Meyer, Thomas/Mörschel, Tobias: Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven, in: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 9-30, hier: S. 15f.

[95] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Wahlverhalten: Faktor Konfliktlinien, online im Internet <http://www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145168/mb-03-08-wahlverhalten-faktor-konfliktlinien>, 27.09.2012, [eingesehen am 24.08.2018].

[96] Vgl. Bovens, Mark/Wille, Anchrit: Diploma Democracy. The Rise of Political Meritocracy, Oxford 2017, S. 59f.

demnach nicht von der sozialen Herkunft oder vererbten Privilegien, sondern eigener Leistung abhängen. Gleichwohl fand dieses Ideal bislang in keinem Land der Welt die vollkommene Verwirklichung und stiftet vielmehr Legitimation für Statusunterschiede, so lange Bemühungen ersichtlich sind, die der Realisierung dieses Ideals dienen sollen.[97] Problematisch würde eine solche Entwicklung innerhalb der demokratischen Ordnung, wenn das normative Prinzip der Gleichheit durch das Leistungsprinzip abgelöst würde. Der Grundgedanke des Leistungsprinzips zielt zwar auf Gleichheit ab, da Leistung an die Stelle sozialer Herkunft oder vererbter Vorteile treten soll und so in der Theorie jeder Mensch die gleichen Chancen haben sollte, doch schon der Philosoph John Rawls macht in seiner ‚Theory of Justice' deutlich, dass das reine Leistungsprinzip nicht gerecht sein kann, da sich natürliche Fähigkeiten der Menschen unterschieden und somit auch deren Starposition. Aus diesem Grund schlägt er vor, den Fokus gesellschaftlicher Institutionen nicht mehr auf Leistung und Technokratie, sondern auf die Verteilung natürlicher Gaben als Gemeinschaftsaufgabe zu legen. Das bedeutet jedoch nicht die Beseitigung von Unterschieden zwischen den natürlichen Fähigkeiten, sondern zielt vielmehr darauf ab, die gesellschaftliche Grundstruktur in der Form zu gestalten, dass sich Unterschiede positiv auf diejenigen mit ursprünglich schlechteren Chancen auswirken.[98] Die Dominanz hoher Bildungsabschlüsse unter den Parlamentariern deuten jedoch auf ein strukturelles Problem hin, da diese strukturell bevorzugt zu werden scheinen, obwohl gesetzlich keine Vorschriften bezüglich des Bildungsabschlusses gemacht werden, welche den Zugang zu einem politischen Mandat einschränken könnten. Die zahlenmäßige Überlegenheit derjenigen mit hohem formalen Bildungsgrad in politischen Parlamenten allein führen jedoch noch nicht zu einer politischen Meritokratie oder gar postdemokratischen Zuständen, in denen politische „Akteure […] zunehmend unter dem Einfluss privater und partikularer Interessengruppen agieren, statt als gewählte

[97] Vgl. El-Mafaalani, Aladin: Bildungsaufstieg – (K)eine Frage von Leistung allein?, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Bildung, online im Internet <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/205371/bildungsaufstieg?p=all> 22.04.2015, [eingesehen am 16.09.2018].

[98] Vgl. Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, deutsche Übersetzung von Hermann Vetter, Frankfurt am Main 1979, S 121ff.

Repräsentanten im Sinne des Gemeinwohls zu handeln“[99] da das politische System der Bundesrepublik Deutschland mit den politischen Parteien in der Sonderrolle als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft explizit die Parteien als Ganzes und nicht bloß deren Führungseliten einbindet. Aus diesem Grund sind die Parteimitglieder für die Verwurzelung institutioneller Macht in der Zivilgesellschaft von besonderer Bedeutung.

Vergleicht man die Bildungsabschlüsse der Parteimitglieder mit denen der Bundestagsabgeordneten, so zeigen sich sowohl Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien als auch Abweichungen von der extrem hohen Akademikerquote im Bundestag.

Tabelle 4: Formale Bildungsgrade der Parteimitglieder im Vergleich

	Hochschul-abschluss	(Fach-)Abitur	Mittlere Reife	Hauptschul-Abschluss/ kein Abschluss
CDU	38%	14%	26%	22%
CSU	33%	9%	27%	32%
SPD	37%	13%	22%	28%
GRÜNE	68%	17%	11%	5%
LINKE	46%	17%	18%	19%
FDP	56%	17%	17%	10%
Bevölkerung ab 15*	34%		25%	38%

* In Summe nur 97%, da sich ~3% noch in der Schulausbildung befinden.

Quellen: Niedermayer, Oskar: Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Parteien in Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung>, 07.10.2017, [eingesehen am 17.07.2018].

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2017. Deutschland und Internationales, Wiesbaden 2017, S. 84.

[99] Oztürk, Asiye: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Postdemokratie?, Jhg. 61, Nr. 1-2, Bonn 2011, S. 2.

Auffällig ist, dass die (Noch-)Volksparteien CDU/CSU und SPD mit Akademikerquoten von unter 40% bei ihren Mitgliedern am weitesten von der 2/3 Quote im Bundestag abweichen (siehe Tabelle 4). Zudem verfügen etwa die Hälfte der Mitglieder von CDU/CSU und SPD einen mittleren oder niedrigen formalen Bildungsgrad, sodass sich diese und diejenigen mit hohem formalen Bildungsgrad in etwa die Waage halten. Bei der FDP haben etwa zwei Drittel der Mitglieder einen höheren Bildungsabschluss und nur knapp ein Drittel verfügt über ein mittleres oder niedriges Bildungsniveau. Noch weitaus deutlicher ist die Bildungskluft bei den GRÜNEN, wo den 85% hoch gebildeten Parteimitgliedern nur 15% mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau gegenüberstehen. Die Akademikerquote ist hier sogar höher als im Bundestag, was ihnen also nicht unbegründet den Spitznamen der Akademiker-Partei[100] eingebracht hat.

Verglichen mit den Schulabschlüssen der gesamten Bevölkerung zeigt sich je nach Partei eine mehr oder weniger deutliche Bildungskluft zwischen Parteimitgliedern und der Gesamtbevölkerung. Nur etwa ein Drittel der Bevölkerung verfügt über das Abitur oder Fachabitur und bildet somit die Gruppe derjenigen mit hohem formalen Bildungsgrad. Bei einem Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist die Mittlere Reife der höchste Bildungsabschluss und 38% haben einen Hauptschulabschluss oder sind ohne Abschluss und bilden die Gruppe derjenigen mit niedrigem formalen Bildungsgrad.

Dass der größte Teil der Bevölkerung lediglich über einen Hauptschulabschluss verfügt, liegt daran, „dass die Hauptschule gedacht war, die handwerklich Begabten aufzunehmen, während das Gymnasium die eher intellektuellen Geister bilden sollte.“[101] Das Konzept der Hauptschule passte laut Andreas Schleicher, dem internationalen Koordinator der Pisa-Studien, zwar in das Industriezeitalter, in der modernen Wissensgesellschaft drohe die Hauptschule jedoch zur Resteschule zu werden, die das Potenzial vieler junger Menschen

[100] Vgl. Decker, Markus: Auch die Grünen sind verunsichert, in: Berliner Zeitung, online im Internet <https://www.berliner-zeitung.de/politik/kommentar-auch-die-gruenen-sind-verunsichert-25083676>, 12.11.2016, [eingesehen am 17.09.2018].
[101] Vitzthum, Thomas: Was Deutschland verliert, wenn die Hauptschule stirbt, online im Internet <https://www.welt.de/print/wams/politik/article13372539/Was-Deutschland-verliert-wenn-die-Hauptschule-stirbt.html>, 15.05.2011, [eingesehen am 17.09.2018].

ungenutzt lasse.[102] Die Bildungsexpansion, die sich seit den 1950er Jahren kontinuierlich entwickelt, führte dazu, dass sich der Anteil derjenigen, die eine Hauptschule besuchen, von 79% im Jahr 1952 auf nur noch 15% im Jahr 2012 verringert hat.[103] Dennoch ist festzuhalten, „dass die Bildungsexpansion ein paradoxes Ergebnis produziert hat: Sie hat die Bildungschancen aller Schichten verbessert, ohne zugleich die gravierenden schichttypischen Ungleichheiten zu beseitigen."[104] Obwohl die Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zunehmend höher werden, führt dies nicht zu einer breiteren Repräsentation unterschiedlicher Milieus innerhalb der politischen Parteien.

Vor diesem Hintergrund sind die verschiedenen Bildungsgrade der Parteimitglieder noch stärker zu bewerten. Obwohl in den Parteien die Mitglieder älter als 60 Jahre die größte Gruppe darstellen und diese Altersgruppe in der Bevölkerung aufgrund der Entwicklungen des deutschen Bildungssystems verhältnismäßig häufiger zur Gruppe derjenigen mit niedrigem formalen Bildungsgrad gezählt wird, zeigt sich eine starke Kluft zwischen den Bildungsniveaus der Parteimitglieder und der Gesamtbevölkerung. Da in den Parteien sehr viele Menschen aus den Alterskohorten stammen, welche noch wesentlich häufiger die Hauptschule besucht haben, wären geringere Unterschiede zur Bildungsstruktur der Bevölkerung zu erwarten gewesen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich bereits bei den älteren Generationen ein starker Bildungseffekt abzeichnete, der den Parteieintritt begünstigte und, dass dieser sich bei den jüngeren Generationen noch verstärkt. Bekräftigt wird diese Annahme durch Zusammenspiel von Bildungsstruktur und Durchschnittsalter der einzelnen Parteien. CDU/CSU und SPD verfügen noch über vergleichsweise große Anteile von Mitgliedern, deren höchster Bildungsabschluss von einer Hauptschule stammt[105] und sind gleichzeitig auch diejenigen mit dem höchsten

[102] Vgl. Braun, Maria: „Hauptschule" verschwindet aus dem Wortschatz, online im Internet <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13467210/Hauptschule-verschwindet-aus-dem-Wortschatz.html>, 04.07.2011, [eingesehen am 17.09.2018].
[103] Vgl. Geißler, Rainer: Bildungsexpansion und Bildungschancen, in: Informationen zur politischen Bildung: Sozialer Wandel in Deutschland, Jhg.63, Nr. 324, 2014, S. 54-63, hier: S.54.
[104] Geißler (2014), S.60.
[105] Vgl. Spier, Tim: Die Linke. Von der Regionalpartei Ost zur Partei des sozialen Souterrains?, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 191-222, hier: S. 210.

Altersschnitt von ~60 Jahren[106], was dafürspricht, dass die formal niedrig gebildeten Parteimitglieder häufiger den älteren Generationen angehören. FDP und GRÜNE sind mit einem Altersdurchschnitt ihrer Mitglieder von ~52 beziehungsweise ~50 Jahren[107] die beiden jüngsten Parteien im Bundestag und deren Mitglieder weisen zugleich am häufigsten ein hohes formales Bildungsniveau auf. Zwar lässt sich nicht allein aus dem Alter der Parteimitglieder auf deren Bildungsniveau schließen und umgekehrt ist nicht das Alter der Parteimitglieder allein für die Zusammensetzung nach verschiedenen Bildungsgraden verantwortlich. Dennoch zeigt sich ein relativer Zusammenhang, der zumindest einen Erklärungsansatz bietet.

Die Bildungsexpansion führt dazu, dass bei den jungen Generationen die niedrigen Bildungsabschlüsse kontinuierlich zurückgehen. Schon 1990, als der Hauptschulabschluss bei den älteren Erwachsenen noch der am meisten verbreitete formale Bildungsgrad war, fiel dieser bei den jungen Bürgerinnen und Bürgern hinter mittlere und höhere Bildungsabschlüsse zurück.[108] So werden „höhere Bildungsabschlüsse zwar ubiquitär, dies eröffnet aber wiederum Möglichkeiten für Binnendifferenzierung innerhalb der höheren Bildungsgruppen.“[109] Bettina Westle vermutet zudem, dass „die Bildungsexpansion mit einer Niveausenkung bei den erforderlichen kognitiven Fähigkeiten und/oder ihrer Förderung einhergegangen“[110] sei. Dies hätte zur Folge, dass sich trotz des größeren Anteils formal höher gebildeter Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Gesellschaft, die kognitiven Fähigkeiten, politische Zusammenhänge zu verstehen und einzuordnen, kaum vermehrt hätten. Da zu diesen Zusammenhängen bislang keine empirischen Belege vorliegen, muss dieser Aspekt hier eine Randbemerkung bleiben. Festzustellen ist jedoch, dass die Bildungsexpansion nicht automatisch mit mehr Bildungsgerechtigkeit einhergeht und gleiche Chancen eröffnet, sondern, dass schichttypische Ungleichheiten nach wie vor bestehen und es neuer Ansätze bedarf, um der

[106] Vgl. Statista: Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2017, online im Internet <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192255/umfrage/durchschnittsalter-in-den-parteien/>, August 2018, [eingesehen am 17.09.2018].
[107] Vgl. Statisa (2017).
[108] Vgl. Abendschön et al. (2016), S. 86.
[109] Spier (2017), S. 207.
[110] Westle (2005), S. 7.

vertikalen Ungleichheit der Bildungschancen entgegenzuwirken.[111] Dafür spricht auch, dass trotz der zahlenmäßig steigenden höheren Bildungsabschlüsse nicht automatisch mehr Bürgerinnen und Bürger auch mehr an politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung teilhaben.

> „[Vielmehr] verlaufen die Entwicklungen der Bildungsabschlüsse […] erstaunlich parallel zur Entstehung der sozialen Spreizung elektoraler Partizipation. Immer dann, wenn höhere Bildungsabschlüsse dominant werden bzw. niedrige Abschlüsse nicht mehr den ‚Normalfall' widerspiegeln oder sogar zur Randerscheinung werden, entstehen deutliche Bildungseffekt auf politische Teilhabe."[112]

Diese Erkenntnis wirft die Frage nach den Gründen für ausbleibendes Parteiengagement trotz der Bildungsexpansion auf. Obwohl gezeigt werden konnte, dass der formale Bildungsgrad ein starker Einflussfaktor für politische Partizipation und insbesondere für Engagement in politischen Parteien ist, sinken die Mitgliederzahlen der meisten Parteien seit Jahren kontinuierlich – erst seit 2016 konnten einige Parteien wieder mehr Parteieintritte verzeichnen. Da nicht auszuschließen ist, dass die Entwicklung von 2016 bis 2017 eine Ausnahme darstellt, die aus besonderen Umständen, wie der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Ende 2016, der Bundestagswahl 2017 und dem Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in zahlreichen Ländern der Europäischen Union resultiert, wird im Folgenden untersucht, wieso nur die wenigsten Bürgerinnen und Bürger einer Partei beitreten.

7. Ist parteipolitisches Engagement nicht mehr zeitgemäß?

Ausgehend von den Erkenntnissen darüber, warum sich Menschen generell und insbesondere junge Menschen in politischen Parteien engagieren, beziehungsweise, warum sie sich nicht engagieren und von dem teils widersprüchlichen Ergebnis, dass sich zwar ein höheres formales Bildungsniveau positiv auf parteipolitische Partizipation auswirkt aber trotz der

[111] Vgl. Geisler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Auflage, Wiesbaden 2014, S. 371f.
[112] Abendschön et al. (2016), S. 86.

Bildungsexpansion eher weniger als mehr Menschen einer politischen Partei beitreten, lässt sich die folgende These formulieren:

These 2: Formen und Strukturen des parteipolitischen Engagements passen nicht mehr zur Lebenswirklichkeit (junger Menschen) im 21. Jahrhundert.

Um zu klären, ob und inwiefern Parteiengagement noch mit heutigen Ansprüchen und Bedürfnissen der Bevölkerung und besonders der jungen Generationen kompatibel sind, soll zunächst beleuchtet werden, inwiefern sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Parteien in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat. Da die Parteimitgliedschaft im Vergleich zur Wahlbeteiligung eine kaum verbreitete politische Beteiligungsform darstellt[113], wird zur Analyse des allgemeinen Verhältnisses der Bürgerinnen und Bürger zu politischen Parteien in Deutschland zunächst auch das Wahlverhalten mit einbezogen.

Für den Vollzug eines Wandels, sprechen zum einen die reduzierten Mitgliederzahlen der Parteien (siehe Kapitel 4) und zum anderen das veränderte Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Während die Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen in den 1970er Jahren regelmäßig um die 90 Prozent betrug, liegt diese heutzutage nur noch bei knapp über 70 Prozent. An Landtagswahlen nehmen nur noch rund 60 Prozent teil und an Kommunal- und Europawahlen teilweise sogar unter 50 Prozent. Zusätzlich zu der rückläufigen Wahlbeteiligung zeichnet sich eine Veränderung im Wählerverhalten selbst ab. Die Wahlentscheidungen werden zunehmend situativ und unberechenbarer, was für eine nachlassende Bindungskraft der Parteien spricht und zudem die wachsende Fragmentierung der Parteienlandschaft begünstigt.[114] Neben der Neigung zur Wechselwahl, insbesondere bei jungen Generationen, ist in den letzten Jahrzehnten auch ein stärkerer Rückgang der Beteiligung junger Menschen an Wahlen festzustellen.[115] Um sowohl das Phänomen der Wechselwahl als auch die rückgängige Wahlbeteiligung insgesamt zu erklären, ist das Konzept der

[113] Vgl. Laux, Annika: Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt?, in: Spier, Tim/Klein, Markus/von Alemann, Ulrich et al.: Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 61-78, hier: S. 61.
[114] Vgl. Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2018, S. 3-40, hier: S. 5.
[115] Vgl. Konzelmann, Laura/Bergmann, Michael/Rattinger, Hans: Demographic Change in Germany – its Political Consequences, Baden-Baden 2014, S. 218ff.

Parteiidentifikation von besonderem Interesse. Dieses ist besonders geeignet, um die Beziehungen der Menschen zu den Parteien auf inhaltlicher, beziehungsweise psychischer Ebene zu erläutern.

7.1 Parteiidentifikation/Parteibindung im Wandel

In den späten 1940er und den 1950er Jahren führten Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes vom *Survey Research Center* der *Univerisity of Michigan* in ihrem Werk *The American Voter* das Konzept der Parteiidentifikation ein, welches bis heute eine zentrale Rolle bei der Erklärung von Wahlverhalten spielt.[116] Parteiidentifikation wird definiert als: „a psychological identification, which can persist without legal recognition or evidence of formal membership and even without a consistent record of party support."[117] Sie ist also formal unabhängig von einer direkten Mitgliedschaft und geht der eigentlichen Parteimitgliedschaft voraus. Die Parteiidentifikation oder synonym auch Parteibindung, spielt als relativ langfristige, stabile Bindung an eine Partei eine zentrale Rolle für die Orientierung im politischen Raum. So hilft sie bei der Auswahl und Bewertung politischer Themen und kann ein Mittel zur Reduktion politischer Komplexität sein.[118] Die Autoren des *American Voter* zeigten, dass junge Erwachsene schwächere Parteibindungen aufweisen, als ältere Kohorten.[119] Doch diese Befunde wurden bereits in den 1970er Jahren in Frage gestellt.[120] Aktuellere Analysen für die Bundesrepublik Deutschland zeigen: „weder in West- noch in Ostdeutschland nimmt die Intensität der Parteibindung mit dem Lebensalter zu."[121] Alexandra Mößner konnte in ihrem Längsschnittvergleich zahlreicher Studien zeigen, dass die Parteibindung älterer Kohorten zwar stabiler ist als bei den jungen Generationen, allerdings sind in

---

[116] Vgl. Mößner, Alexandra: Jung und ungebunden? Parteiidentifikation von jungen Erwachsenen, in: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!", Wiesbaden 2006, S. 337-360, hier: S. 338.

[117] Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E. et al.: The American Voter (Nachdruck der Originalausgabe von 1960), The University of Chicago Press, Chicago and London 1980, S. 121.

[118] Vgl. Mößner (2006), S. 339.

[119] Vgl. Campbell et al. (1960), S. 161.

[120] Vgl. Mößner (2006), S. 140.

[121] Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation' in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard et al. (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 235-271, hier: S. 249f.

allen Altersgruppen sowohl der Anteil derjenigen, die sich überhaupt mit einer Partei identifizieren, als auch die Intensität der Parteiidentifikation seit den 1970er Jahren insgesamt zurückgegangen, sodass nicht eindeutig geklärt werden kann, ob es sich um einen Generationen- oder um einen Lebenszykluseffekt handelt. Da sich die Entwicklung bei den bis 30-Jährigen im Betrachtungszeitraum jedoch schneller vollzog als bei den Älteren, ist davon auszugehen, dass sich der Effekt sinkender Stabilität der Parteiidentifikation fortführen wird.[122]

Die Abnahme „der Parteibindung, die in der Politikwissenschaft als *dealignment* bezeichnet wird, hat einen quantitativen und einen qualitativen Aspekt."[123] Für die Entwicklung, dass sowohl Ausmaß der Parteibindung als auch die Zahl der sogenannten Parteiidentifizierer abnehmen, werden in der Fachliteratur drei Hauptgründe angeführt. In der Vergangenheit formierten sich identitätsstiftende Milieus entlang der Grenzen gesellschaftlicher Konfliktlinien und bildeten die sogenannten *Cleavages*. Insbesondere die Spaltungen Staat/Kirche und Besitz/Arbeit wurden politisiert und führten zu Parteigegensetzen[124], die sich in Deutschland durch die konservativ-christlichen Parteien CDU und CSU einerseits sowie die sozialdemokratische, als Arbeiterpartei stilisierte SPD auf der anderen Seite verwirklichten. Durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates wird jedoch die Schutzfunktion einstiger Milieus entbehrlich,[125] was sich auch in den sinkenden Zustimmungswerten und Mitgliederzahlen der beiden Volksparteien niederschlägt. Der zweite Aspekt, der die *Dealignment-Hypothese* stützt und mit dem Abbau der klassischen Milieus einhergeht, ist der gesellschaftliche Wertewandel von kollektiven Werten hin zu individuellen, anthropozentrischen Werten und Wertkombinationen.[126] Aus dieser Entwicklung folgt eine immer stärker werdende Unterscheidung individueller Lebenspläne, welche zu einer Vielzahl sozialer Normen und Werteinstellungen führen, wodurch kaum noch einen Rückschluss von sozialer und ökonomischer Stellung auf die Parteineigung möglich ist. Einen dritten Ansatz zur Erklärung der Abnahme von

[122] Vgl. Mößner (2006), S. 354f.
[123] Decker, Frank (2018), S. 7.
[124] Vgl. Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie, Jhg. 9, Nr.2, 1980, S. 118-128, hier: S. 120f.
[125] Vgl. Decker (2018), S. 7.
[126] Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus/Ruß, Achim: Postmaterieller und anthropozentrischer Wertewandel?, in: Politische Vierteljahresschrift, Jhg. 37, Nr. 3, 1996, S. 517-536, hier: S. 528f.

Parteiidentifikation im 21. Jahrhundert bieten die Bildungsexpansion sowie das extrem gestiegene Medienangebot. „Die Bildungsexpansion [hat] eine kognitive politische Mobilisierung und damit eine Zunahme der Fähigkeit zum Verständnis politischer Fragen bewirkt […].“[127] Es bedarf also weniger eines klassischen Orientierungsrahmen über relativ feste Parteibindung zur Einschätzung politischer Zusammenhänge. Vielmehr ist es den Bürgerinnen und Bürgern durch bessere Bildung leichter möglich, sich ein eigenes Urteil zu bilden, was durch schier unzählige Angebote und Informationen auch über Politik in Medien jedweder Form noch verstärkt wird. Die Gründe für zunehmendes *Dealignment* in der Gesellschaft können unter dem Begriff der „Pluralisierung“ zusammengefasst werden. Diese drückt sich darin aus, dass

> „die großen Effekte der politisierten Sozialstruktur allmählich durch kleinere Effekte bestimmter sozialstruktureller Lagen abgelöst werden, die sich nicht mehr zu einem großen Gesamteffekt der ‚Sozialstruktur‘ oder zumindest der ‚Klassenstruktur‘ aufaddieren.“[128]

Die zunehmende Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft wirkt sich nicht nur auf die Parteiidentifikation aus, sondern auch auf das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zu den Parteien im Allgemeinen. Aus den Erkenntnissen der *Dealignment-Hypothese* lässt sich ableiten, dass der gesellschaftliche Wandel nicht nur die Parteibindung in Bezug auf Wahlentscheidungen oder die generelle Verortung eines Individuums im parteipolitischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst, sondern dass die Entscheidung zum Parteieintritt noch wesentlich stärker durch Pluralisierung und Individualisierung erschwert wird. Es gibt nicht mehr die ‚eine richtige‘ Partei, der man aufgrund seiner sozioökonomischen Lage beitritt. Insbesondere Jugendliche werden nicht mehr in klassische Milieus hineingeboren, sodass gerade in jungen Jahren, wenn die Entwicklung der

[127] Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina: Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 195-226, hier: S. 197.

[128] Pappi, Franz Urban: Die politisierte Sozialstruktur heute. Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotenzial, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 25-46, hier: S. 42.

individuellen Persönlichkeit erst beginnt, die Entscheidung für eine Partei oft nur schwer möglich ist.

Es ist also festzuhalten, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zu den politischen Parteien zumindest dahingehend beeinflussen, dass die rein ideologische Identifikation immer schwieriger möglich ist, was mit einer Entfernung der Gesellschaft von den Parteien einhergeht. Allerdings hat sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland auch das Parteienspektrum erweitert. Mit der Bundestagswahl 2017 „hat die Fragmentierung des Parteiensystems auf der elektoralen und parlamentarischen Ebene […] den höchsten jemals gemessenen Stand erreicht.“[129] Inzwischen sind mit CDU, CSU, SPD, FDP, GRÜNEN, LINKEN und AfD sieben Parteien im Bundestag vertreten, was den unterschiedlichen Wertevorstellungen zumindest einen Schritt entgegenkommen müsste, da das Angebot wesentlich breiter gefächert ist, als noch vor einigen Jahren. Allerdings ist die Zersplitterung der Parteienlandschaft nicht Ursache der zunehmend pluralisierten Gesellschaft, sondern vielmehr ein Symptom dieser Entwicklung, welches nicht vermag der Zersplitterung der Gesellschaft, aus welcher es resultiert, entgegenzuwirken. Schwindende Parteiidentifikation kann also nicht allein die These des Auseinanderklaffens von Parteiengagement und individueller Lebenswelt belegen. Aus diesem Grund reicht es nicht aus, die zunehmend schwieriger werdende psychologische Bindung an Parteien zu untersuchen. Im Folgenden werden daher zusätzlich die physischen Strukturen der Parteien in den Blick genommen.

7.2 Organisationsstrukturen der Parteien

Obwohl regelmäßig sowohl in den Medien als auch in der Fachliteratur von ‚den Parteien‘ die Rede ist und jeder eine grobe Vorstellung hat, was damit gemeint ist, wirken die sich dahinter verbergenden Konstrukte oftmals wie undurchschaubare Blackboxes. Tatsächlich sind die meisten Parteien relativ komplizierte Organisationen mit sehr komplexen Strukturen, welche sich von

[129] Niedermayer, Oskar: Das deutsche Parteiensystem im internationalen Vergleich, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Parteien in Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/201874/internationaler-vergleich>,25.06.2018, [eingesehen am 09.08.2018].

Partei zu Partei auch noch unterscheiden. Für den zu schaffenden Überblick werden ausschließlich die im 19. Bundestag vertretenen Parteien berücksichtigt, da die zahlreichen Kleinparteien häufig noch deutlich andere Parteistrukturen aufweisen und aufgrund ihrer Größe und ihres sehr geringen politischen Einflusses für die Untersuchung weniger relevant sind. Alle im Bundestag vertretenen Parteien weisen territoriale Gliederungen, wie Orts-, Kreis- und Landesverbände auf. Zudem wird zwischen Fraktionen in Parlamenten auf verschiedenen Ebenen unterschieden und darüber hinaus gibt es Jugend- und Frauenverbände und weitere soziologische Gruppen.[130]

Wer einer Partei beitritt, wird in der Regel dem Ortsverband seines Wohnsitzes zugeordnet. Dort findet Parteiarbeit in einem lokal begrenzten Gebiet statt. Neben der Organisation von Wahlkämpfen und ehrenamtlichen Aktionen nehmen der persönliche Austausch sowie soziale Kontakte hier eine wichtige Rolle ein. Ortsverbände werden meist entsprechend der Landkreise zu Kreisverbänden zusammengefasst, welche gemeinsame Projekte verfolgen.[131] Sowohl Ortsverbände als auch Kreisverbände haben jeweils einen Vorstand, welcher von den Mitgliedern gewählt wird. Diese Form der Organisation wird vom Parteiengesetz vorgeschrieben.

> „Mitgliederversammlung und Vorstand sind notwendige Organe der Partei und der Gebietsverbände. Durch die Satzung kann bestimmt werden, dass in den überörtlichen Verbänden an die Stelle der Mitgliederversammlung eine Vertreterversammlung tritt." (§8, Abs. 1, PartG)

Als Vertreter nehmen einige wenige Mitglieder der Parteien ein Delegiertenamt wahr, welches sie berechtigt anstelle der größeren Anzahl der Mitglieder eines Ortsverbandes über Entscheidungen auf höheren Ebenen abzustimmen. Für die Auswahl der Delegierten haben sämtliche Parteien unterschiedliche Regelungen und Quoren.

---

[130] Vgl. Lucardie, Paul: Zur Typologie der politischen Parteien, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2018, S. 41-56, hier: S. 49.

[131] Vgl. Jun, Uwe: Parteien als Organisationen, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 328/2015, Parteien und Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/izpb/219179/parteien-als-organisationen>, 21.01.2016, [eingesehen am 10.09.2018].

Über den Kreisverbänden stehen die Landesverbände, welche sowohl für die Kommunikation unter den Landesverbänden als auch zwischen dem Bundesverband und den Kreis-/Ortsverbänden zuständig sind. An die Stelle der Mitgliederversammlung treten auf diesen Ebenen die Landes- und Bundesparteitage, die ebenfalls der Form einer Vertreterversammlung entsprechen. Die Vertreter werden meist über Quoten und Regelungen der Satzung bestimmt und entsandt. Im Vergleich zur Zahl der Mitglieder wird nur ein kleiner Teil zu Delegierten und darf tatsächlich bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen oder Vorstandswahlen mit abstimmen.[132] In diesem Aspekt offenbaren sich gleich drei Punkte, welche der Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert entgegenstehen. Zum einen ist der strukturelle Aufbau einer Partei in der Regel sehr komplex, was sehr intransparent und für viele zunächst abschreckend wirkt. Zum anderen setzt das Delegiertensystem voraus, dass die Vertreter auch wirklich im Interesse einer bestimmten regionalen Unterorganisation abstimmen. Der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft wird so jedoch kaum Rechnung getragen, da Einzelinteressen der kollektiven Entscheidung untergeordnet werden müssen. Ein dritter Punkt ist die mangelnde Mitbestimmung, welche dieses System mit sich bringt. Der Bundesparteitag der FDP setzt sich beispielsweise nur aus 662 Delegierten zusammen[133], was nur etwa 1% der Mitglieder entspricht. Der Bundesparteitag der CDU besteht aus 1001 Mitgliedern[134], was sogar nur ein Anteil von 0,2% aller derzeitigen Parteimitglieder ist. Die bereits erwähnte Bildungsexpansion und das wachsende Medienangebot wecken das Bedürfnis nach mehr Mitbestimmung, was in dieser starren Parteiorganisation lediglich in den Ortsverbänden umgesetzt werden kann. Bundesparteitage sind jedoch allein der Umsetzbarkeit wegen in ihrer Teilnehmeranzahl limitiert sind. Dennoch kann festgehalten werden, dass das Delegiertensystem den Bedürfnissen im 21. Jahrhundert vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung und höherem

[132] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Aufbau und Organisationswirklichkeit, online im Internet <http://www.bpb.de/165188/aufbau-und-organisationswirklichkeit?p=all>, 15.07.2013, [eingesehen am 10.09.2018].
[133] Vgl. Freie Demokratische Partei: Partei, online im Internet <https://www.fdp.de/content/partei>, o.J., [eingesehen am 10.09.2018].
[134] Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung: Bundesparteitag/Parteitag, in: Geschichte der CDU, online im Internet <http://www.kas.de/wf/de/71.8680/>, o.J., [eingesehen am 10.09.2018].

Politikverständnis nicht gerecht wird, da der Akt der Abstimmung zur exklusiven Handlungsoption für einige wenige Mitglieder wird.

Von dem regional strukturierten Aufbau der Parteien ausgehend, ergibt sich neben dem unzureichenden Delegiertensystem eine Problematik, die insbesondere junge Generationen betrifft. Die meisten Mitspracherechte haben Mitglieder in ihren Ortsverbänden, in denen sie bei Abstimmungen zu Vorstandswahlen oder inhaltlicher Ausrichtung nicht von Delegierten vertreten werden. Allerdings nimmt die „Mobilität bei jüngeren Menschen über alle Milieus hinweg zu,“[135] sodass die Mitarbeit in einem Ortsverband häufig nur zeitlich begrenzt erfolgen kann, obwohl eine Parteimitgliedschaft in der Regel auf Dauerhaftigkeit angelegt ist. Wenn ein junger Mensch sich beispielsweise während seiner Schulzeit in einem Ortsverband engagiert, für das Bachelorstudium in die eine Stadt zieht, für den Master an eine Universität in einer anderen Stadt wechselt und dann ein Jobangebot aus wieder einer anderen Stadt annimmt, entspricht dies nicht nur drei Ortswechseln innerhalb relativ kurzer Zeit, sondern auch dem Wechsel durch vier verschiedene Ortsverbände. Kontinuität in der Parteiarbeit ist so nicht möglich, allerdings wäre diese notwendig, um auch Chancen auf Ämter im Vorstand oder die Entsendung als Delegierter oder Delegierte zu erhalten. Diese Form der politischen Partizipation spricht also eher ältere, bereits sesshafte Menschen an und kann so auch ein Erklärungsansatz dafür sein, dass junge Generationen in den Parteien kaum vertreten sind.

„Die etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sehen sich in ihrer Selbstzuschreibung allesamt als Mitgliederparteien und sprechen einer breiten Mitgliederbasis eine hohe Bedeutung zu.“[136] Um einer breiten Mitgliederbasis gerecht werden zu können, müssten jedoch auch die politischen Ideen und Überzeugungen der Mitglieder in die Parteiprogramme Einzug halten. Dass hier eine große Diskrepanz vorherrscht, wird bei der näheren Betrachtung des Entstehungsprozesses von Wahlprogrammen deutlich. In der Regel wird vom Parteivorstand ein Komitee eingesetzt, welches auf Basis bereits existierender

[135] Zuber, Julian (2017), S. 11.
[136] Jun (2016).

Materialien, wie beispielsweise Bundesbeschlüssen, Gesetzesentwürfen und Positionspapieren einen Programmentwurf erarbeitet. Dieses wird dann von dem Parteivorstand überarbeitet und auf dem Bundesparteitag zur Abstimmung gestellt.[137] Die Problematik der Abstimmung über Delegiertensysteme wurde bereits erläutert. Hinzu kommen sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Mitarbeit an der programmatischen Ausrichtung einer Partei. Zwar konsultiert der Programmausschuss vor der Ausarbeitung in der Regel weitere innerparteiliche Arbeitsgruppen und Ausschüsse, doch auch hier ist nur ein sehr kleiner Kreis der Mitglieder vertreten. Dies hat zur Folge, dass Parteien ihrem Anspruch, der Mitgliederpartei nur auf der untersten Ebene gerecht werden können, wohingegen spätestens ab der Landesebene von ‚Repräsentantenparteien' gesprochen werden kann.

Aus der Entstehung der Wahlprogramme lässt sich ein weiteres Argument ableiten, welches den Parteibeitritt nicht nur in struktureller Weise, sondern auch inhaltlich zunehmend erschwert. Wahlprogramme umfassen heutzutage meist sämtliche politischen Themen. Auch die GRÜNEN, welche einst als *Single-Issue Partei* galten, da ihre Politik ausschließlich auf den Umweltschutz ausgelegt war, sind längst Menschenrechts- und Verbraucherschutzpartei mit ebenso klaren Forderungen zur Steuer- und Finanzpolitik.[138] Dass Parteien versuchen, auf alle Themen ihre Antworten zu geben, führt dazu, dass es schwieriger wird, sich für eine Partei zu entscheiden, da man in der Regel nur mit einem Teil der Antworten übereinstimmt. So kann die Zustimmung zu einer Partei durchaus von verschiedenen Themenbereichen abhängig sein und teilweise zu scheinbar widersprüchlichen Parteipräferenzen führen. Den sehr umfangreichen Wahlprogrammen der Parteien stehen Wählerinnen und Wähler mit zunehmend individuellen Werten und Einstellungen gegenüber, sodass diese immer seltener widerspruchsfrei mit den Ansichten und Zielen der Parteien vereinbar sind.

[137] Vgl. Däubler, Thomas: Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 22 Jhg., Nr 3, 2012, S. 333-365, hier: S. 338.

[138] Vgl. Nolte, Paul: Warum das Zeitalter der Grünen vorbei ist, in: Cicero. Magazin für politische Kultur, online im Internet <https://www.cicero.de/innenpolitik/von-wegen-volkspartei-warum-das-zeitalter-der-gruenen-vorbei-ist/58829>, 05.02.2015, [eingesehen am 10.09.2018].

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich daher häufiger themenbezogen und weniger in Organisationen, wie politischen Parteien.[139]

Als Ergebnis der pluralistischen Gesellschaft verfügen viele Parteien auch Nebenorganisationen, mit deren Hilfe bestimmte soziale Gruppierungen angesprochen werden sollen. Bei der CDU gibt es beispielsweise die Junge Union (JU), die Frauen Union und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft als sogenannte Vereinigungen. Die SPD bezeichnet ähnliche Strukturen als Arbeitsgemeinschaften. Hier gibt es beispielsweise Gruppierungen der Jungsozialisten (JuSos), Frauen, Senioren, Juristinnen oder Arbeitnehmer.[140] Die Nebenorganisationen sollen „die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik […] wahren."[141] Die verschiedenen Nebenorganisationen könnten dem Anspruch der Individualität zumindest entgegenkommen, dennoch „beteiligt sich nur eine Minderheit der angesprochenen Parteimitglieder bei den jeweiligen Nebenorganisationen."[142] Die Gründe können beispielsweise die mangelnde Sichtbarkeit der einzelnen Nebenorganisationen oder der geringe Einfluss innerhalb der Partei sein. Lediglich die Jugendorganisationen decken im Verhältnis einen großen Teil der Parteimitglieder der jungen Altersgruppe ab und schaffen es immer wieder in die Medien. Insbesondere die Vorsitzenden der beiden größten Jugendorganisationen Kevin Kühnert (JuSos) und Paul Ziemiak (JU) waren in der Debatte um die große Koalition im Frühjahr 2018 gern gesehene Talk-Show-Gäste und werden regelmäßig zur Einschätzung politischer Themen aus Sicht der jungen Generationen befragt.[143] Die Strukturen der Jugendorganisationen und ihre Rolle als Plattform konventionellen und quasi parteipolitischen

[139] Vgl. Schmidt, Steffen: Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Lange Wege der Deutschen Einheit, online im Internet <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47455/parteien-und-verbaende?p=all>, 10.06.2011, [eingesehen am 10.09.2018].
[140] Vgl. Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 9. Auflage, Wiesbaden 2015, S. 146.
[141] Trefs, Matthias: Fraktionen in westeuropäischen Parteien, Baden-Baden 2007, S. 208.
[142] Rudzio (2015), S. 146.
[143] Vgl. Waschinski, Gregor/Hildebrand, Jan: Kevin Kühnert und Paul Ziemiak im Streitgespräch, in: Handelsblatt, online im Interent <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kevin-kuehnert-und-paul-ziemiak-im-streitgespraech-hoeheres-renteneintrittsalter-mehr-steuergeld-fuer-die-rente-es-darf-keine-roten-linien-geben/22861068.html?ticket=ST-1196574-WbUQQjGebpZeXkrQgZsY-ap5>, 30.07.2018, [eingesehen am 30.08.2018].

Engagements für die jüngeren Teile der Bevölkerung sollen daher im Folgenden genauer untersucht werden.

7.3 Jugendorganisationen

Den Jugendorganisationen kommen unterschiedliche Funktionen zu. So dienen sie der „Heranführung politisch interessierter Jugendlicher an die Partei,“[144] oder gelten als Talentschmieden, Ideenwerkstatt oder Rekrutierungsbecken.[145] Zudem „sollen die Jugendorganisationen junge Wähler adressieren, deren Interessen in die Parteien hineintragen und so eine Verbindung zwischen jungen Menschen und der Partei herstellen.“[146] Jugendorganisationen kommt also innerhalb der Vorfeldorganisationen eine Sonderstellung zu.

Die Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen fallen sehr unterschiedlich aus und haben sich in den vergangenen Jahren in verschiedene Richtungen entwickelt. Während die JuSos zu ihren Hochzeiten zu Beginn der 1970er Jahre über 300.000 Mitglieder zählten, sank diese Zahl bis 1990 auf nur noch rund 165.000 Mitglieder. Die Junge Union hatte 1990 noch knapp über 200.000 Mitglieder, doch beide Jugendorganisationen mussten bis heute weitere Verluste hinnehmen. Anders entwickelten sich die Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen der kleineren Parteien. Diese konnten, wenn auch auf einem wesentlich niedrigeren Ausgangsniveau, teilweise sehr starke Mitgliederzuwächse verzeichnen.[147] Die Junge Union ist mit rund 105.000 Mitgliedern bei Weitem die größte Jugendorganisation. Dennoch haben sich die Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen der beiden Volksparteien CDU und SPD seit 1990 jeweils etwa halbiert (siehe Tabelle 5). Dem gegenüber steht die positive Entwicklung der anderen Jugendorganisationen. Die Jungen Liberalen haben ihre Mitgliederzahlen um ein Drittel steigern können, Grüne Jugend und Linksjugend [´solid] konnten die Zahlen jeweils sogar mehr als verdreifachen.

---

144 Grotz, Claus-Peter: Die Junge Union. Struktur – Funktion – Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969, Kehl a. R./Straßburg 1983, S. 25.

145145 Vgl. Stalinski, Sandra: Jugendorganisationen der Parteien. Talentschmieden mit Nachwuchsproblem, in: Tagesschau.de, online im Internet <https://www.tagesschau.de/inland/parteiennachwuchs-101.html>, 10.04.2015, [eingesehen am 11.06.2018].

146 Jungblut, Jens/Weber, Regina: Karriereschmieden und Jugendorganisationen? Die Rolle von Parteijugendorganisationen am Beispiel der Jusos in der SPD, in: Zeitschrift für Politik, Jhg. 64, Nr. 2, 2017, S. 115-142, hier: S. 115.

147 Vgl. Niedermayer (2006), S. 273.

Tabelle 5: Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Jugendorganisationen

Jugendorganisation	Dezember 1990	Juni 2018
Junge Sozialisten	~ 165.000	~ 80.000
Junge Union	~ 200.000	~ 105.000
Junge Liberale	~ 7.500	~ 10.000
Grüne Jugend	(1994) ~ 2.000	~ 7.600
Linksjugend [´solid]	(2003) ~ 1.900	~ 6.400
Junge Alternative	-	~ 1.900

Quelle: Angaben der Bundesgeschäftsstellen der Jugendorganisationen

In der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Jugendorganisationen zeigen sich jedoch Gemeinsamkeiten – relativ unabhängig von der Mitgliederzahl. „Es sind tendenziell mehr Männer als Frauen […] und der Großteil studiert und gehört zur Gruppe der (zukünftigen) Akademiker.“[148] Das rührt vor aus der Zusammenarbeit der meisten Jugendorganisationen mit Hochschulgruppen, die zwar in der Regel kein formaler Teil der Mutterparteien sind aber diesen zumindest nahestehen. So sind in den meisten Studierendenparlamenten an den Universitäten beispielsweise der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die JuSo-Hochschulgruppe, die Grüne Hochschulgruppe oder die Liberale Hochschulgruppe vertreten. Aus der engen Zusammenarbeit ergeben sich auch personelle Überschneidungen, sodass viele Mitglieder der Studentenverbände gleichzeitig auch dem entsprechenden Jugendverband angehören und so auf zwei unterschiedlichen Ebenen Einfluss nehmen können,

In den Möglichkeiten zur Einflussnahme unterscheiden sich die Jugendorganisationen. Die Bundesgeschäftsstellen von Junger Union und Jusos geben an, dass die Einflussmöglichkeiten insbesondere darin bestehen, dass Mitglieder auch in Ämter der Mutterpartei gewählt werden. Zudem ist der Bundesvorsitzende der Jungen Union gleichzeitig auch stimmberechtigtes Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Die JuLis sind offiziell unabhängig von der

[148] Jungblut et al. (2017), S. 140.

FDP aber als deren Jugendorganisation anerkannt. Sie haben Antragsrecht auf den Parteitagen und sind auf Bundes- und Landesebene als beratende Mitglieder in die Parteivorstände kooptiert. Die Grüne Jugend als anerkannter Jugendverband der GRÜNEN entsendet Delegierte in sämtliche Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften sowie zu Bundes- und Landesdelegiertenkonferenzen. Dadurch sollen die inhaltliche Mitsprache und Einflussnahme durch Stimmberechtigung der jungen Generationen innerhalb der Partei gewährleistet werden. Die Linksjugend [´solid] entsendet 30 der insgesamt 580 Delegierten auf die Bundesparteitage und zwei Mitglieder in den Bundesausschuss, der mit insgesamt 80 Mitgliedern das Kontrollgremium der Partei darstellt. Die Junge Alternative verfügt laut Bundesgeschäftsstelle über Antragsrecht an den Bundesvorstand und darf jeweils einen beratenden Vertreter in den Bundeskonvent und den Bundesvorstand entsenden.[149]

Trotz der teilweise recht unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten ähneln sich die Strukturen der verschiedenen Jugendorganisationen sehr. Bei allen, außer der Grünen Jugend ist eine Mitgliedschaft zwischen 14 und 35 Jahren möglich. Die Grüne Jugend sieht kein Mindestalter vor und das Höchstalter liegt bei 28 Jahren. Die Mitgliedschaft bei der Jungen Union, den Jungen Liberalen oder der Jungen Alternative ist unabhängig von einer Mitgliedschaft bei der Mutterpartei möglich. Bei den JuSos und der Grünen Jugend sind automatisch alle Mitglieder der Mutterpartei unter 35 bzw. unter 28 Jahren Mitglied und zusätzlich gibt es die Möglichkeit, nur der Jugendorganisation beizutreten, wenn man der Mutterpartei nicht angehört. Ähnlich ist das Prozedere bei der Linksjugend [´solid], allerdings werden hier alle Mitglieder der Mutterpartei bis zu einem Alter von 35 Jahren zunächst automatisch passives Mitglied, wenn dem beim Parteieintritt nicht widersprochen wird, anschließend kann die Mitgliedschaft in der Jugendorganisation auf Antrag aktiviert werden.

Auch die internen Organisationsstrukturen der Jugendorganisationen sind fast identisch. Sie verfügen jeweils über einen Bundesvorstand und die Gliederung in Landes- und Regionalverbände. Zudem ist das höchste beschlussfassende

[149] Angaben der Bundegeschäftsstellen der politischen Jugendorganisationen auf persönliche Nachfrage.

Gremium bei allen Jugendorganisationen der Bundeskongress, der je nach Organisation auch Deutschlandtag oder Bundesdelegiertenversammlung genannt wird und einem Bundesparteitag entspricht. Außer bei der Grünen Jugend und der Jungen Alternative sehen alle anderen Jugendorganisationen ein Delegiertensystem zur Abstimmung auf Bundes- und Landesebene vor. So besteht der Bundeskongress der JuSos aus 300 Delegierten[150], bei der JU sind 240 Delegierte sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes und des Deutschlandrates stimmberechtigt[151] und bei der Linksjugend kommen 250 Delegierte zusammen.[152] Auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative sind bislang alle anwesenden Mitglieder stimmberechtigt, allerdings sieht die Satzung vor, dass der Bundeskongress auf Beschluss des Bundesvorstandes als Delegiertenversammlung mit maximal 500 Delegierten tagen kann, sobald eine Mitgliederzahl von 2500 erreicht ist.[153] Lediglich bei der Grünen Jugend sind alle Mitglieder, die sich zu Beginn des Bundeskongresses in eine Teilnehmerliste eingetragen haben, stimmberechtigt, beschlussfähig ist der Bundeskongress, so lange mindestens ein Drittel der eingetragenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer anwesend ist.[154]

Dieser strukturelle Aufbau zeigt, dass die Jugendorganisationen bestehende Organisationsstrukturen der Mutterparteien imitieren und reproduzieren.[155] Die begrenzten Einflussmöglichkeiten oberhalb der kommunalen Ebene der Ortsverbände, starre Hierarchien, die nur langfristig den internen Aufstieg oder mehr Einflussnahme ermöglichen und die daraus resultierende besondere Bedeutung der Ortsgebundenheit wirken also nicht nur bei den Mutterparteien, sondern auch bei den Jugendorganisationen dem kurzfristigen, flexiblen Engagement politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger entgegen. Junge Generationen wollen sich nur noch selten festlegen und sich nicht langfristig an eine politische Organisation binden, die kontinuierliches politisches und soziales

[150] Vgl. Jusos: Verbandsaufbau, online im Internet <https://www.jusos.de/wir-jusos/verbandsaufbau/>, o.J., [eingesehen am 12.09.2018].
[151] Vgl. Junge Union Deutschlands: Satzung der Jungen Union Deutschlands, Stand 09.10.2017, §4, Abs. 2.
[152] Vgl. Linksjugend [´solid]: Satzung der Linksjugend [´solid] e.V., Stand 21.03.2009, §8, Abs. 3.
[153] Vgl. Junge Alternative für Deutschland: Bundessatzung der Jungen Alternative für Deutschland, Stand 30. Mai 2015, §20, Abs. 1 und 2.
[154] Grüne Jugend: Satzung, Statute und Ordnungen, Stand 23.04.2017, §8, Abs. 4.
[155] Vgl. Jungblut et al. (2017), S. 139

Engagement erfordert.[156] Dass mehr Einflussnahme erst über Delegiertenämter oder Vorstandsposten möglich ist, auf die eine gewisse Zeit hingearbeitet werden muss, passt also nicht mehr in die Lebenswirklichkeit des 21. Jahrhunderts, in der „Mobilität [zu einem] Grundbedürfnis des Menschen“[157] geworden ist. Die Jugendorganisationen versäumen somit, eine flexiblere Alternative zu den starren Strukturen ihrer Mutterparteien zu bieten und verpassen so die Chance, junge Menschen vermehrt zu parteipolitischem Engagement zu ermutigen. Dabei ergäben sich gerade für Jugendorganisationen mehr Möglichkeiten, unabhängig von Regierungsverantwortung und außerhalb von Parlamenten neue Formen politischer Teilhabe zu erproben und umzusetzen. In geringem Maße geschieht dies bereits. So können die Mitglieder der Jungen Liberalen im Vorfeld von Bundes- und Landeskongressen über Themen abstimmen, zu welchen interne Arbeitskreise sich positionieren sollen und in welcher Reihenfolge die Anträge behandelt werden, allerdings ist dies nur ein Anfang und schöpft die Möglichkeiten der Digitalisierung bei weitem nicht aus.

7.4 Digitalisierung

Digitalisierung ist einer der zentralen Begriffe im 21. Jahrhundert. Unter den Schlagworten „‚Industrie 4.0‘ und ‚Arbeit 4.0‘ […] [werden] Herausforderungen der Digitalisierung für Wirtschaft und Arbeitswelt“[158] zusammengefasst und „die Verwendung von Informationstechnologie in Alltagsgegenständen avanciert zur Revolution des 21. Jahrhunderts.“[159] Die damit einhergehenden gesellschaftlichen und politischen Implikationen bleiben auch für parteipolitisches Engagement nicht folgenlos. So werden durch Digitalisierung beispielsweise die Informations- und Kommunikationskosten reduziert, was sowohl die Möglichkeiten von Parteien als auch von Einzelpersonen verändert. Parteien können beispielsweise auf günstigere Umfragetechnologien zurückgreifen und sind daher weniger auf repräsentative Meinungsbilder ihrer Mitglieder

[156]Vgl. Ferchhoff, Wilfried: Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile, 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2011, S. 442.
[157] Frank, Detlef: Mobilität Grundbedürfnis des Menschen, in: Spektrum der Wissenschaft, Jhg. 1997, Nr. 6, S.34-36, hier: S.34.
[158] Seibring, Anne: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Arbeit und Digitalisierung, Jhg. 66, Nr. 18/19, Bonn 2016, S. 2.
[159] Golz, Hans-Georg: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Arbeit und Digitalisierung, Jhg. 53, Nr. 18/19, Bonn 2016, S. 2.

angewiesen.[160] Überdies haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich über Onlineangebote und soziale Medien zu politischen Themen zu informieren und auszutauschen. So können sie ihren politischen Überzeugungen ganz ohne Parteimitgliedschaft Ausdruck verleihen und an politischen Diskursen teilnehmen, indem sie beispielsweise in Internetforen mit anderen politisch Interessierten in Kontakt treten. Damit verlieren wichtige Anreize des Parteibeitritts an Bedeutung, wodurch auch der Nutzen einer Parteimitgliedschaft sinkt.[161] Die Vorteile des politischen Austauschs und der früheren Information über politische Entscheidungen schwinden durch die zunehmende Digitalisierung.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Digitalisierung zahlreiche Möglichkeiten mit sich bringt, mit denen Parteien ihre Mitglieder wesentlich stärker und basisdemokratischer in Entscheidungsprozesse einbinden könnten. Onlineumfragen oder -abstimmungen sind nur zwei Optionen, um alle Mitglieder stärker in die Parteiarbeit einzubinden und dem Bestreben nach Mitbestimmung Rechnung zu tragen. Dass trotz dieser neuen Möglichkeiten immer weniger Bürgerinnen und Bürger entscheiden, sich in einer Partei zu engagieren, lässt auf eine unzureichende Ausschöpfung der neuen Partizipationsmöglichkeiten schließen, während die Teilnahme am politischen Diskurs eher parteiunabhängig über soziale Medien stattfindet.

Das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und den Parteien hat sich in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund verstärkter Pluralisierung und Individualisierung sowie des digitalen Fortschritts gewandelt. Zunehmender Mobilität der Bevölkerung steht das Konzept der Ortsgebundenheit der Parteien gegenüber. Dem Bedürfnis nach mehr Partizipation, welches aus höherer Bildung und einem Mehr an Informationen über politische Prozesse resultiert, vermögen die starren Strukturen sowie das Delegiertenkonzept der Parteien und ihrer Jugendorganisationen nicht Rechnung zu tragen. Der Wille nach Partizipation geht einher mit dem Wunsch nach Flexibilität, welchem die auf Dauerhaftigkeit angelegte Parteimitgliedschaft nur kaum gerecht zu werden mag.

[160] Vgl. Zuber, Julian (2017), S. 7.
[161] Vgl. ebd., S. 12.

Trotz der zusätzlichen Möglichkeiten, Mitglieder auch online in Entscheidungsprozesse einzubinden, stehen die Parteien in der Digitalisierung bislang weit zurück und laufen Gefahr, den partizipatorischen Bedürfnissen der Menschen im 21. Jahrhundert nicht mehr gerecht zu werden. Die jungen Generationen sind noch stärker von den gesellschaftlichen Entwicklungen und Modernisierungsprozessen betroffen, da sie bereits im Kindesalter mit digitalen Medien konfrontiert werden und von Geburt an in einer zunehmend globalisierten und pluralistischen Gesellschaft aufwachsen. Aus diesem Grund wirken starre Strukturen auf jene jungen Menschen heutzutage in besonderem Maße abschreckend und sind noch weniger mit ihren oft durch Flexibilität und Mobilität geprägten Lebensstilen zu vereinbaren. Jugendliche und junge Erwachsende bevorzugen daher „zeitbegrenzte, projektbezogene, wenig durch kontinuierliche Arbeit in hierarchischen Zusammenhängen festgelegte Aktionen. Ihr Engagement hat […] einen dynamischen Charakter.“[162] Dies offenbart, dass parteipolitisches Engagement in seiner derzeitigen Form kaum noch zu den Bedürfnissen und Ansprüchen der heutigen jungen Generationen passt.

8. Folgen von verfestigten Partizipationsstrukturen und Bildungseffekten für die politische Teilhabe junger Generationen

Die persönlichen Möglichkeiten sowie das Interesse, sich parteipolitisch zu engagieren hängen sowohl von den vorhandenen Organisationsstrukturen als auch von dem eigenen Bildungshintergrund ab. So konnte in Kapitel 6 der starke Zusammenhang zwischen dem formalen Bildungsgrad eines Menschen und dessen politischer Partizipation belegt werden. Auf das parteipolitische Engagement wirkt sich der Bildungsstand in besonderem Maße aus. In Kapitel 7 konnte gezeigt werden, dass sich das Verhältnis zwischen Parteien und Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert hat. Insbesondere die strukturelle Festigkeit der Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Parteien steht im Konflikt zu der zunehmend durch Individualismus

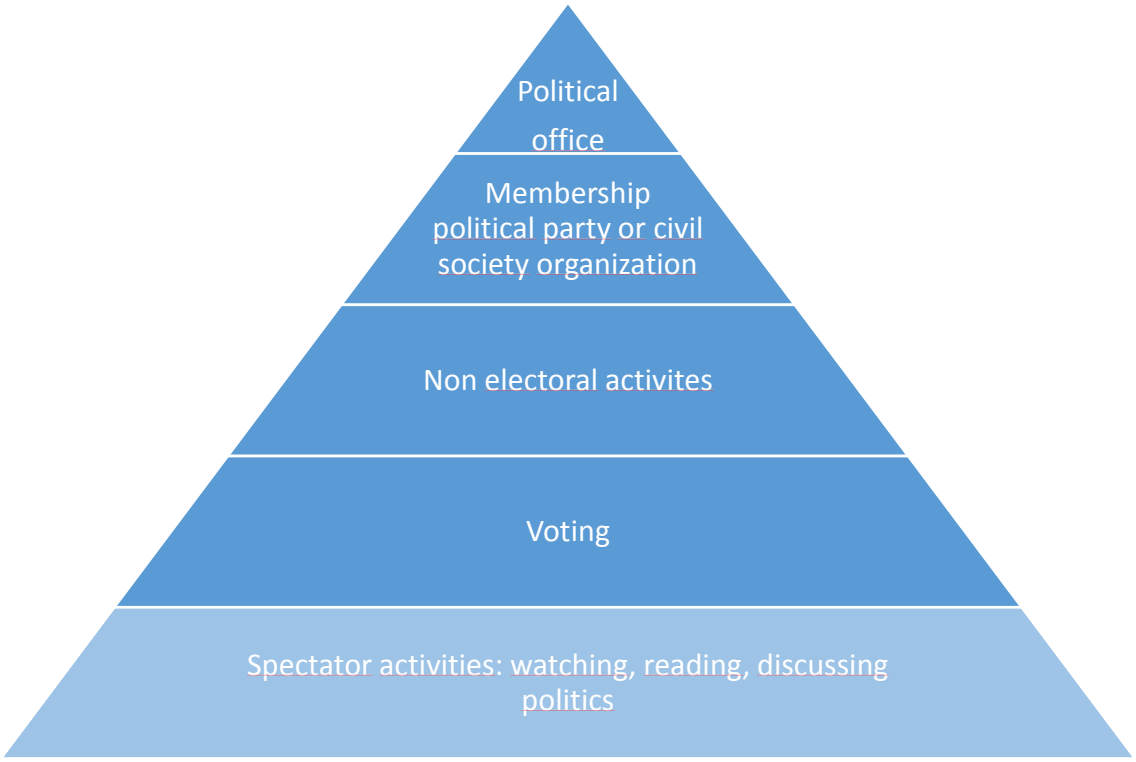
[162] Gaiser et al. (2011), S. 21.

und Pluralismus geprägten Gesellschaft, die zudem immer mobiler wird und in der ortsgebundene Partizipationsformen, wie die Parteimitgliedschaft immer mehr an Bedeutung verlieren. Da sich beide Aspekte zum Teil gegenseitig beeinflussen, werden sie im Folgenden gemeinsam auf ihre Auswirkungen auf die politische Teilhabe junger Generationen hin untersucht.

8.1 Die *Participation Pyramid* nach Milbrath

Lester Milbrath ordnet die Formen politischer Partizipation entsprechend ihrer Schwierigkeitsgrade innerhalb einer *Participation Pyramid* (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: *Participation Pyramid* nach Milbrath



Quellle: Milbrath, Lester: Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?, Chicago 1965, S 18.

Demnach ist die anspruchsvollste Art der politischen Beteiligung die der Mandatsträger, dicht gefolgt von der Mitgliedschaft in politischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Etwas weniger anspruchsvoll sind *non electoral activites*, wie beispielsweise die Kontaktaufnahme zu Abgeordneten oder der Besuch von Bürgerforen. Auch politischer Protest fällt in diese

Kategorie.[163] Die Teilnahme an Wahlen rangiert innerhalb der Pyramide an vierter Stelle und als die einfachste Form politischer Partizipation werden beobachtende Aktivitäten benannt. Darüber, ob die bloße Beobachtung politischer Geschehnisse bereits als politische Partizipation zu werten ist, lässt sich trefflich streiten. Zumindest entspricht Politikbeobachtung nicht der für diese Arbeit formulierten Definition aus Kapitel 2.3. Zudem ist fraglich, ob nicht das Lesen politischer Artikel oder das Führen politischer Diskussionen sogar anspruchsvoller ist als die Teilnahme an Wahlen, da beispielsweise der zeitliche Aufwand der Stimmabgabe deutlich geringer ausfällt. Unter der Annahme, dass der Wahlentscheidung verschiedene Prozesse der politischen Information vorausgehen, wäre diese jedoch tatsächlich anspruchsvoller als die bloße Beobachtung von Politik. Alternativ können die Beobachteraktivitäten auch der politischen Information für die zu tätigende Wahlentscheidung dienen und als solche eingeordnet werden. Aus der Analyse der verschiedenen Partizipationsformen im Hinblick auf die Ebene ihrer Anspruchsfülle werden die beobachtenden Aktivitäten daher weitgehend ausgeklammert. Damit stellt der Akt der Wahl in den folgenden Überlegungen diejenige Form politischer Partizipation mit den geringsten Anforderungen dar.

Auffällig ist, dass die Reihenfolge nicht nur die Stufe des Anspruchs widergibt, sondern auch die zahlenmäßige Verbreitung dieser Partizipationsformen innerhalb der Bevölkerung. Nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung wird zum Mandatsträger und damit zum Repräsentanten des Volkswillens, da die politischen Ämter begrenzt sind. Die Gruppe der Parteimitglieder ist wesentlich größer, als die der Mandatsträger, doch bezogen auf die beitrittsberechtigte Gesamtbevölkerung Deutschlands waren zum 31.12.2017 nur 1,7% der Bürgerinnen und Bürger Mitglied einer der im Bundestag vertretenen Parteien[164], sodass auch diese Form politischer Partizipation nur kaum verbreitet ist. Zwar resultiert der zahlenmäßige Unterschied zwischen Amtsträgern und Parteimitgliedern schon aus der begrenzten Anzahl politischer Ämter, jedoch wurde die Pyramide zur Darstellung der Komplexitätssteigerung konzipiert und vermag so auch die Differenz der Bildungsgrade von Parlamentariern und

[163] Vgl. Bovens et al. (2017), S. 72.
[164] Eigene Berechnungen auf Grundlage der Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes

Parteimitgliedern zu erklären (siehe Kapitel 6.2 und 6.3). Die Mitgliedschaft einer Partei erfordert zwar zunächst die Entscheidung, überhaupt einer Partei beizutreten und dem geht die Abwägung verschiedener politischer Positionen und Einstellungen voraus. Als Mandatsträger wächst jedoch die Komplexität von Handlungsmöglichkeiten und -pflichten und hinzu kommt ein großes Maß an Verantwortung. Eine solche Position erfordert daher zahlreiche Kompetenzen und schon Max Weber verweist auf die Notwendigkeit geschulten Personals für die komplexen Staatsaufgaben.[165] Dieser Anspruch hat einen exklusiven Charakter zur Folge, da ausschließlich Bürgerinnen und Bürger mit politischer Kompetenz für politische Ämter in Frage zu kommen scheinen.

> „Politikkompetent ist […] ein Mensch/Bürger, der es vermag, politische Anforderungssituationen erfolgreich zu bewältigen. […] Kompetenz stellt die Verbindung von Motivation/Einstellung, Wissen und Können im Handlungsvollzug her."[166]

Diese Definition unterstreicht die besondere Rolle formaler Bildung, da die vier Dimensionen politischer Kompetenz: politisches Wissen, politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und politische Einstellung beziehungsweise Motivation den Schülerinnen und Schülern in besonderem Maße über den Politikunterricht vermittelt werden.[167] „Die Schule übt hier offensichtlich einen positiven politischen Bildungseffekt aus, zu dem Bürger ohne [Abschluss] bzw. mit Hauptschulabschluss keinen Zugang haben."[168] Allerdings ist an diesem Punkt auf die Bildungsexpansion hinzuweisen, die zu einem Mehr an höheren Bildungsabschlüssen führt und somit theoretisch die schulische Kompetenzentwicklung im Hinblick auf politisches Handeln auch einer breiteren Bevölkerungsgruppe zugänglich machen müsste. Dass dennoch nur wenige Menschen in Partizipationsformen mit höheren Ansprüchen teilhaben zeigt sich in diesem Punkt als multifaktorielles Problem. Damit wird die These untermauert, dass die zunehmend politisch gebildeten Bürgerinnen und Bürger vermehrt unzufrieden sind mit den sich bietenden Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb

[165] Vgl. Richter, Emanuel: Was ist politische Kompetenz?, Frankfurt am Main 2011, S.142.
[166] Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar et al. (Hrsg.): Politikkompetenz – ein Modell, Wiesbaden 2012, S. 7f.
[167] Vgl. Massing, Peter: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Politische Bildung, Jhg. 62, Nr 46-47, Bonn 2012, S. 23-29, hier: S. 28f.
[168] Abendschön/Roßteutscher (2017), S. 86.

der politischen Parteien und sie sich trotz ihrer politischen Kompetenz nicht parteipolitisch engagieren. Darüber hinaus kann jedoch auch Bettina Westles Vermutung über eine Niveausenkung mit zunehmender Anzahl hoher Bildungsabschlüsse (siehe Kapitel 6.3) gestützt werden, was bedeuten würde, dass der Politikunterricht trotz Bildungsexpansion keine größere Zahl politikkompetenter Schülerinnen und Schüler hervorbrächte.

Dass verhältnismäßig viele Bürgerinnen und Bürger an politischen Wahlen teilnehmen oder politisches Geschehen zumindest beobachten, erklärt Milbrath mit den sehr niedrigen Kompetenzanforderungen dieser Handlungsoptionen, die somit einem weitaus größeren Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen als die komplexeren Partizipationsformen.[169] Doch nicht nur die Kompetenzanforderungen an die verschiedenen Formen politischer Partizipation und die damit einhergehende zahlenmäßige Verbreitung innerhalb der Bevölkerung lassen sich aus der *‚participation pyramid‘* ablesen. Auch die strukturelle Festigkeit der verschiedenen Teilhabemöglichkeiten lässt sich in eben jene Reihenfolge der Pyramide mit den gleichen Abstufungen einordnen. Die Beobachtung von Politik und der Austausch darüber wird in dieser Arbeit zwar nicht als Form politischer Partizipation im Sinne der politischen Einflussnahme angesehen, dennoch passt diese neben der zahlenmäßigen Verbreitung in der Gesellschaft auch in die Reihung entsprechend der Organisationsstrukturen von flexibel bis starr. Politikbeobachtung ist informell und kann ohne zeitliche oder örtliche Begrenzung über unterschiedlichste Medien oder persönliche Kontakte erfolgen, weshalb hier die allergrößte Flexibilität gegeben ist. Die Wahlteilnahme ist zwar an ein bestimmtes Datum geknüpft, jedoch ist über die Briefwahl sowie den sehr geringen zeitlichen Aufwand und die relative Seltenheit des Stattfindens einer Wahl die Teilnahme an dieser recht einfach und flexibel umsetzbar. Die nächsthöhere Ebene der *‚non electoral activities‘* beinhaltet zahlreiche verschiedene Aktivitäten, deren strukturelle Festigkeit sehr unterschiedlich ausgeprägt sein kann. Jedoch verlangen sämtliche Partizipationsmöglichkeiten dieser Kategorie ein höheres Maß an individuellem Einsatz, wie beispielsweise Zeit und sind daher nicht völlig

[169] Vgl. Milbrath, Lester: Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?, Chicago 1965, S 18ff.

flexibel mit beruflichen und familiären Verpflichtungen oder anderen Aktivitäten vereinbar. Der Faktor Zeit spielt für parteipolitisches Engagement eine noch wesentlich größere Rolle. Insbesondere für junge Generationen ist dies von Bedeutung, da Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende meist nur geringe Mitgliederbeiträge zahlen und somit anzunehmen ist, dass die rein aus finanzieller Unterstützung resultierenden Parteimitgliedschaften für junge Alterskohorten kaum infrage kommen. Somit stehen für junge potentielle Parteimitglieder die zeitintensiveren und regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen im Vordergrund, die mit zeitlichen Einschränkungen anderer Freizeitaktivitäten einhergehen. Hinzu kommen Aspekte wie Ortsgebundenheit und die Bereitschaft zu dauerhaftem Engagement, was die strukturelle Flexibilität im Vergleich zu den unteren Ebenen deutlich vermindert. Lediglich die Übernahme eines politischen Mandates ist von einem noch höheren Maß struktureller Festigkeit geprägt, da beispielsweise für ein Mandat im Bundestag in der Regel andere berufliche Tätigkeiten nicht mehr möglich sind und ein Großteil der politischen Arbeit nach Berlin verlegt werden muss.

Es ist also festzuhalten, dass die Reihung der verschiedenen Partizipationsformen entsprechend der Partizipationspyramide nach Milbrath nicht nur nach ihrem Schwierigkeitsgrad „from easy to difficult“[170] möglich ist, sondern auch nach ihrer organisationsstrukturellen Festigkeit und danach, wie verbreitet die jeweiligen Partizipationsformen in der Gesellschaft sind. So wirken sich unterschiedliche Faktoren in ähnlicher Weise auf die verschiedenen Partizipationsformen und damit auch auf parteipolitisches Engagement aus. Sowohl Bildung als Einflussfaktor als auch die Starrheit der Organisationsstrukturen führen dazu, dass nur wenige Menschen in politischen Parteien mitwirken, oder gar ein politisches Amt wahrnehmen. Außerdem begünstigen beide Faktoren einen exklusiven Charakter der anspruchsvolleren und zeitintensiveren Partizipationsformen, sodass nicht nur die Summe der politisch agierenden Menschen in der Partizipationspyramide nach oben hin abnimmt, sondern auch die Vielfalt verschiedener Milieus und Altersgruppen.

[170] Bovens et al. (2017), S. 66.

8.2 Folgen der verschiedenen Einflussfaktoren

Dass sowohl die starren Strukturen als auch das Bildungsniveau zu unterschiedlich ausgeprägtem politischen Engagement der verschiedenen Bevölkerungsgruppen - insbesondere in politischen Parteien - führen, konnte bereits in den Kapiteln 6 und 7 herausgestellt werden. Nachdem durch die Analyse der Partizipationspyramide nach Milbrath gezeigt wurde, dass beide Aspekte auf die gleiche Hierarchisierung der verschiedenen Partizipationsformen hinwirken, gilt es nun zu hinterfragen, welche Folgen dies für die Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Generationen hat und wie diese vor dem Hintergrund des normativen Demokratieversprechens der Gleichheit zu bewerten sind.

„Den Parteien kommt […] bei den Wahlen durch das faktische Monopol bei der Auswahl des politischen Führungspersonals eine dominierende Rolle zu […].“[171] Da in der Regel ausschließlich Mitglieder der Parteien, welche die sogenannte Ochsentour über verschiedene innerparteiliche Ebenen durchlaufen und sich über einen längeren Zeitraum um die Parteiinteressen verdient gemacht haben, in politische Ämter gewählt werden, haben alle anderen Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Parteien kaum die Chance, selber ein politisches Mandat zu übernehmen. So obliegen die Staatsaufgaben nur einer sehr kleinen Gruppe der Bevölkerung, welche diese jedoch nicht in ihrer strukturellen Vielfalt widerspiegelt, sondern lediglich einen begrenzten Teilausschnitt umfasst.

> „Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Parteimitgliedschaften aller Parteien überrepräsentiert, wie dies in der Sozialstrukturanalyse für die ressourcenstarken Gruppen festgestellt wurde, so bedeutet dies zwar nicht automatisch, dass die Interessen dieser Gruppen in der Parteipolitik dominieren, aber es besteht durchaus die Gefahr, dass sich diese soziale Exklusivität in einer innerparteilichen Realität niederschlägt, die sich zunehmend von der Realität abkoppelt.“[172]

Dennoch hat die sich nach Milieu und Altersgruppen unterscheidende Partizipationshäufigkeit, Folgen für die Repräsentation von Interessen

[171] Niedermayer, Oskar: Parteien und Wahlen. Die Entwicklung des politischen Wettbewerbs, in: Hradil, Stefan (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Bonn 2012, S. 383-402, S. 387.
[172] Niedermayer, Oskar: Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger, in: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden 2009, S. 82-136, hier: S. 130.

bildungsferner Milieus und junger Generationen. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Partizipations-Repräsentations-Lücke in Deutschland weiter geöffnet, sodass die Interessen unterer Schichten und jüngerer Generation weniger vertreten werden.[173] Dass dies nicht bloß zu einer innerparteilichen Realität führt, die sich zunehmend von der Realität der gesamten Gesellschaft entfernt, sondern tatsächlich zu anderen Politikergebnissen, ergibt sich aus der Betrachtung der Wahlergebnisse nach Altersgruppen.

Bei den Wahlergebnissen, welche die Parteien bei unter 25-jährigen und über 60-jährigen erzielen, offenbargen sich zum Teil deutliche Unterschiede. Während GRÜNE, LINKE und die FDP bei jungen Wählerinnen und Wählern besser abschneiden als bei den Ü60 Wählerinnen und Wählern, zeigt sich für die Unionsparteien und die SPD ein umgekehrtes Bild (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Wahlentscheidung nach Alter bei der Bundestagswahl 2017

Bevölkerungs-gruppe	CDU/ CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD
Bis 25	25%	18,4%	14,6%	13,2%	10,5%	8%
Über 60	39,5%	24,4%	5,1%	10,2%	8,4%	10,5%
Gesamt	33%	20,5%	8,9%	10,7%	9,2%	12,6%

Quellle: Der Bundeswahlleiter/Statistisches Bundesamt: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen, Wiesbaden 2018, S. 18.

Allerdings liegen die Gesamtergebnisse für die Bundestagswahl 2017 noch ungefähr in der Mitte der Präferenzen der jungen und älteren Generationen, sodass hier noch keine allzu starke Verzerrung der Interessen zugunsten der älteren Generationen sichtbar wird. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit der demografische Wandel eine solche Verzerrung in den kommenden Jahren begünstigen wird.

[173] Vgl. Merkel et al. (2012), S. 104.

> „Bereits heute besitzt die Wählergruppe „60plus“ eine strukturelle Mehrheit bei Wahlen. […] Angesichts dieser Entwicklung ist die Frage berechtigt, ob Ältere durch diese elektorale Hegemonie ihre originären Eigeninteressen durchsetzen.“[174]

Insbesondere im Hinblick auf Themen der Rentenpolitik und nachhaltige Umwelt- und Wirtschaftspolitik besteht also die Gefahr, dass die Interessen junger Generationen kaum berücksichtigt werden, wenn diese nicht nur weniger Einfluss auf den Ausgang politischer Wahlen haben, sondern auch in Parteien oder gar Parlamenten kaum die Möglichkeit haben, ihre Belange auf die politische Tagesordnung zu setzen. Karl-Rudolf Korte sieht in der elektoralen Stärke älterer Wählerinnen und Wähler jedoch keine allzu große Gefahr. Obwohl deren Interesse an nachhaltiger Politik geringer ist als bei den jungen Generationen, „ließen sich auch Senioren für zukunftsorientierte Politik begeistern. […] Wer Enkelkinder habe, mache sich Sorgen um deren Zukunft und stimme deshalb für weitsichtige Politik.“[175] Diese Überlegungen mögen auf einen Teil der älteren Generationen zutreffen, allerdings greift sie zu kurz. Zum einen sinkt mit den Geburtenraten auch die Anzahl an Senioren mit Enkelkindern und darüber hinaus ist nicht sicher ob und inwiefern diejenigen Generationen mit dem größten politischen Einfluss tatsächlich auch in Zukunft die Interessen der jungen Menschen im Blick behalten und umzusetzen versuchen.

John Rawls berücksichtigt jene Problematik bereits in seinem Gesellschaftsentwurf der Theorie der Gerechtigkeit. Er stellt fest: „Diejenigen, die das Sparen beschließen müssten, wären nicht dessen Nutznießer.“[176] Die Motivation, nicht bloß entsprechend der Eigeneinteressen zu handeln, konzipiert Rawls – ähnlich wie Korte - darüber, dass die Parteien (hier nicht politische Parteien, sondern im abstrahierten Sinne als verhandelnde Parteien) sich als Vertreter einer fortlaufenden Linie sehen, woraus sich ein Interesse am Wohlergehen der Nachfahren ergebe. Aus diesem Grund würden sich die Parteien auf Grundsätze einigen, von denen sie wünschten, dass bereits

[174] Muniumus, Bettina: Ältere – Taktgeber in der alternden Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschcihte: Alternde Gesellschaft, Jhg. 63, Nr. 4-5, Bonn 2013, S. 57-62, hier: S. 59.
[175] Starzmann, Paul: Generationengerechtigkeit: Sind Oma und Opa die klügeren Wähler?, in: Vorwärts, online im Internet <https://www.vorwaerts.de/artikel/generationengerechtigkeit-oma-opa-kluegeren-waehler>, 15.07.2017, [eingesehen am 15.09.2018].
[176] Höffe, Ottfried: Zur Gerechtigkeit der Verteilung, in: ders. (Hrsg.): Eine Theorie der Gerechtigkeit, (Klassiker Auslegen, Bd. 15), 3. Auflage, Berlin 2013, S.153-170, hier: S. 162.

vorhergehende Generationen diesen gefolgt seien.[177] Aber auch dieser Vorschlag läuft ins Leere, wenn politische Entscheidungsträger diesem Ideal der selbstlosen Rücksichtnahme nicht freiwillig gerecht werden. Rawls Überlegungen zielen jedoch nicht auf konkrete politische Entscheidungen ab, sondern vielmehr auf die Schaffung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und institutioneller Regelung, um neben allgemeiner Gerechtigkeit zwischen den Menschen auch die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu wahren.

Hieraus lässt sich die Notwendigkeit verschiedener Handlungsoptionen ableiten, um die Gefahr einer demokratischen Schieflage durch ungleiche Repräsentation und politische Einflussnahme der unterschiedlichen Altersgruppen abzuwenden.

9. Möglichkeiten (generationen-)gerechter Demokratie

Damit die Interessen junger Generationen nicht von Wohlwollen und Verantwortungsbewusstsein der alten Generationen abhängen, muss die Einbindung aller Generationen und aller Milieus in politische Entscheidungsfindung gesichert werden. Der gesellschaftliche Wandel führt jedoch vermehrt dazu, dass das bloße Recht auf politische Teilhabe nicht mehr ausreicht um Bürgerinnen und Bürger zu politischer Partizipation zu bewegen. Obwohl sich unkonventionelle Partizipationsformen zunehmender Beliebtheit erfreuen, sind für die endgültige politische Entscheidungsfindung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland die politischen Parteien und deren Abgeordnete in den Parlamenten zuständig. Daher müssen Lösungsansätze erarbeitet werden, die zum einen die Wahlbeteiligung unterschiedlicher Alters- und Bildungsgruppen wieder aneinander angleichen und das Engagement unterrepräsentierter Gruppen in politischen Parteien fördern. Außerdem ist zu klären, wie andere Partizipationsformen, zum Beispiel unkonventionelle Partizipationsmöglichkeiten und direktdemokratische Elemente als sinnvolle Ergänzung zu politischen Wahlen und dem Engagement in Parteien vermehrt Anwendung finden können.

[177] Vgl. Rawls (1979), S. 151.

9.1 Politische Bildung als Gesellschaftsauftrag

In Kapitel 6.2 konnte gezeigt werden, dass sich Bildungseffekte politischer Partizipation bei jüngeren Generationen schon länger abzeichnen als bei älteren Generationen und dass diese bis heute weiteraus stärker ausfallen, sodass die Schere politischer Teilhabe zwischen gutgebildeten jungen Erwachsenen und denjenigen mit niedrigem formalen Bildungsgrad immer weiter aufgeht. Diese Differenz spiegelt jedoch nicht nur eine Bildungskluft wider, sondern ist Ausdruck zunehmender sozialer Ungleichheit innerhalb des demokratischen Systems. So liegen die „Beteiligungsraten in Stadtteilen, die vor allem von oberen Schichten mit hohem Bildungsgradbewohnt werden, ungebrochen hoch […]. Hingegen sinken sie drastisch in sogenannten „Problemvierteln“, in denen sich geringe Bildung, Arbeitslosigkeit und Armut ballen.“[178] Berücksichtigt man nun, dass sich ähnliche Entwicklungen beispielsweise schon in der nach dem Bildungsstand unterschiedlichen Wahlteilnahme junger Menschen in den 1980er Jahren abzeichneten, so spricht dies für das oft bemühte Bild der jungen Generationen als Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen.[179] Vor diesem Hintergrund zeigt sich abermals die Bedeutung politischer Kompetenzentwicklung junger Menschen, da demokratische Werte immer wieder neu gesichert werden müssen.[180] Dieser Aspekt bietet jedoch einen wertvollen Ansatzpunkt, der wachsenden sozialen Ungleichheit politischer Teilhabe entgegenzuwirken.

> „Die jeweilige politische Sozialisation, ob durch zielgerichtete politische Bildung oder ungeplante Einflüsse, bewirkt, in welchem Ausmaß ein politisches Interesse entsteht und ob sich spezifische politische Einstellungen entwickeln. Beides entscheidet mit darüber, inwieweit die Kompetenz der politischen Selbstbestimmung erworben wird.“[181]

Um zu einer milieuübergreifenden politischen Kompetenzentwicklung Jugendlicher beizutragen, muss geklärt werden, inwiefern die aus unterschiedlichen Schulformen resultierenden Chancenungleichheiten im Zugang zu politischer Bildung ausgeräumt werden können. Eine Möglichkeit

[178] Abendschön et al. (2016), S. 68.
[179] Vgl. Belwe, Katharina: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Jugend, Jhg. 53, Nr. 15, Bonn 2003, S. 2.
[180] Vgl. Hoffmann-Lange (2016), S. 195.
[181] Onken, Holger/Lange, Dirk: Politisches Interesse und Bürgerbewusstsein, in: Manzel, Sabine/Oberle, Monika (Hrsg.): Kompetenzorientierung. Potenziale zur Professionalisierung der politischen Bildung, Wiesbaden 2018, S. 193-204, hier: S. 195.

wäre, beispielsweise schon im Grundschulalter vermehrt auf die Demokratieerziehung von Kindern hinzuwirken. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Bildungsexpansion nicht nur zu einem Mehr an höheren Schulabschlüssen führt, bei gleichzeitig konstant bleibender Verteilung der Politikkompetenz unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Norwegen nimmt in dieser Aufgabe eine Vorreiterrolle ein. So erarbeitete das Ministerium für Kinder und Gleichstellung schon 2011 in dem Report *‚Youth, Power and Participation‘* verschiedene Handlungsoptionen. Neben der generellen Stärkung von Demokratieerziehung schon in Grundschulen und weiterführenden Schulen wird der Vorschlag gemacht, Schülerinnen und Schüler für bis zu zehn Tage pro Schuljahr vom Unterricht freizustellen, damit sie an politischen Veranstaltungen, Jugendparlamenten und Workshops zur politischen Bildung teilnehmen können.[182]

Allerdings spielt nicht nur der Politikunterricht in der Schule eine zentrale Rolle, wenn auch hier die meisten Kinder und Jugendlichen bereits früh erreicht werden können. Politischer Bildung kommt eine gesteigerte gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu.[183] Das heißt, es müssen auch über die Schule hinaus Angebote geschaffen werden, Menschen aller Generationen und Milieus zu politischer Partizipation zu bewegen. Hier sind neben der Zivilgesellschaft auch Medien und Politiker gefragt, im politischen Diskurs mehr Umsicht walten zu lassen, um Verständnisprobleme mit Bürgerinnen und Bürgern aufgrund unterschiedlicher Bildungsstände und politischer Informiertheit auszuräumen.[184]

Wie in Kapitel 7.3 bereits hervorgehoben wurde, spielen Jugendorganisationen eine wichtige Rolle bei der Heranführung junger Generationen an politische Parteien. Allerdings zeichnet sich auch hier eine Bildungskluft ab, die es zu überwinden gilt. Durch die personellen Überschneidungen der Jugendorganisationen mit den entsprechenden Studentenverbänden, zeigt sich,

[182] Vgl. Godli, Petter H.: Giving 16-Year-Olds the Vote. Experiences from Norway, in: Tremmel, Jörg/Mason, Antony/Godli, Petter et al. (Hrsg.): Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies, Heidelberg/New York/Dordrecht/London 2015, S. 149-176, hier: S. 165.
[183] Vgl. Onken et al. (2018), S. 201.
[184] Vgl. Girnth, Heiko: Einstieg: Sprache und Politik, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Sprache und Politik, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg>, 15.07.2010, [eingesehen am 15.09.2018].

dass Studentinnen und Studenten wesentlich häufiger in politischen Jugendorganisationen mitarbeiten. Dies rührt daher, dass sich für angehende Akademikerinnen und Akademiker mit den Studentenverbänden eine zusätzliche Möglichkeit ergibt, an Parteiarbeit herangeführt zu werden, wohingegen gleichaltrige Auszubildende kaum Zugang zu Jugendorganisationen oder Parteien finden. Daher liegt es an den Jugendverbänden, dieser strukturellen Bildungskluft entgegenzuwirken, indem vermehrt auch junge Menschen außerhalb einer akademischen Laufbahn motiviert werden, sich politisch aktiv zu beteiligen.

Ein Aspekt, der in der Fachliteratur immer wieder diskutiert wird, um eine stärkere Beteiligung junger Generationen herbeizuführen und so zu einer vermeintlich generationengerechteren Demokratie beizutragen, ist die Einführung von Jugendquoten auf Wahllisten und in politischen Ämtern. So macht Rafael Ziegler den „Vorschlag einer Jugendquote als […] Politikinnovation."[185] Bettina Munimus und Oliver d'Antonio sind der Ansicht, Jugendquoten können jungen Menschen den Ein- und Aufstieg in politische Verantwortung erleichtern, die Sichtbarkeit junger Interessen erhöhen und „einen wichtigen Beitrag zur Selbstverpflichtung der Politik zu Generationengerechtigkeit und Zukunftsorientierung der Demokratie leisten."[186] Doch muss hier berücksichtigt werden, die Quantität junger Vertreter in Parlamenten nicht auf Kosten der Qualität oder gar des Gleichheitsprinzips der Demokratie zu erzwingen. Indem junge Erwachsene ein gesondertes Recht auf den Einzug in Parlamente erhalten und so ungleiche Voraussetzungen institutionell festgeschrieben werden, wird der eigentliche Grundgedanke, Ungleichheit in der Repräsentation verschiedener Altersgruppen aufzulösen ad absurdum geführt, da diese lediglich durch Ungleichheit an einer anderen, noch wesentlichen elementareren Stelle ersetzt würde. Zudem besteht die Gefahr, „that a youth quota would in practice create young party backbenchers."[187] Das heißt, die Einführung einer Jugendquote bliebe nahezu

[185] Ziegler, Rafael: Mitspracherechte für alle, auf allen Ebenen und auf jeweils eigene Weise? Eine Diskussion der Jugendquote als inkrementeller Politik-Innovation für Nachhaltigkeit, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016, S. 203-224, hier: S. 215.
[186] Vgl. D'Antonio, Oliver/Munimus, Bettina: Parteien und die Altenrepublik Deutschland, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 303-330.
[187] Ziegler, Rafael: Towards All Voices, from All Levels and in Their Own Ways? A Discussion of the Youth Quota Proposal as an Incremental Policy Innovation for Sustainability, in: Tremmel,

folgenlos, wenn junge Parlamentarier lediglich zu Politikern der zweiten Reihe würden und innerhalb der Fraktionen kaum Einfluss nehmen könnten. Daher scheint die Einführung einer Jugendquote neben demokratischen Bedenken auch schon ihrer unsicheren Wirkmächtigkeit wegen wenig sinnvoll. Allerdings könnten zumindest auf Freiwilligkeit beruhende Quoten, welche die Parteien intern verabreden, dazu führen, dass bei der Auswahl geeigneten politischen Personals auch junge Parteimitglieder vermehrt in den Blick genommen würden.

9.2 Flexibles Parteiengagement

Da die zunehmende Zahl höherer Bildungsabschlüsse nicht automatisch zu mehr politischer Partizipation in der breiten Bevölkerung führt, müssen auch Organisationsstrukturen, die oft nur schwer mit modernen, schnelllebigen Lebensentwürfen vereinbar sind, angepasst werden. Zudem müssen Reformen nicht nur den Ansprüchen und Bedürfnissen derjenigen mit höherem formalen Bildungsgrad angepasst werden, sondern zugleich versuchen, die Bildungsschieflage strukturell auszugleichen, indem auch niedrigschwellige Angebote für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, die (noch) über keinen oder nur einen formal niedrigen Bildungsabschluss verfügen. Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es zweier unterschiedlicher Ansatzpunkte. Zum einen muss die Schwelle für die Mitarbeit in politischen Parteien und den letztlichen Parteibeitritt herabgesenkt werden und zum anderen ist eine innerparteiliche Umstrukturierung erforderlich, welche den Parteimitgliedern mehr Mitspracherechte ermöglicht, sodass diese weniger gewillt sind aus der Partei auszutreten.

Zur Flexibilisierung der Mitarbeit in politischen Parteien sind Partizipationsangebote von unterschiedlicher Dauer und Intensität notwendig.[188] So kann dem Lebenswandel junger Generationen Rechnung getragen werden, indem beispielsweise auch temporäres Engagement auf lokaler Ebene ermöglicht wird, ohne sich auf Dauer zur Mitarbeit zu verpflichten. Des Weiteren gehen unterschiedliche Lebensphasen mit verschiedenen freien

Jörg/Mason, Antony/Godli, Petter et al. (Hrsg.): Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies, Heidelberg/New York/Dordrecht/London 2015, S. 93-108, hier: S. 103.

[188] Vgl. Decker (2018), S. 36.

Zeitkontingenten einher. Junge Berufseinsteiger haben weniger Zeit, sich in Parteien zu engagieren, als beispielsweise Rentnerinnen und Rentner. Daher könnte ein breites Angebot an Veranstaltungen und konkreten Projekten dafür sorgen, dass mehr Menschen motiviert werden, sich zumindest zeitlich begrenzt in einer Partei zu engagieren.

> „Die Öffnung der Organisation trüge der verbreiteten Neigung zum projektbezogenen Engagement Rechnung, das gerade viele junge Menschen vom Parteieintritt abhält. Indem sie Wissens- und Erfahrungsressourcen über den Kreis der Mitglieder und Funktionsträger erweitern, würde eine solche Öffnung für eine breitere gesellschaftliche Verankerung der Partei sorgen."[189]

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Öffnung der Parteien zur Mitarbeit von Nicht-Mitgliedern dazu führen würde, dass die eigentliche Mitgliedschaft entwertet würde. Wenn schon der Informationsvorteil, der ursprünglich aus der Parteimitgliedschaft resultierte, bereits durch zunehmende Medienangebote aufgelöst wird, sind andere Anreize notwendig, welche jetzige Mitglieder in den Parteien verbleiben lassen und politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Beitritt motivieren. Eine Möglichkeit bietet die Ausweitung von Mitgliederentscheiden und Urabstimmungen. So stellte die SPD den Eintritt in eine Große Koalition sowohl 2013 als auch 2017 zur Debatte und ließ ihre Mitglieder jeweils in einem Mitgliederentscheid darüber abstimmen.[190] Die hohe Beteiligung an den Mitgliederentscheiden zeigt, dass Mitsprache durchaus gewünscht ist. Auch andere Parteien versuchen bereits seit den 1990er Jahren über interne Reformen ihre Mitglieder besser einzubinden.

> „Von einem radikalen Umbau der Organisationsstrukturen der Parteien durch die Reformen [kann jedoch] keine Rede sein […]; die neuen partizipatorischen Instrumente wurden an die bestehenden Strukturen allenfalls „angebaut".[191]

In Zukunft müssen Reformen konsequenter erfolgen und nicht nur eine Alibifunktion erfüllen. Bisherige Neuerungen reichen jedenfalls nicht aus und sind

---

[189] Decker (2018), S. 36.

[190] Vgl. Decker, Frank: Kurz und bündig: Die SPD, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Parteien in Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/spd/42080/kurz-und-buendig>, 16.07.2018, [eingesehen am 16.09.2018].

[191] Decker, Frank/Küppers, Anne: Mehr Basisdemokratie wagen? Organisationsreformen der deutschen Parteien im Vergleich, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Jhg. 13, Nr. 3, Baden-Baden 2016, S.397-419, hier: S. 413.

meist sogar im Sande verlaufen. Die Parteien wären daher gut beraten, sich sowohl für die Mitarbeit Außenstehender zu öffnen und die Durchlässigkeit insbesondere für junge Politikinteressierte zu befördern[192], als auch die Mitgliedschaft als solche zu stärken, indem Mitglieder über Mitgliederentscheide und Urabstimmungen mehr Mitspracherechte erlangen.

9.3 Chancen unkonventioneller und direktdemokratischer Partizipation

Die fortschreitende Digitalisierung bringt zahlreiche Möglichkeiten mit sich, nicht nur parteiintern Mitglieder besser einzubinden und über Onlineumfragen deren Anliegen besser abzubilden, sondern ebnet auch unkonventionellen Partizipationsformen den Weg zu mehr Möglichkeiten und Sichtbarkeit. In Zeiten der Globalisierung und des gesellschaftlichen Wandels bedarf es vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten, um den pluralistischen Ansprüchen der Gesellschaft Rechnung zu tragen.

> „Unter dem Schlagwort Open Government wird daher eine weltweite Reformbewegung verstanden, die vor allem durch technikinduzierte (Internet-)Möglichkeiten mehr Transparenz und neue Formen der Kooperation und Partizipation in Politik und öffentlicher Verwaltung fordert.“[193]

Diese Reformbewegung sieht politische Partizipation als großes Gesamtkonstrukt, in dem politische Parteien zwar eine zentrale Rolle einnehmen aber um weitere Partizipationsformen ergänzt werden und so zu mehr Transparenz über Verfahren und Entscheidungen, mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, besserer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen und der Verbesserung des Regierungs- und Verwaltungshandelns beitragen sollen.[194]

Neben der stärkeren Berücksichtigung von unkonventionellen Partizipationsformen zur Beförderung des politischen Diskurses in die breite

---

[192] Vgl. D’Antonio et al. (2017) S. 324f.

[193] Koch, Giordano/Rapp, Maximilian/Hilgers, Dennis: Open Innovation für Parteien – Wie politische Parteien von neuen Formen der Mitglieder- und Bürgerpartizipation profitieren können, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden 2014, S. 203-222, hier: S. 205.

[194] Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Teilnahme an der Open Government Partnership (OGP), online im Internet < https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/open-government/ogp/open-government-partnership-node.html;jsessionid=D18B3FA987CD09350330978D541396C6.2_cid373>, o. J., [eingesehen am 16.09.2018].

Bevölkerung, können auch direktdemokratische Elemente zu einer zunehmenden Politisierung der Bürgerinnen und Bürger führen. Die in Kapitel 7.2 angesprochene Problematik der umfangreichen Positionierungen der Parteien in ihren Wahl- und Parteiprogrammen erschweren die Entscheidung für eine Partei. Die direkte Abstimmung über politische Fragen hingegen verleiht der Zivilgesellschaft selbst Entscheidungskompetenz und kann so auch den durch die Bildungsexpansion wachsenden Ansprüchen an politische Mitbestimmung gerecht werden. Zudem ermöglichen direktdemokratische Elemente den Parteien, sich auf lokaler Eben eindeutig zu positionieren und einen rein inhaltlichen Wettstreit zu führen, der von Personaldebatten, wie bei politischen Wahlen, losgelöst ist. So kann direkte Demokratie auch zu mehr Profilschärfe der Parteien beitragen. Insbesondere für junge Generationen und bildungsferne Milieus bieten sich direktdemokratische Entscheidungen an, da diese kein umfassendes Verständnis sämtlicher politischer Zusammenhänge verlangen, sondern ähnlich wie Wahlen relativ niedrigschwellig sind und wenig Zeit beanspruchen. Dabei muss in diesem Zusammenhang unbedingt berücksichtigt werden, dass auch bei direktdemokratischen Entscheidungen häufig eine partizipatorische Kluft erkennbar ist. So zeigt das Beispiel des Volksentscheids über die Schulreform in Hamburg aus dem Jahr 2010, deutliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung der verschiedenen Stadtteile. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 39,3% , doch während sie in Blankenese bei knapp 60% lag, nahmen in Problemvierteln, wie Billbrook nur 12,5% an der Entscheidung über die Reform teil.[195] Dieses Beispiel offenbart die Notwendigkeit, auch bei direktdemokratischer Partizipation auf mögliche soziale Ungleichheiten Rücksicht zu nehmen. Werden solche Partizipationsformen jedoch mit Bedacht umgesetzt und die Bevölkerung milieuübergreifend über Möglichkeiten der politischen Bildung zur Teilhabe bewegt, so können diese eine wertvolle Ergänzung zu konventionellem Engagement in Parteien sein.

[195] Vgl. Statistik Nord: Schulreform in Hamburg am 18.07.2010 – Ergebnisse in den Stadtteilen, online im Internet <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/maps/referendum_hh_2010/atlas.html>, 2010, [eingesehen am 16.09.2018].

10. Schlussbetrachtungen

Junge Generationen sind entgegen der immer wieder formulierten Behauptungen weder vollkommen politikverdrossen, noch politisch inaktiv. Die Entwicklungen seit 1997 zeigen, dass sich junge Generationen sogar zunehmend politisch engagieren. Dieses Engagement mündet jedoch nur selten in Parteiarbeit. Insbesondere unkonventionell-legale Partizipationsformen stehen bei jungen Menschen hoch im Kurs.

Der demografische Wandel führt zu einer Überalterung der Gesellschaft, welche sich in den Parteien noch wesentlich schneller und in höherem Maße abzeichnet. Der generelle Mitgliederschwund der Parteien (mit Ausnahme der GRÜNEN) verstärkt den Alterseffekt, da Mitglieder mittleren Alters häufiger austreten und nur wenige Jugendliche und junge Erwachsene sich für einen Parteieintritt entscheiden. Verschiedene Determinanten, wie Alter, Geschlecht und formaler Bildungsgrad beeinflussen das politische Engagement der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. So spielen Politikinteresse und die subjektiv empfundene politische Kompetenz eine wichtige Rolle für die politische Aktivierung. Mit zunehmendem Alter steigen sowohl Politikinteresse als auch die persönliche Lebenserfahrung, was zu einer höheren Aufmerksamkeit für politische Themen und einer besseren subjektiven Selbsteinschätzung führt. Damit liegt eine ungleiche Ressourcenverteilung zwischen den verschiedenen Generationen vor, wodurch die Unterrepräsentanz junger Generationen in den Parteien begünstigt wird. Obwohl die absoluten Mitgliederzahlen junger Parteimitglieder seit den 1970er Jahren kontinuierlich gesunken sind und im Zeitraum von 2016 bis 2017 bis auf die Unionsparteien alle im 19. Bundestag vertretenen Parteien erstmals wieder Mitgliederzuwächse verzeichnen konnten, deutet der Repräsentationsquotient auf eine positive Entwicklung hin. Die Repräsentation junger Generationen unterscheidet sich zwischen den Parteien teilweise sehr stark und bislang ist die Bevölkerungsgruppe der über 60-jährigen in den meisten Parteien stark überrepräsentiert, doch hat sich die Repräsentation derjenigen unter 30 seit 1997 bei allen Parteien, außer der CSU positiv entwickelt – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Aus diesem Grund kann weder von einer Demokratie der Alten noch von einem negativen Trend die Rede sein. Es

gilt vielmehr, die Entwicklungen im Auge zu behalten und insbesondere die jüngsten Mitgliederzuwächse im Kontext tagesaktueller Politik zu hinterfragen. Hier bleibt abzuwarten, ob es sich um einen einmaligen Effekt oder aber um eine generelle Trendwende handelt, die in Zukunft wieder mehr Bürgerinnen und Bürger, auch aus jungen Generationen, zu einem Parteibeitritt bewegt.

Die offenkundig ungleiche Verteilung parteipolitischen Engagements ist neben der ungleichen Ressourcenverteilung in Form von Lebenserfahrung zwischen jungen und alten Generationen auch durch starke Bildungseffekte zu erklären. So führt ein höherer Bildungsgrad auch eher zu einem höheren Maße politischer Partizipation. Im Verhältnis zur Wahlbeteiligung zeichnet sich dieser Effekt bei den Parteimitgliedern noch deutlicher ab und ist bei politischen Mandatsträgern im Bundestag am stärksten ausgeprägt. Weiter ist hervorzuheben, dass sich Bildung als zentrale Determinante nicht nur bei den verschiedenen Formen politischer Partizipation unterschiedlich intensiv auswirkt, sondern auch bei den verschiedenen Altersgruppen. Insbesondere bei jungen Generationen ist eine große partizipatorische Kluft zwischen den verschiedenen Bildungsniveaus festzustellen, der auch die politischen Jugendorganisationen bislang nicht Herr zu werden vermochten, da diese selbst häufig die Strukturen der Mutterparteien reproduzieren. Die sich in der Bildungskluft abzeichnende soziale Ungleichheit, die überdies in sozialer Exklusion verschiedener Milieus mündet, ist daher als eine zentrale Herausforderung der Demokratie im 21. Jahrhundert zu betrachten.

Das Paradoxon der sinkenden politischen Partizipation über konventionelle Formen, wie Parteiengagement und Wahlbeteiligung, bei gleichzeitiger Bildungsexpansion konnte mit Hilfe der Analyse der Parteistrukturen aufgelöst werden. Der gesellschaftliche Wandel schwächt nicht nur ursprüngliche Beitrittsanreize, wie Informationsvorteile ab, sondern führt auch zu veränderten Bedürfnissen und Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an das politische System der Bundesrepublik Deutschland. So gehen höhere Bildungsgrade auch mit einem ausgeprägteren Verständnis politischer Zusammenhänge einher, woraus der Drang nach mehr Mitbestimmung erwächst. Dem gegenüber stehen starre Parteistrukturen und ein veraltetes Delegiertensystem, welches den Anforderungen an eine lebendige und dynamische Demokratie kaum gerecht zu werden vermag und daher zumindest um Konzepte flexiblerer (Online-)

Abstimmungen zu ergänzen ist. Überdies sind insbesondere junge Generationen weniger geneigt, sich dauerhaft an Parteien zu binden, da deren auf Ortsgebundenheit angelegte Strukturen mit einem flexiblen Lebensstil und einem hohen Maß an Mobilität oft nur noch schwer vereinbar sind.

Abschließend ist zu sagen, dass die Hiobsbotschaften über den Zustand der Demokratie zumindest in großen Teilen einer sachlichen Begründung entbehren. Dennoch müssen Parteien sich damit abfinden, dass ihre Rolle im politischen System nicht die gleiche bleiben wird, wenn sie sich nicht den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft anpassen. Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen, weshalb darauf zu achten ist, den positiven Trend der Repräsentationsentwicklung junger Menschen in den Parteien beizubehalten. Wichtiger als den Fokus bloß auf die Teilhabechancen der jungen Generationen zu legen, ist der zunehmenden sozialen Exklusion bildungsferner Milieus entgegenzuwirken, um einer inhaltlichen Politikverzerrung zuungunsten dieser vorzubeugen. Dies kann durch gleiche und gerechte Demokratieerziehung von Kindern und Jugendlichen – unabhängig ihrer sozialen Herkunft – erreicht werden. Auch die Parteien sind hier in der Pflicht, ihre Reformen, zu denen sie die gesellschaftlichen Entwicklungen mittelfristig zwangsläufig bewegen werden, nicht nur auf junge Generationen auszurichten. Es müssen vielmehr Lösungsansätze entwickelt werden, auch sozialschwache und bildungsferne Milieus wieder vermehrt in die politische Entscheidungsfindung zu integrieren. Die Migrationsentwicklungen der letzten Jahre werden dabei zu einer zusätzlichen Herausforderung für eine Demokratie mit gerechten Teilhabemöglichkeiten.

Es kann nicht Ziel sein, alle Bürgerinnen und Bürger zu Parteiengagement zu bewegen, das widerspräche schon der Rolle der Parteien als Bindeglied zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Allerdings bedarf es gerechter Chancen für den Zugang zu politischen Ämtern und Entscheidungsgewalt für junge, mittlere und alte Generationen und alle Milieus. Nur dann wird das normative Gleichheitsversprechen der Demokratie eingehalten und nur dann besteht die Regierung als „government of the people, by the people, for the people.“[196]

[196] Lincoln, Abraham: Gettysburg Address, Gettysburg 1863.

11. Literatur- und Quellenverzeichnis

Quellen

Alternative für Deutschland: Bundessatzung, Stand 01.07.2018.

Bundesministerium des Innern: Jedes Alter zählt. „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“, Berlin 2017.

Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen, Berlin 2018.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grüne Regeln, Stand 13.11.2016.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands: Statutenbroschüre der CDU Deutschlands, Stand 01.06.2016.

Die LINKE: Bundessatzung, Stand 11.05.2014.

Freie Demokratische Partei: Bundessatzung, Stand 12.05.2018.

Grüne Jugend: Satzung, Statute und Ordnungen, Stand 23.04.2017.

Junge Alternative für Deutschland: Bundessatzung der Jungen Alternative für Deutschland, Stand 30. Mai 2015.

Junge Union Deutschlands: Satzung der Jungen Union Deutschlands, Stand 09.10.2017.

Lincoln, Abraham: Gettysburg Address, Gettysburg 1863.

Linksjugend [´solid]: Satzung der Linksjugend [´solid] e.V., Stand 21.03.2009.

Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, deutsche Übersetzung von Hermann Vetter, Frankfurt am Main 1979.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Organisationsstatut, Stand 09.12.2017.

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2017. Deutschland und Internationales, Wiesbaden 2017.

Literatur

Abendschön, Simone/Roßteutscher, Sigrid: Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit?, in: Roßteutscher, Sigrid/Faas, Thorsten/Rosar, Ulrich (Hrsg.): Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland, Wiesbaden 2016, S. 67-92.

Barnes, Samuel H./Kaase, Max: Political Action – Mass Participation in Five western Democracies, Beverly Hills/London 1979.

Belwe, Katharina: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Jugend, Jhg. 53, Nr. 15, Bonn 2003, S.2.

Bovens, Mark/Wille, Anchrit: Diploma Democracy. The Rise of Political Meritocracy, Oxford 2017.

Bruter, Michael/Harrison, Sarah: Tomorrow's Leaders? Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies, in: Comparative Political Studies, Jhg. 42, Nr. 10, Oktober 2009, S. 1259-1291.

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus/Ruß, Achim: Postmaterieller und anthropozentrischer Wertewandel?, in: Politische Vierteljahresschrift, Jhg. 37, Nr. 3, 1996, S. 517-536.

Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E. et al.: The American Voter (Nachdruck der Originalausgabe von 1960), The University of Chicago Press, Chicago and London 1980.

D'Antonio, Oliver/Munimus, Bettina: Parteien und die Altenrepublik Deutschland, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 303-330.

Däubler, Thomas: Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 22 Jhg., Nr 3, 2012, S. 333-365.

Decker, Frank/Küppers, Anne: Mehr Basisdemokratie wagen? Organisationsreformen der deutschen Parteien im Vergleich, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Jhg. 13, Nr. 3, Baden-Baden 2016, S.397-419.

Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2018, S. 3-40.

Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar et al. (Hrsg.): Politikkompetenz – ein Modell, Wiesbaden 2012.

Faas, Thorsten/Siri, Jasmin: Soziale Ungleichheit und das Wahlbeteiligungsgefälle, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 243-258.

Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation' in der Bundesrepublik, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard et al. (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 235-271.

Ferchhoff, Wilfried: Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile, 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2011.

Frank, Detlef: Mobilität Grundbedürfnis des Menschen, in: Spektrum der Wissenschaft, Jhg. 1997, Nr. 6, S.34-36.

Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Partizipation und politisches Engagement; in: Gille, Martina/Krüger, Winfired (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 267-325.

Gasier, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugend und politische Partizipation heute, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 50-71.

Gaiser, Wolfgang/Krüger, Wolfgang/de Rijke, Johann et al.: Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016, S. 13-38.

Geißler, Rainer: Bildungsexpansion und Bildungschancen, in: Informationen zur politischen Bildung: Sozialer Wandel in Deutschland, Jhg. 63, Nr. 324, 2014 S. 54-63.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Auflage, Wiesbaden 2014.

Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann: Politische Orientierungen, in: Gille, Martina/Krüger, Winfired (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 205-266.

Gille, Martina: Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik – Politisches Interesse und weitere Aspekte politischer Involvierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen., in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 33-49.

Gille, Martina/de Rijke, Johann/Décieux, Jean Pilippe et al.: Politische Orientierungen und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 163-194.

Godli, Petter H.: Giving 16-Year-Olds the Vote. Experiences from Norway, in: Tremmel, Jörg/Mason, Antony/Godli, Petter et al. (Hrsg.): Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies, Heidelberg/New York/Dordrecht/London 2015, S. 149-176.

Golz, Hans-Georg: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Arbeit und Digitalisierung, Jhg. 53, Nr. 18/19, Bonn 2016, S. 2.

Grotz, Claus-Peter: Die Junge Union. Struktur – Funktion – Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969, Kehl a. R./Straßburg 1983.

Hoffmann, Hanna: Warum werden Bürger Mitglied einer Partei?, in: Spier, Tim/Klein, Markus/von Alemann, Ulrich et al.: Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 79-96.

Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina: Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016.

Höffe, Ottfried: Zur Gerechtigkeit der Verteilung, in: ders. (Hrsg.): Eine Theorie der Gerechtigkeit, (Klassiker Auslegen, Bd. 15), 3. Auflage, Berlin 2013, S.153-170.

Hooghe, Marc/Stolle, Dietlind/Stouthuysen, Patrick: Head Start in Politics. The Recruitment Function of Youth Organizations of Political Parties in Belgioum (Flanders), in: Party Politics, Jhg. 10, Nr. 2, 2004, S. 193-212.

Höhne, Benjamin/Knitz, Melanie: Soziale Herkunftslinien von Abgeordneten im Wandel, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 259-286

Jungblut, Jens/Weber, Regina: Karriereschmieden und Jugendorganisationen? Die Rolle von Parteijugendorganisationen am Beispiel der Jusos in der SPD, in: Zeitschrift für Politik, Jhg. 64, Nr. 2, 2017, S. 115-142.

Kaase, Max: Partizipation, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Neuausgabe 1995. Bonn, S. 521-527.

Kersting, Norbert: Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung?, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016, S. 253-270.

Klein, Markus: Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jhg. 47, Nr. 1, März 2006, S. 35-61.

Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang: Garantieren Wahlen demokratische Legitimität?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Wählen gehen, Jhg. 67, Nr. 38-39, Bonn 2017, S. 18-24.

Koch, Giordano/Rapp, Maximilian/Hilgers, Dennis: Open Innovation für Parteien – Wie politische Parteien von neuen Formen der Mitglieder- und Bürgerpartizipation profitieren können, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden 2014, S. 203-222.

Konzelmann, Laura/Bergmann, Michael/Rattinger, Hans: Demographic Change in Germany – its Political Consequences, Baden-Baden 2014.

Krell, Christian/Meyer, Thomas/Mörschel, Tobias: Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven, in: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 9-30.

Krell, Christian/Dresse, Marcel: Partei-Identifikation und politisches Engagement: Die Werte der Sozialen Demokratie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn 2016, S. 160-176.

Laux, Annika: Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt?, in: Spier, Tim/Klein, Markus/von Alemann, Ulrich et al.: Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 61-78.

Lijphart, Arend: Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: American Political Science Review, Volume 91, Nr. 1, 1997, S. 1-14.

Lucardie, Paul: Zur Typologie der politischen Parteien, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2018, S. 41-56.

Massing, Peter: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Politische Bildung, Jhg. 62, Nr. 46-47, Berlin 2012, S. 23-29.

Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander: Politische Partizipation und demokratische Inklusion, in: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 93-120.

Milbrath, Lester: Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?, Chicago 1965.

Mößner, Alexandra: Jung und ungebunden? Parteiidentifikation von jungen Erwachsenen, in: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!", Wiesbaden 2006, S. 337-360.

Muniumus, Bettina: Ältere – Taktgeber in der alternden Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschcihte: Alternde Gesellschaft, Jhg. 63, Nr. 4-5, Bonn 2013, S. 57-62.

Niedermayer, Oskar: Innerparteiliche Partizipation, Wiesbaden 1989.

Niedermayer, Oskar: Jugend und Parteien, in: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“, Wiesbaden 2006, S. 269-290.

Niedermayer, Oskar: Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger, in: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden 2009, S. 82-136

Niedermayer, Oskar: Parteien und Wahlen. Die Entwicklung des politischen Wettbewerbs, in: Hradil, Stefan (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Bonn 2012, S. 383-402.

Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018.

Onken, Holger/Lange, Dirk: Politisches Interesse und Bürgerbewusstsein, in: Manzel, Sabine/Oberle, Monika (Hrsg.): Kompetenzorientierung. Potenziale zur Professionalisierung der politischen Bildung, Wiesbaden 2018, S. 193-204.

Oztürk, Asiye: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Postdemokratie?, Jhg. 61, Nr. 1-2, Bonn 2011, S. 2.

Pappi, Franz Urban: Die politisierte Sozialstruktur heute. Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotenzial, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 25-46.

Partetzke, Marc/Klee, Andreas: Partizipieren können, wollen und dürfen! Politikwissenschaftliche Aspekte der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Beispiel Wahlrecht, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 27-44.

Reinders, Heinz: Politische Sozialisation Jugendlicher. Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016.

Richter, Emanuel: Was ist politische Kompetenz?, Frankfurt am Main 2011.

Richter, Hedwig: Warum wählen wir? Zur Etablierung und Attraktivität von Massenwahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Wählen gehen, 67. Jhg., Nr. 38-39, Bonn 2017, S. 10-17.

Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie, Jhg. 9, Nr.2, 1980, S. 118-128.

Rose, Michael: Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie. Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation, Wiesbaden 2018.

Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 9. Auflage, Wiesbaden 2015.

Schäfer, Armin: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Bundestagswahl 2013, Jhg. 63, Nr. 48-48, Bonn 2013, S. 40-46.

Seibring, Anne: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Arbeit und Digitalisierung, Jhg. 66, Nr. 18/19, Bonn 2016, S. 2.

Seyd, Patrick/Whitley Paul: Labour's Grass Roots. The Politics of Party Members, Oxford 1992.

Spier, Tim: Die Linke. Von der Regionalpartei Ost zur Partei des sozialen Souterrains?, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 191-222.

Thurn, Susanne: Demokratie erlernen – Partizipation erfahren – Soldarität erleben, in: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 349-374.

Tremmel, Jörg: Eine Theorie der Generationengerechtigkeit, Münster 2012.

Verba, Sidney/Nie, Norman H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality. Chicago/London 1972.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay L./Brady, Henry E.: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/Massachusetts/London 1995.

Weisbrod, Bernd: Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte; in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Generationengerechtigkeit, Jhg. 55, Nr. 8, Bonn 2005, S. 3-9.

Westle, Bettina: Samuel H. Barnes/ Max Kaase u.a., Political Action – Mass Participation in Five western Democracies, Beverly Hills/London 1979, in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 35-39.

Wiesendahl, Elmar: Restlaufzeiten der Parteiendemokratie, in: Niedermayer, Oskar/Höhne, Benjamin/Jun, Uwe (Hrsg.): Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013, S. 9-42.

Ziegler, Rafael: Mitspracherechte für alle, auf allen Ebenen und auf jeweils eigene Weise? Eine Diskussion der Jugendquote als inkrementeller Politik-Innovation für Nachhaltigkeit, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016, S. 203-224.

Zuber, Julian: #partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien. Entwicklungsmöglichkeiten und alternative Formen der Mitbestimmung, Berlin 2017.

Onlinequellen

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015, online im Internet <https://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/multimediale-inhalte/_jcr_content/par/expandablelist_643445253/expandablesection.stream/1456210165334/d0f5d09f09c6142df03cc804f0fb389c2d39e167115aa86c57276d240cca4f5f/flyer-zur-shell-jugendstudie-2015-auf-deutsch.pdf>, Oktober 2015, [eingesehen am 22.07.2018].

Baldinger, Inge: Droht die Diktatur der Alten?, in: Salzburger Nachrichten, online im Internet <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/droht-die-diktatur-der-alten-36676489>, 21.07.2018, [eingesehen am 22.07.2018].

Braun, Maria: „Hauptschule“ verschwindet aus dem Wortschatz, online im Internet <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13467210/Hauptschule-verschwindet-aus-dem-Wortschatz.html>, 04.07.2011, [eingesehen am 17.09.2018].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Teilnahme an der Open Government Partnership (OGP), online im Internet < https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/open-government/ogp/open-government-partnership-node.html;jsessionid=D18B3FA987CD09350330978D541396C6.2_cid373>, o. J., [eingesehen am 16.09.2018].

Bundeszentrale für politische Bildung: Politische Partizipation: in: Dies.: Infografiken. 24 x Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40484/politische-partizipation>, 02.11.2009, [eingesehen am 27.07.2018].

Bundeszentrale für politische Bildung: Wahlverhalten: Faktor Konfliktlinien, online im Internet <http://www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145168/mb-03-08-wahlverhalten-faktor-konfliktlinien>, 27.09.2012, [eingesehen am 24.08.2018].

Bundeszentrale für politische Bildung: Aufbau und Organisationswirklichkeit, online im Internet <http://www.bpb.de/165188/aufbau-und-organisationswirklichkeit?p=all>, 15.07.2013, [eingesehen am 10.09.2018].

Dankbar, Christine: Jugendliche wenden sich von der Politik ab, in: Frankfurter Rundschau, online im Internet <http://www.fr.de/politik/meinung/leitartikel/demokratie-und-gesellschaft-jugendliche-wenden-sich-von-der-politik-ab-a-1257473>, 09.04.2017, [eingesehen am 22.07.2018].

Decker, Frank: Kurz und bündig: Die SPD, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Parteien in Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/spd/42080/kurz-und-buendig>, 16.07.2018, [eingesehen am 16.09.2018].

Decker, Markus: Auch die Grünen sind verunsichert, in: Berliner Zeitung, online im Internet <https://www.berliner-zeitung.de/politik/kommentar-auch-die-gruenen-sind-verunsichert-25083676>, 12.11.2016, [eingesehen am 17.09.2018].

Deutscher Bundestag: Abgeordnete, online im Internet <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien>, o. J., [eingesehen am 10.09.2018].

Deutsches Jugendinstitut e. V.: Jugendsurvey 3. Welle, online im Internet <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/jugendsurvey-3-welle/mehr-informationen.html>, o.J., [eingesehen am 22.07.2018].

Dorner, Christoph: Deutsche Parteien profitieren vom Trump-Effekt, in: Süddeutsche Zeitung, online im Internet <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-welle-der-enttaeuschung-welle-der-eintritte-1.3252622>, 16.11.2016, [eingesehen am 27.07.2018].

Duden: Generation, die, online im Internet <https://www.duden.de/rechtschreibung/Generation>, o. J., [eingesehen am 22.07.2018].

El-Mafaalani, Aladin: Bildungsaufstieg – (K)eine Frage von Leistung allein?, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Bildung, online im Internet <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/205371/bildungsaufstieg?p=all> 22.04.2015, [eingesehen am 16.09.2018].

Fiebig, Ulla: Nachwuchsprobleme der Parteien, in: ARD Hauptstadtstudio: blog, online im Internet <https://blog.ard-hauptstadtstudio.de/nachwuchsprobleme-der-parteien/>, 28.05.2017, [eingesehen am 22.07.2018].

Freie Demokratische Partei: Partei, online im Internet <https://www.fdp.de/content/partei>, o.J., [eingesehen am 10.09.2018].

Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/Krüger, Winfried et al.: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Jugend und Demokratie“, online im Internet <http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Jugend_und_Demokratie.pdf> ,Berlin 2011, [eingesehen am 27.08.2018].

Girnth, Heiko: Einstieg: Sprache und Politik, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Sprache und Politik, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg>, 15.07.2010, [eingesehen am 15.09.2018].

Greive, Martin/Hildebrand, Jan: Folgen der Demografie. Der große Steuerschwund, on: Handelsblatt, online im Internet <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/folgen-der-demografie-der-grosse-steuerschwund/14727370.html>, 23.10.2016, [eingesehen am 26.07.2018].

Greive,Martin/Waschinsiki, Gregor: Demografie-Studie. Alternde Bevölkerung lässt Staatsschulden und Sozialbeiträge explodieren, in: Handelsblatt, online im Internet <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/demografie-studie-alternde-bevoelkerung-laesst-staatsschulden-und-sozialbeitraege-explodieren/22624944.html>, 31.05.2018, [eingesehen am 26.07.2018].

Kühn, Franka: Die demografische Entwicklung in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Demografischer Wandel, online im Internet <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196911/fertilitaet-mortalitaet-migration#footnode1-1>, 29.08.2017, [eingesehen am 26.07.2018].

Jannasch, Sebastian: Jung, politisch – aber wenig Lust auf Parteien, in: Süddeutsche Zeitung, online im Internet <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593>, 25.11.2016, [eingesehen am 27.07.2018].

Jun, Uwe: Parteien als Organisationen, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 328/2015, Parteien und Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/izpb/219179/parteien-als-organisationen>, 21.01.2016, [eingesehen am 10.09.2018].

Konrad-Adenauer-Stiftung: Bundesparteitag/Parteitag, in: Geschichte der CDU, online im Internet <http://www.kas.de/wf/de/71.8680/>, o.J., [eingesehen am 10.09.2018].

Lehmann, Stefan: Den demografischen Wandel verschlafen, in: Sächsische Zeitung, online im Internet <https://www.sz-online.de/nachrichten/den-demografischen-wandel-verschlafen-3981149.html>, 24.07.2018, [eingesehen am 26.07.2018].

Niedermayer, Oskar: Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Parteien in Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung>, 07.10.2017, [eingesehen am 17.07.2018].

Niedermayer, Oskar: Das deutsche Parteiensystem im internationalen Vergleich, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Parteien in Deutschland, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/201874/internationaler-vergleich>,25.06.2018, [eingesehen am 09.08.2018].

Nolte, Paul: Warum das Zeitalter der Grünen vorbei ist, in: Cicero. Magazin für politische Kultur, online im Internet <https://www.cicero.de/innenpolitik/von-wegen-volkspartei-warum-das-zeitalter-der-gruenen-vorbei-ist/58829>, 05.02.2015, [eingesehen am 10.09.2018].

Pötzsch, Horst: Parteien, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Deutsche Demokratie, online im Internet <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39317/parteien?p=all>, 15.12.2009, [eingesehen am 27.07.2018].

Schmidt, Steffen: Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Lange Wege der Deutschen Einheit, online im Internet <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47455/parteien-und-verbaende?p=all>, 10.06.2011, [eingesehen am 10.09.2018].

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Mitglied werden, online im Internet <https://www.spd.de/unterstuetzen/mitglied-werden/>, o.J., [eingesehen am 01.09.2018].

Stalinski, Sandra: Jugendorganisationen der Parteien. Talentschmieden mit Nachwuchsproblem, in: Tagesschau.de, online im Internet <https://www.tagesschau.de/inland/parteiennachwuchs-101.html>, 10.04.2015, [eingesehen am 11.06.2018].

Starzmann, Paul: Generationengerechtigkeit: Sind Oma und Opa die klügeren Wähler?, in: Vorwärts, online im Internet <https://www.vorwaerts.de/artikel/generationengerechtigkeit-oma-opa-kluegeren-waehler>, 15.07.2017, [eingesehen am 15.09.2018].

Statista: Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2017, online im Internet <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192255/umfrage/durchschnittsalter-in-den-parteien/>, August 2018, [eingesehen am 17.09.2018].

Statistik Nord: Schulreform in Hamburg am 18.07.2010 – Ergebnisse in den Stadtteilen, online im Internet <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/maps/referendum_hh_2010/atlas.html>, 2010, [eingesehen am 16.09.2018].

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre, online im Internet < https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;sid=A837FCFD2E094DC4D7485798C7198622.GO_1_2?operation=previous&levelindex=2&levelid=1538047648551&step=2>, September 2018, [eingesehen am 24.09.2018].

Staubhaar, Thomas: Raffgier-Herrschaft der Alten muss gestoppt werden, in: Welt, online im Internet: <https://www.welt.de/wirtschaft/article134454250/Raffgier-Herrschaft-der-Alten-muss-gestoppt-werden.html>, 18.11.2014, [eingesehen am 22.07.2018].

Vitzthum, Thomas: Was Deutschland verliert, wenn die Hauptschule stirbt, online im Internet <https://www.welt.de/print/wams/politik/article13372539/Was-Deutschland-verliert-wenn-die-Hauptschule-stirbt.html>, 15.05.2011, [eingesehen am 17.09.2018].

Waschinski, Gregor/Hildebrand, Jan: Kevin Kühnert und Paul Ziemiak im Streitgespräch, in: Handelsblatt, online im Interent <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kevin-kuehnert-und-paul-ziemiak-im-streitgespraech-hoeheres-renteneintrittsalter-mehr-steuergeld-fuer-die-rente-es-darf-keine-roten-linien-geben/22861068.html?ticket=ST-1196574-WbUQQjGebpZeXkrQgZsY-ap5>, 30.07.2018, [eingesehen am 30.08.2018].

Westle, Bettina: Generationengerechte politische Teilhabe, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, online im Internet <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/03593.pdf>, Marburg 2005, S. 1ff., [eingesehen am 22.07.2018].

Zweites Deutsches Fernsehen: Europäische Jugend hat nur wenig Vertrauen in Politik und Institutionen. Europäischer Abschlussbericht der Jugendstudie von ZDF, BR und SWR, online im Internet <https://www.zdf.de/gesellschaft/generation-what/generation-what-abschlussbericht-100.html>, 05.04.2017, [eingesehen am 22.07.2018].